



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

11 | 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Tourismus 1990–2010

Verfügbares Einkommen 2009

Pflegestatistik



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Dominik Ketz,
Motiv: Moselschleife bei Kröv

Im Jahr 2010 kamen 7,9 Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz. Gegenüber 1990 ist das ein Plus von 27 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen wuchs auf 21,7 Millionen (+2,9 Prozent). Die Statistische Analyse "Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen und Entwicklungen im Land und in den Tourismusregionen" gibt ausführliche Informationen zum Tourismus in Rheinland-Pfalz in den letzten 20 Jahren. Einen Einblick in diese Analyse gibt der Beitrag "Tourismus 1990–2010".

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

11 | 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell	969
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Handwerk ■ Tourismus ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	975
Rheinland-Pfalz in Karten: Neu fertig gestellte Wohnungen, die mit Wärmepumpen beheizt werden 2010	976
Tourismus 1990–2010	977
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2009	986
Neue Wege in der Pflegestatistik	996
Daten zur Konjunktur	1007
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	1035
Neuerscheinungen	1051

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie erhielt im August mehr Aufträge

Im August 2011 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 5,8 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +6,5 Prozent). Die Nachfrage aus dem Ausland stieg um 6,8 Prozent an (Deutschland: +4,3 Prozent), aus dem Inland kamen 4,7 Prozent mehr Bestellungen als im Vorjahresmonat (Deutschland: + 9,3 Prozent).

Industrieumsätze stark gestiegen

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten in den ersten acht Monaten des Jahres 2011 Umsätze in Höhe von 55,1 Milliarden Euro. Das waren 15 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +14 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen deutlich um 16 Prozent (Deutschland: +15 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag damit bei 52,7 Prozent (Deutschland: 46,1 Prozent). Die Inlandserlöse zogen mit einem Plus von 13 Prozent ebenfalls merklich an (Deutschland: +13,5 Prozent).

Im August 2011 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 246 820 Beschäftigte, das waren rund 7 000 bzw. 2,9 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat (Deutschland: +3,4 Prozent). Die Zahl der Arbeitsstunden stieg um 5,4 Prozent (Deutschland: +5,2 Prozent).

Die zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriezweige verzeich-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte	Veränderung August 2011	
	August 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingänge (real)			
Industrie	92,5	5,8% ↑	-7,1% ↓
Inland	97,9	4,7% ↑	-1,5% ↘
Ausland	88,3	6,8% ↑	-11,5% ↓
Chemie	71,6	-2,3% ↓	-8,2% ↓
Fahrzeugbau	82,2	0,0% ➡	-24,7% ↓
Maschinenbau	114,4	17,2% ↑	10,6% ↑
Metallerzeugnisse	102,2	6,0% ↑	0,7% ↗
Bauhauptgewerbe	130,6	0,7% ↗	-0,5% ↘
Umsätze (real)			
Großhandel	110,7	10,5% ↑	6,8% ↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	104,6	3,8% ↑	0,3% ↗
Kfz-Handel	84,3	3,7% ↑	-5,1% ↓
Gastgewerbe	114,1	3,8% ↑	3,4% ↑

neten in den ersten acht Monaten des Jahres 2011 teils beachtliche Zuwächse. Im Maschinenbau sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen nahmen die Erlöse um 30 bzw. 29 Prozent zu. Die Umsatzsteigerungen stützten sich in diesen beiden Wirtschaftszweigen vor allem auf das Auslandsgeschäft (+37 bzw. +44 Prozent). Die Inlandsumsätze verzeichneten ebenfalls ein deutliches Plus von 19 bzw. 11 Prozent. Einen starken Anstieg konnte auch die Metallerzeugung und -bearbeitung (+23 Prozent) registrieren. Hier wurde das Umsatzwachstum vor allem von den Inlandsgeschäften beeinflusst (+28 Prozent), aber auch die Auslandserlöse konnten kräftig gesteigert werden (+18 Prozent). Ebenfalls zweistellige Zuwachsraten

verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie von pharmazeutischen Erzeugnissen (jeweils +16 Prozent), gefolgt von den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln (+14 Prozent) sowie von Metallerzeugnissen (+11 Prozent). Die übrigen drei umsatzstärksten Branchen meldeten Steigerungsraten zwischen sieben Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus) und 9,3 Prozent (chemische Industrie).

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 1007 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell.

Umsätze von Januar bis August 2011 und Beschäftigte im August 2011 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Diese zehn Branchen wiesen – mit einer Ausnahme – gegenüber dem Vorjahresmonat teilweise deutliche Beschäftigungszuwächse auf. Wie schon im Vormonat fielen diese im Maschinenbau sowie der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren am höchsten aus (+6,7 bzw. +5,4 Prozent). An dritter Stelle folgte die Pharmaindustrie mit einem Zuwachs von 4,5 Prozent. Der Personalstock der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lag dagegen geringfügig unter dem Vorjahresniveau (-0,4).

Mehr Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vorjahresvergleich

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe stiegen im August 2011 im Vorjahresvergleich leicht um 0,7 Prozent. Damit kam es im August 2011 nach der geringfügigen Verschlechterung um 0,3 Prozent im Juli wieder zu einer leichten Verbesserung der Auftragslage. Während im Hochbau die Nachfrage um 2,3 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb,

war im Tiefbau ein Anstieg um 2,8 Prozent zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es erneut deutliche Unterschiede. Im Wohnungsbau wuchs die Nachfrage am stärksten (+35,5 Prozent). Klare Verbesserungen gab es außerdem im Straßenbau (+11 Prozent), im gewerblichen Hochbau (+9,7 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (+8,8 Prozent). Im öffentlichen Hochbau (-33 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (-22 Prozent) sanken die Auftragseingänge dagegen kräftig. Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vergleich zum Juli 2011 gab die Nachfrage nach Bauleistungen etwas nach (-0,5 Prozent). Sowohl im Hochbau (-0,8 Prozent) als auch im Tiefbau (-0,3 Prozent) waren leichte Rückgänge zu verzeichnen. Besonders schlecht verlief die Auftragsentwicklung im öffentlichen Hochbau (-22 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (-17 Prozent). Dagegen meldeten vor allem die Bereiche gewerblicher Hochbau (+15 Prozent) sowie öffentlicher Tiefbau (+9,9 Prozent) kräftige Auftragszuwächse.

Der baugewerbliche Umsatz stieg im Vergleich zum August 2010 deutlich um 8,2 Prozent auf rund 268 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze um 14 Prozent auf 128 Millionen Euro, im Tiefbau kam es zu einem Anstieg um 3,1 Prozent auf 139 Millionen Euro. In der Gliederung

nach Bauart und Auftraggeber gab es vor allem im Wohnungsbau (+39 Prozent), aber auch im gewerblichen Hochbau (+20 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (+15 Prozent) kräftige Umsatzzuwächse. Erhebliche Umsatzeinbußen verzeichnete der öffentliche Bau. Der öffentliche Hochbau hatte Einbußen von elf Prozent zu verkraften, im öffentlichen Tiefbau belief sich das Minus auf 8,6 Prozent.

Gegenüber dem Vormonat stieg der Umsatz sogar um 9,3 Prozent. Der Hochbau verzeichnete im August 2011 einen Umsatzzuwachs von 12,5 Prozent; im Tiefbau belief sich das Plus auf 6,6 Prozent. In allen Bereichen des Bauhauptgewerbes wurden Umsatzsteigerungen registriert. Überdurchschnittliche Verbesserungen gab es im gewerblichen Hochbau (+18 Prozent) und im öffentlichen Hochbau (+9,7 Prozent). In den Bereichen gewerblicher Tiefbau (+3,7 Prozent) und öffentlicher Tiefbau (+4,8 Prozent) fiel das Umsatzplus am niedrigsten aus.

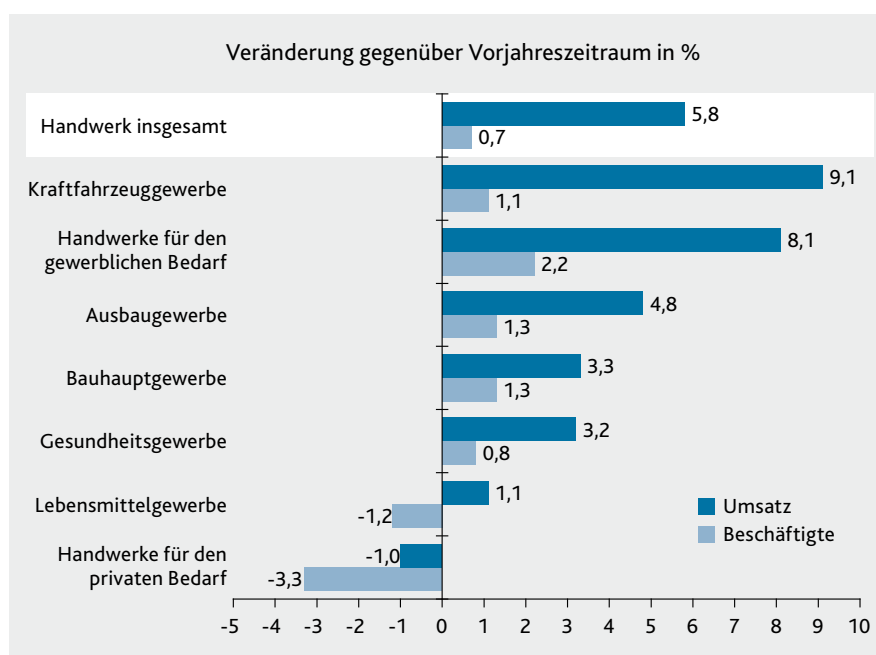
Umsatzplus im Handwerk

Die Umsätze der zulassungspflichtigen Handwerksbetriebe stiegen nach vorläufigen Berechnungen in Rheinland-Pfalz im zweiten Quartal 2011 um 5,8 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum 2010. Bis auf die Gewerbegruppe der Handwerker für den privaten Bedarf erzielten alle anderen Gewerbegruppen höhere Umsätze. Den stärksten Umsatzzuwachs verzeichnete das Kraftfahrzeuggewerbe

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte	Veränderung August 2011	
	August 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	130,6	0,7 %	-0,5 %
Hochbau insgesamt	111,4	-2,3 %	-0,8 %
Wohnungsbau	118,1	-35,5 %	5,4 %
gewerblicher Hochbau	109,1	9,7 %	14,7 %
öffentlicher Hochbau	109,0	-32,7 %	-22,1 %
Tiefbau insgesamt	148,2	2,8 %	-0,3 %
gewerblicher Tiefbau	165,9	-22,3 %	-16,9 %
öffentlicher Tiefbau	106,6	8,8 %	9,9 %
Straßenbau	167,7	11,1 %	2,1 %
Baugewerblicher Umsatz	141,4	8,2 %	9,3 %
Hochbau insgesamt	136,8	14,3 %	12,5 %
Wohnungsbau	149,9	38,6 %	6,7 %
gewerblicher Hochbau	144,0	19,7 %	18,2 %
öffentlicher Hochbau	114,6	-11,1 %	9,7 %
Tiefbau insgesamt	145,9	3,1 %	6,6 %
gewerblicher Tiefbau	169,9	14,9 %	3,7 %
öffentlicher Tiefbau	110,2	-8,6 %	4,8 %
Straßenbau	160,3	5,1 %	8,4 %

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk nach Gewerbebranchen im 2. Quartal 2011



mit einem deutlichen Plus von 9,1 Prozent, gefolgt von den Handwerken für den gewerblichen Bedarf mit einem Plus von 8,1 Prozent.

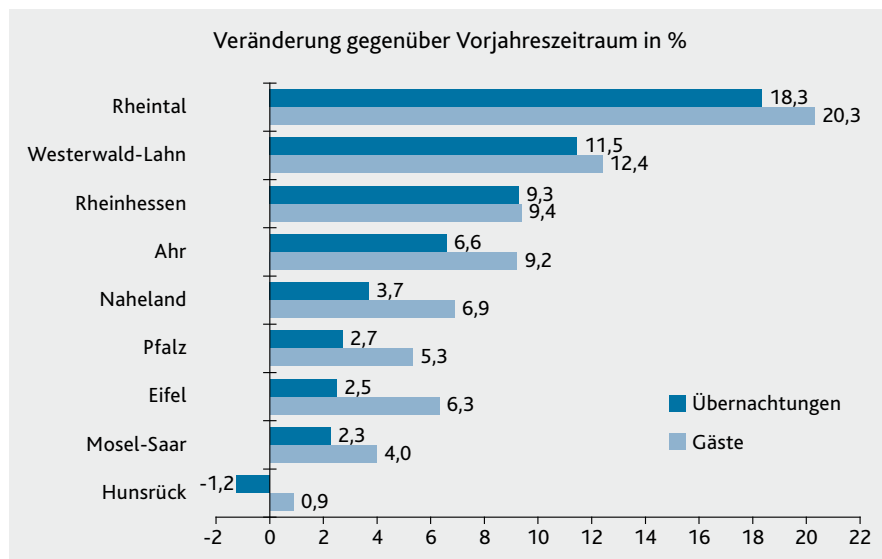
Die Zahl der Beschäftigten hat sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,7 Prozent leicht erhöht. In fünf der sieben Gewerbegruppen waren mehr Personen tätig. Lediglich in den Handwerken für den privaten Bedarf (–3,3 Prozent) und dem Lebensmittelgewerbe (–1,2 Prozent) waren Rückgänge zu verzeichnen.

Positive Entwicklung im Tourismus – Spitzenplatz für das Rheintal

Der rheinland-pfälzische Tourismus befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Nach vorläufigen Berechnungen lag die Gästezahl in den ersten sieben Monaten 2011 mit knapp 4,5 Millionen um 7,8 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich um 5,2 Prozent auf über 11,9 Millionen. Damit wurde sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen das beste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre erreicht.

Zu dieser äußerst positiven Entwicklung leistete der Ferienmonat Juli einen entscheidenden Beitrag. In diesem Monat besuchten nahezu 886 400 Übernachtungsgäste Rheinland-Pfalz, 13 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Auch die Anzahl der Übernachtungen übertraf mit über 2,5 Millionen den Vorjahreswert um 7,6 Prozent.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Juli 2011 nach Tourismusregionen



Fast 3,5 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten von Januar bis Juli 2011 Rheinland-Pfalz, das waren 9,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste um 6,3 Prozent auf über 9,2 Millionen. Zur positiven Entwicklung des rheinland-pfälzischen Tourismus in den ersten sieben Monaten trugen aber auch die Auslandsgäste bei. Hier stieg die Zahl der Gästeankünfte um 3,6 Prozent auf über eine Million, die Übernachtungszahl erhöhte sich um 1,5 Prozent auf nahezu 2,7 Millionen.

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer mit Abstand die größte Gruppe, gefolgt von Gästen aus Belgien und den USA. Von diesen drei Gästegruppen verzeichneten lediglich die Belgierinnen und Belgier eine Zunahme der Übernachtungszahlen um 3,5 Prozent im Vergleich

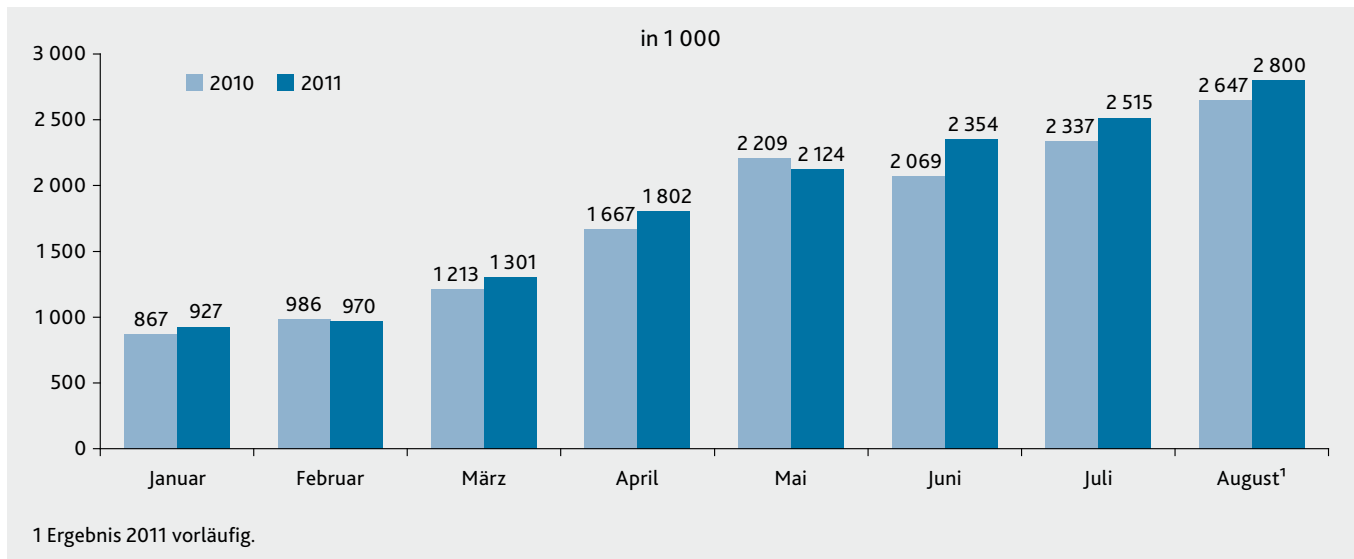
zum Vorjahreszeitraum, während die Übernachtungen der Gäste aus den Niederlanden stagnierten und die der US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner um neun Prozent zurückgingen. Dafür gab es bei zahlreichen kleineren Gästegruppen zum Teil deutliche Zuwächse.

Das mit Abstand stärkste Gäste- und Übernachtungsplus verzeichneten die Beherbergungsbetriebe im Rheintal (Gästeankünfte: +20 Prozent, Übernachtungen: +18 Prozent). Dies dürfte in erster Linie auf die in Koblenz stattfindende Bundesgartenschau zurückzuführen sein, die seit Mitte April zahlreiche Gäste in die Region lockt. Auch in den übrigen Touris-

Hinweis

Weitere Informationen zum rheinland-pfälzischen Tourismus finden Sie im Aufsatz „Tourismus 1990–2010“ ab Seite 977 in diesem Heft.

Übernachtungen von Januar bis August 2010 und 2011



musregionen waren die Gästezahlen höher als im Vorjahreszeitraum; bei den Übernachtungen musste lediglich der Hunsrück einen Rückgang hinnehmen.

Am stärksten profitierten die Hotels von der positiven Tourismusentwicklung. Jedoch verbuchte auch die Mehrheit der übrigen Betriebsarten eine Zunahme der Übernachtungen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichneten lediglich Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Ferienwohnungen und Ferienhäuser rückläufige Übernachtungszahlen.

Auch für den Monat August liegen bereits erste Zahlen vor: Nach vorläufigen Berechnungen besuchten rund 940 000 Gäste das Land. Das waren gut sieben Prozent mehr als im August 2010. Sie buchten 2,8 Millionen Übernachtungen (+6 Prozent). Im Zeitraum von Januar bis August 2011 wurden 5,4 Millionen Gästeankünfte und 14,7 Millionen Gästeübernach-

tungen registriert. Das waren knapp acht bzw. fünf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

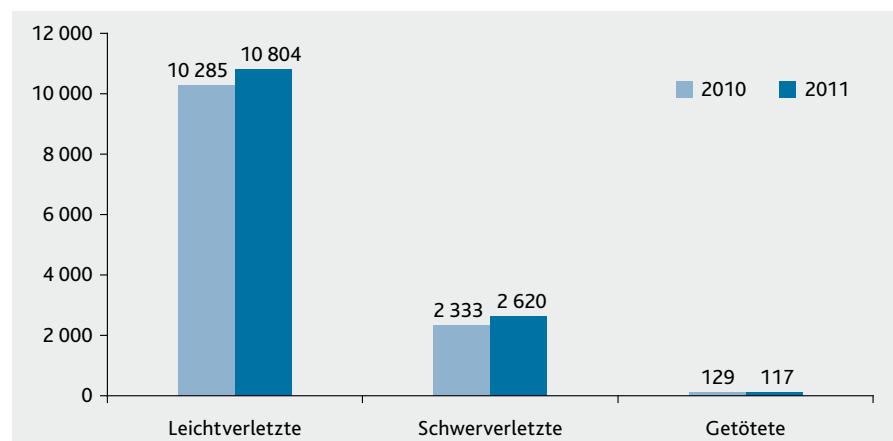
Straßenverkehrsunfälle: weniger Todesopfer, mehr Verletzte

Von Januar bis August verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen bei Verkehrsunfällen 117 Menschen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren dies zwölf weniger als im ent-

sprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten stieg um zwölf Prozent auf 2 620 an. Leicht verletzt wurden 10 804 Unfallbeteiligte, was einem Anstieg von fünf Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten acht Monaten dieses Jahres 85 706 Straßenverkehrsunfälle, das waren 2,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis August 2010 und 2011



Gebäude- und Wohnungszählung:

Wer noch nicht gemeldet hat, erhält einen Heranziehungsbescheid

Mehr als 90 Prozent der im Rahmen des Zensus 2011 angeschriebenen Immobilieneigentümer und -verwalter haben inzwischen ihre Fragebögen an das Statistische Landesamt gesendet bzw. die Daten online übermittelt. Für alle Wohnungen bzw. Häuser, zu denen bis Ende September keine Meldungen vorlagen, werden Heranziehungsbescheide versendet, erklärt Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes. Insgesamt werden rund 51000 Eigentümer und Verwalter angeschrieben und zur Auskunft für rund 58000 Immobilien aufgefordert.

Mit dem Heranziehungsbescheid werden die bislang noch säumigen Eigentümer und Verwalter noch einmal auf die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an der Gebäude- und Wohnungszählung hingewiesen. Sollten die Meldungen nicht binnen 14 Tagen beim Statistischen Landesamt vorliegen, folgt eine Zwangsgeldfestsetzung. Die Höhe des Zwangsgeldes richtet sich nach der Anzahl von Immobilien, für die bis zu der gesetzten Frist noch Rückmeldungen ausstehen. Für Eigentümer von bis zu drei Immobilien werden im Falle der erneuten Weigerung beispielsweise 300 Euro fällig. Dem Heranziehungsbescheid liegen Erhebungsunterlagen bei, sodass die Übermittlung der Daten auch möglich ist, wenn die ursprünglich zugestellten Unterlagen nicht mehr vorhanden sind. Die Empfänger der Bescheide sollten die Fragebögen entweder ausfüllen und ausreichend frankiert an das Statistische Landesamt schicken, oder alternativ die Daten bequem per Internet melden. Die Zugangsdaten für das sichere Online-Verfahren stehen auf den Fragebögen.

In Rheinland-Pfalz waren Ende April / Anfang Mai rund 1,1 Millionen Wohneigentümer angeschrieben und um Auskunft für insgesamt mehr als 1,4 Millionen Gebäude und Wohnungen gebeten worden. Bis Anfang Juni lagen bereits rund 80 Prozent Rückmeldungen vor. Mit dem anschließenden Erinnerungsschreiben erhöhte sich die Rückmeldequote auf inzwischen mehr als 90 Prozent. „Wir sind zuversichtlich, dass mit dem jetzt folgenden Heranziehungsbescheid der größte Teil der noch ausstehenden Meldungen eingeht und sich die Festsetzung eines Zwangsgeldes oder gar dessen Vollstreckung auf Ausnahmefälle beschränken wird“, erläutert Jörg Berres.

Das Statistische Landesamt hat die bereits eingegangenen Daten intensiv geprüft, um zu vermeiden, dass Eigentümer angeschrieben werden, die bereits gemeldet haben. „Dennoch kann man bei der großen Zahl nicht ausschließen, dass jemand versehentlich einen Heranziehungsbescheid erhält“, so Berres. Die Betroffenen sollen sich in diesen Fällen direkt an das Statistische Landesamt wenden, entweder telefonisch unter 02603 71-4000 oder per E-Mail an zensus@statistik.rlp.de.

Die Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen des Zensus 2011 ist eine Vollerhebung, die belastbare Ergebnisse über den Bestand und die Nutzung von Wohnungen liefern soll. Für die Wohnungswirtschaft, die Politik in Land und Bund und nicht zuletzt für die Kommunen sind diese Daten eine wichtige Planungsgrundlage. Da Antwortausfälle zu verzerrten Ergebnissen führen, ist die Teilnahme aller Eigentümer bzw. Verwalter unerlässlich.

Verbraucherpreise im Oktober 2011

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im Oktober 2011 um 2,6 Prozent höher als im Oktober 2010. Damit setzt sich der Anstieg der Inflationsrate fort; im September hatte sie noch bei 2,5 Prozent gelegen.

Erneut waren es die Preise für Energie (+11 Prozent), die diese Entwicklung maßgeblich bestimmten. Insbesondere Mineralölprodukte verteuerten sich erheblich gegenüber dem Vorjahresmonat (+15 Prozent). Die Kraftstoffpreise stiegen um zwölf Prozent, die Preise für leichtes Heizöl sogar um 26 Prozent. Auch die Preise für Strom (+7,2 Prozent) und Gas (+9,6 Prozent) lagen deutlich über Vorjahresniveau.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich gegenüber Oktober 2010 um 3,3 Prozent. Besonders deutlich waren die Preissteigerungen vor allem bei Speisefetten und -ölen (+12 Prozent), aber

auch bei Molkereiprodukten und Eiern (+5,7 Prozent).

Der deutliche Preisanstieg bei alkoholfreien Getränken ist vor allem auf die Verteuerung des Bohnenkaffees (+20 Prozent) zurückzuführen. Günstiger für die Verbraucherinnen und Verbraucher verlief die Entwicklung bei Obst (+1,1 Prozent) und Gemüse (-6,1 Prozent). Die Preise für Weintrauben fielen binnen Jahresfrist um 9,2 Prozent, für Kopf- und Eisbergsalat um 37 Prozent.

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,2 Prozent. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Preise für Bekleidung und Schuhe (+1,4 Prozent). Deutliche Preisrückgänge waren hingegen bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren (-0,3 Prozent) sowie in den Hauptgruppen Verkehr, Nachrichtenübermittlung und Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (jeweils -0,2 Prozent) festzustellen.

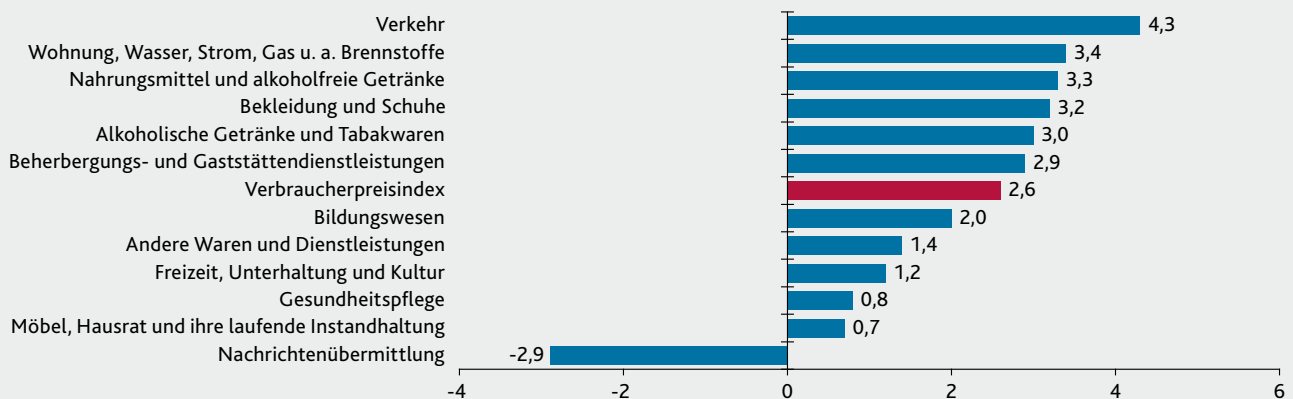
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

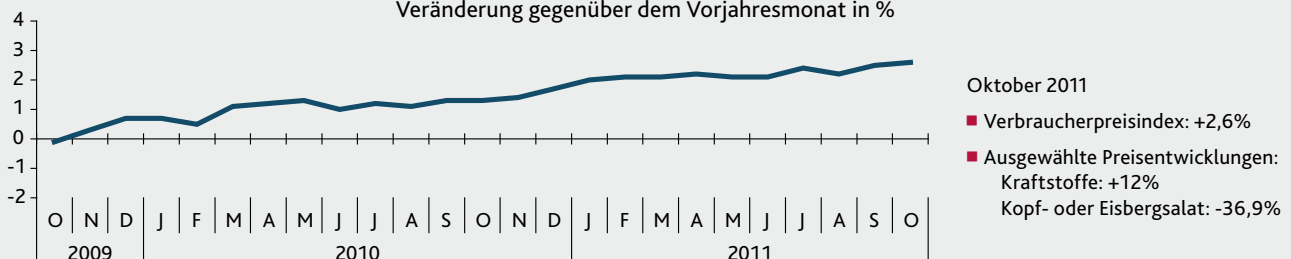
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Oktober 2011

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Oktober 2010 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

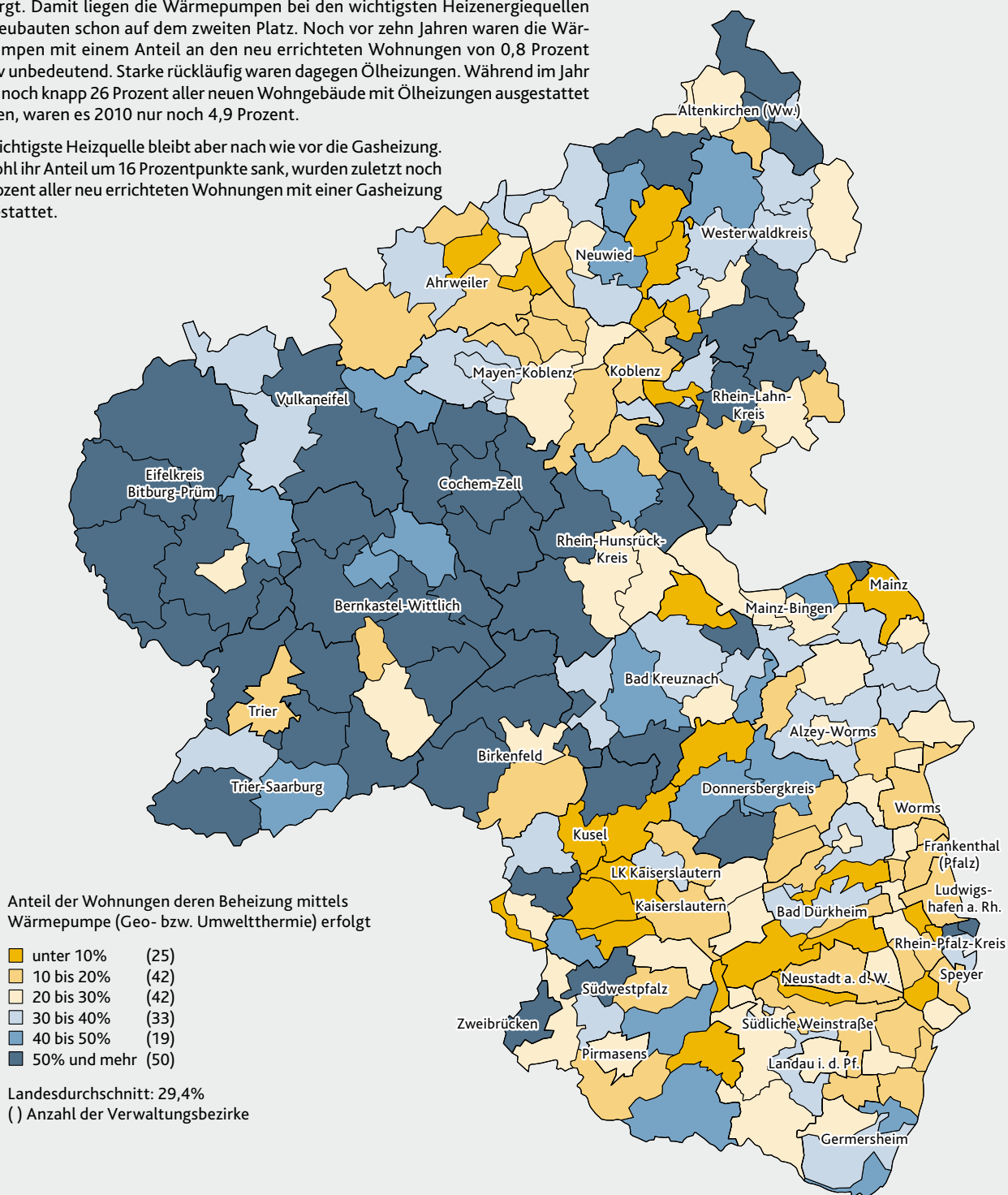


Neu fertig gestellte Wohnungen, die mit Wärmepumpen beheizt werden 2010 nach Verwaltungsbezirken

Jede dritte neue Wohnung wird mit Wärmepumpe beheizt

Von den neu errichteten Wohnungen werden 29 Prozent mittels einer Wärmepumpe versorgt. Damit liegen die Wärmepumpen bei den wichtigsten Heizenergiequellen bei Neubauten schon auf dem zweiten Platz. Noch vor zehn Jahren waren die Wärmepumpen mit einem Anteil an den neu errichteten Wohnungen von 0,8 Prozent relativ unbedeutend. Starke rückläufig waren dagegen Ölheizungen. Während im Jahr 2000 noch knapp 26 Prozent aller neuen Wohngebäude mit Ölheizungen ausgestattet wurden, waren es 2010 nur noch 4,9 Prozent.

Die wichtigste Heizquelle bleibt aber nach wie vor die Gasheizung. Obwohl ihr Anteil um 16 Prozentpunkte sank, wurden zuletzt noch 55 Prozent aller neu errichteten Wohnungen mit einer Gasheizung ausgestattet.



Tourismus 1990–2010



Von Simone Maier

Rheinland-Pfalz besticht durch sein abwechslungsreiches touristisches Angebot. In den neun Tourismusregionen des Landes finden Erholungssuchende und Genießer den richtigen Ort zum Verweilen. Aber auch Aktivurlauber kommen auf ihre Kosten: Zahlreiche Wander- und Radwege in abwechslungsreichen Landschaften locken Gäste ins Land. Im Jahr 2010 erreichte die Zahl der Gästeankünfte einen Rekordwert. Die Zahl der Übernachtungen lag ebenfalls deutlich über dem Niveau der Vorjahre.

Dieser Beitrag enthält einen Auszug aus der Statistischen Analyse „Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen und Entwicklungen im Land und in den Tourismusregionen“. Datengrundlage der Analyse bildet die Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik. Im Rahmen dieser Statistik werden seit dem Jahr 1981 in regelmäßigen Abständen Daten zum touristischen Geschehen erhoben.

Vielfalt der Regionen lockt Gäste ins Land

Die neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen sind eine Reise wert

Bereits in den 50er-Jahren wurde Rheinland-Pfalz in sieben Fremdenverkehrsregionen eingeteilt. Um regionale Unterschiede zum Zwecke planerischer Maßnahmen besser sichtbar zu machen, wurden die Gebiete 2009 neu abgegrenzt. Seit Januar 2009 erfolgt die Darstellung der Fremdenverkehrszahlen nach den nun neun Tourismusregionen Ahr, Eifel, Hunsrück, Mosel-Saar, Naheland, Pfalz, Rheinhessen, Rheintal und Westerwald-Lahn. Jede der Regionen ist einzigartig und weist kulturelle und landschaftliche Besonderheiten auf.

Im Norden des Landes liegt die mit knapp 717 Quadratkilometern flächenmäßig kleinste Tourismusregion Ahr. Der Heilbädertourismus bildet in dieser Region den Schwerpunkt. Umgeben von Weinbergen finden Gäste in den Kuranlagen der Kurstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler Ruhe und Entspannung. Diese Stadt zählt zu den übernachtungsstärksten Orten des Landes.

In der an Belgien und Luxemburg grenzenden Tourismusregion Eifel kommen Naturliebhaber und Wanderer auf ihre Kosten. Der Nationalpark Eifel beherbergt seltene Tier- und Pflanzenarten inmitten einer beeindruckenden Landschaft. Zahlreiche Maare und Seen sind beliebte Ausflugsziele.

Hunsrück Der höchste Berg im Land, der Erbeskopf, liegt in der Tourismusregion Hunsrück. Die wald- und hügelreiche Gegend lädt zum Wandern und Radfahren ein. Als Eingangstor für Gäste aus dem Ausland spielt der in dieser Region liegende Flughafen Frankfurt-Hahn eine bedeutende Rolle.

Mosel-Saar Der Fremdenverkehr entlang der Flüsse Mosel und Saar ist durch den Weinbau geprägt. In der nach den beiden Flüssen benannten Region laden romantische Weinorte und Weingüter zum Verweilen ein. Ein Besuchermagnet ist die geschichtsträchtige Stadt Trier. Gut erhaltene Römerbauten wie die Porta Nigra und die Kaiserthermen sowie die älteste Bischofskirche Deutschlands, der Trierer Dom, locken viele Gäste in die Region.

Naheland Im Zentrum des Landes liegt die Tourismusregion Naheland. Von besonderer Bedeutung für diese Region ist das Deutsche Edelsteinzentrum in Idar-Oberstein. Der Gesundheitstourismus spielt zudem eine wichtige Rolle. Fast ein Drittel aller Vorsorge- und Rehabilitationskliniken im Land sind in der Region zu finden.

Pfalz In den beiden größeren Tourismusregionen Pfalz und Rheinhessen spielt der Wein die Hauptrolle. In der südlichsten aller Regionen, der Pfalz, gedeiht der Wein in mildem Klima. Entlang der Deutschen Weinstraße laden zahlreiche Burgen und Schlösser zu Entdeckungstouren ein.

Rheinhessen In der Region Rheinhessen liegt das größte Weinanbaugebiet Deutschlands. Die Landeshauptstadt Mainz ist das beliebteste Reiseziel der Region. Sehenswert sind hier insbesondere der Mainzer Dom und zahlreiche weitere Kirchen. Aber auch die urigen Weinkeller in der Mainzer Altstadt werden gern besucht.

Für den Tourismus im Rheintal spielt die Stadt Koblenz eine große Rolle. Insbesondere die Koblenzer Altstadt, das Deutsche Eck und die Festung Ehrenbreitstein locken viele Gäste ins Rheintal. Das gut ausgebaute Radwegenetz entlang des Rheins sowie zahlreiche Wanderwege sind für einen Aktivurlaub bestens geeignet.

Rheintal

Im nördlichsten Teil des Landes liegt die Tourismusregion Westerwald-Lahn. Historische Fachwerkdörfer inmitten einer waldreichen Landschaft prägen das Erscheinungsbild. Der Kurbetrieb ist auch hier von großer Bedeutung. Insbesondere die Kurstadt Bad Ems, inmitten des Naturparks Nassau gelegen, ist bei den Gästen beliebt.

Westerwald-Lahn

Höchstes Gästeaufkommen seit Landesgründung

Im Jahr 2010 wurde bei den Gästeankünften das beste Ergebnis seit der Landesgründung erzielt; es verweilten 7,9 Millionen Gäste im Land. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Gästeankünfte um 2,2 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen lag mit 21,7 Millionen um 1,3 Prozent über dem Wert des Jahres 2009.

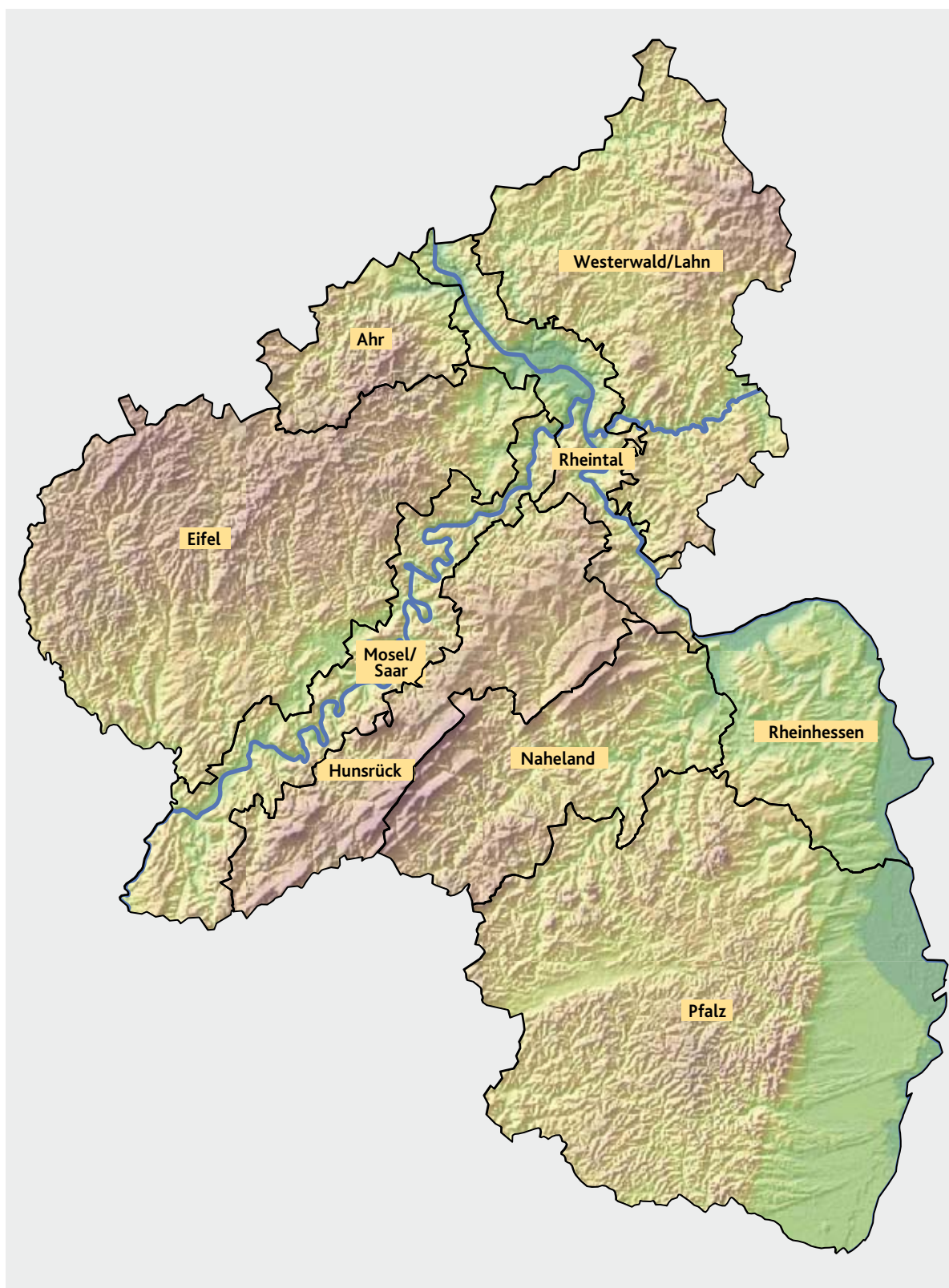
Gästezahl bricht Rekordmarke

Im längerfristigen Vergleich stiegen die Gästeankünfte deutlich stärker als die Zahl der Übernachtungen. Während die Gästeankünfte im Zeitraum von 1990 bis 2010 um 27 Prozent zunahmen, wurde bei den Übernachtungen lediglich ein leichter Anstieg um 2,9 Prozent verzeichnet. An dieser Entwicklung wird der schon seit Jahren anhaltende Trend zum Kurzurlaub ersichtlich. Verweilte der Gast 1990 im Schnitt noch 3,4 Tage im Land, blieb er 2010 nur noch 2,8 Tage.

Durchschnittliche Verweildauer geht zurück

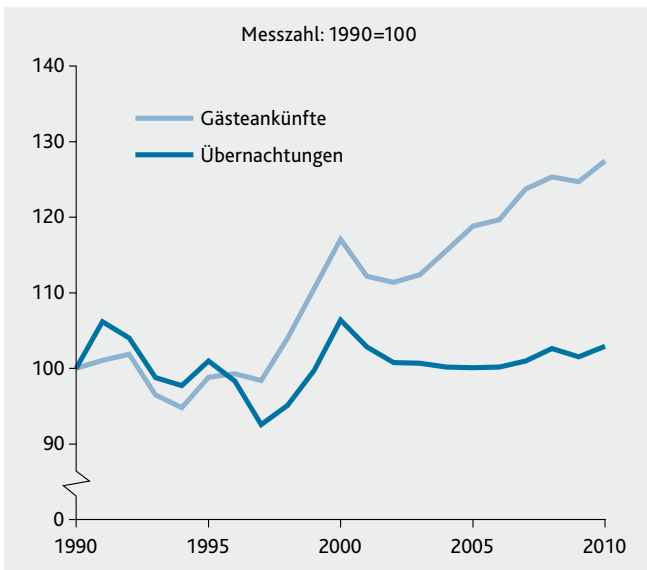
K 1

Rheinland-Pfalz und seine Tourismusregionen



G 1

Gästeankünfte und Übernachtungen in Rheinland-Pfalz 1990–2010



Die meisten Übernachtungen in der Region Mosel-Saar

Mosel-Saar:
Nach Gästen
und Übernachtungen
Rang 1

Die mit Abstand meisten Gästeankünfte sowie Übernachtungen wurden in der Tourismusregion Mosel-Saar gezählt. Knapp zwei Millionen Gäste verweilten in der Region entlang der Mosel und der Saar. Mit 6,2 Millionen Übernachtungen entfielen 28 Prozent der gesamten Übernachtungen in Rheinland-Pfalz auf diese Region.

An zweiter Stelle folgte die Pfalz mit 1,6 Millionen Gästeankünften. Die Besucherinnen und Besucher buchten vier Millionen Übernachtungen. Das entspricht einem Anteil von 19 Prozent an der Gesamtzahl der Übernachtungen im Land.

Hunsrück:
Nach Gäste-
ankünften und
Übernach-
tungen auf
letztem Platz

Die Tourismusregion Hunsrück zählte im vergangenen Jahr die wenigsten Gästeankünfte und Übernachtungen. Von 311 600 Gästen wurden rund 794 800 Übernachtungen gebucht. Somit entfielen lediglich 3,7 Prozent der gesamten Übernachtungen im Land auf diese Region.

August ist übernachtungsstärkster Monat

Die meisten Übernachtungen werden in den Sommermonaten und im Herbst gebucht. Im Jahr 2010 lag der Monat August mit 2,65 Millionen Übernachtungen an erster Stelle, gefolgt von den Monaten September und Oktober (2,63 bzw. 2,58 Millionen). Hierin spiegelt sich unter anderem die Bedeutung des Weintourismus wider. Sechs der 13 deutschen Weinanbaugebiete sowie zwei Drittel der gesamten Rebfläche Deutschlands liegen in Rheinland-Pfalz. In der Tourismusregion Rheinhessen, in der wie bereits erwähnt das größte deutsche Weinanbaugebiet liegt, bildete der Monat September mit 150 000 Übernachtungen den Höhepunkt der Saison. Mit 899 700 Übernachtungen entfielen in der Region Mosel-Saar rund 15 Prozent der gesamten Übernachtungen auf

Saisonale
Entwicklung
vom Weinbau
geprägt

Informationen zur Datenbasis

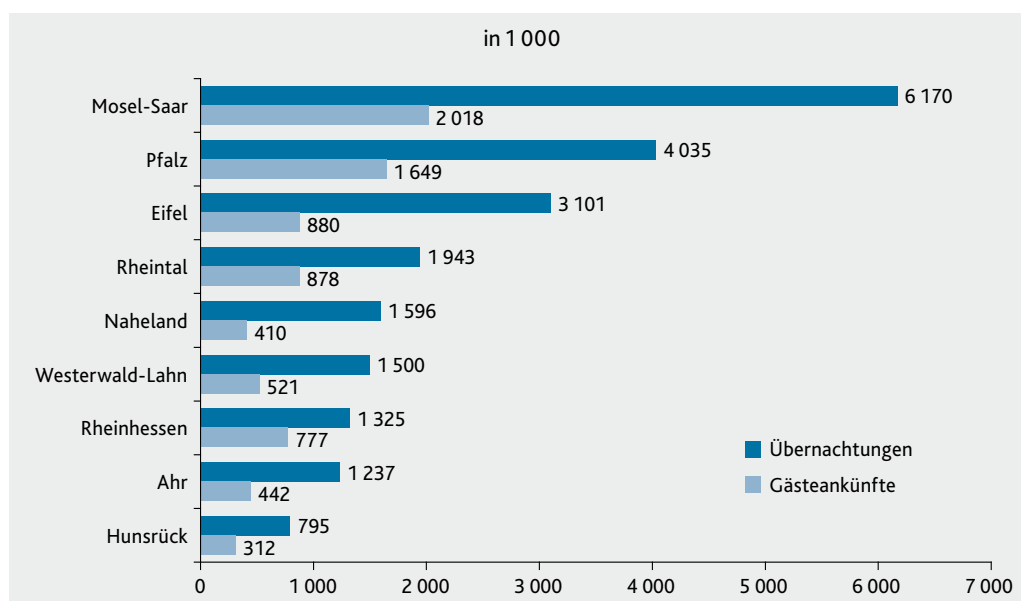
Gemäß Beherbergungstatistikgesetz werden seit dem 1. Januar 1981 bundeseinheitlich bei allen Beherbergungsbetrieben mit neun und mehr Betten monatlich die angekommenen Gäste und deren Übernachtungen sowie die Anzahl der angebotenen Schlafgelegenheiten erhoben. Ergänzend werden in Rheinland-Pfalz in denjenigen Gemeinden, die über ein staatlich verliehenes Prädikat als Fremdenverkehrsgemeinde, Erholungsort, Luftkurort oder Heilbad verfügen, auch die Privatzimmervermieter und gewerblichen Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten in die Statistik einbezogen.

Insofern ermöglicht die Beherbergungstatistik Aussagen über die kurzfristige Entwicklung der Nachfrage und des Angebots im Beherbergungsgewerbe. Zusätzlich werden die Gäste- und Übernachtungszahlen nach Herkunftsländern der Besucher differenziert. Entscheidendes Kriterium für die Einordnung nach dem Herkunftsland ist der Ort, an dem eine Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Staatsangehörigkeit ist hierfür unerheblich.

In den landesinternen Veröffentlichungen wird der Campingbereich von den übrigen touristischen Betriebsarten getrennt ausgewiesen. Daher sind in diesem Beitrag keine Campingzahlen enthalten.

G 2

Gästeankünfte und Übernachtungen in Rheinland-Pfalz 2010 nach Tourismusregionen



den Monat September. Die ebenfalls durch den Weinbau geprägten Tourismusregionen Ahr, Pfalz, Naheland und Rheintal registrierten im Spätsommer und Herbst ebenfalls die höchsten Übernachtungszahlen.

Höchste Tourismusintensität an Mosel und Saar

Die Messzahl Übernachtungsintensität bezieht die Zahl der Übernachtungen auf 1000 Einwohner und dient als Indikator für die relative Bedeutung des Tourismus in einer Region. Im Land lag die Übernachtungsintensität 2010 bei 5 420 Übernachtungen je 1000 Einwohner. Die Tourismusregion Mosel-Saar wies den mit Abstand höchsten Wert auf. An Mosel und Saar entfielen auf 1000 Einwohner rund 21 800 Übernachtungen. An zweiter und dritter Stelle folgten die Regionen Ahr (12 430) sowie die Region Eifel (9 120). Die geringste Tourismusintensität hatte die Region Rheinhessen mit 2 230 Übernachtungen je 1000 Einwohner.

Hotels sind die übernachtungsstärkste Betriebsart im Land

Mit 10,9 Millionen Übernachtungen entfielen im vergangenen Jahr 51 Prozent der gesamten Übernachtungen des rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbes auf die Hotellerie. Diesem Bereich werden die Betriebsarten Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen zugeordnet. Die Hotels haben für den Tourismus im Land die größte Bedeutung. Rund 4,2 Millionen Gäste buchten 8,3 Millionen Übernachtungen in Hotels. Damit entfielen im vergangenen Jahr 53 Prozent der gesamten Gästeankünfte sowie 38 Prozent der Übernachtungen auf diese Betriebsart. Gäste von Hotels garnis trugen 4,9 Prozent zum Übernachtungsvolumen bei. Die geringsten Anteile an den gesamten Übernachtungen im Land hatten Gasthöfe (3,1 Prozent) und Pensionen (4,2 Prozent).

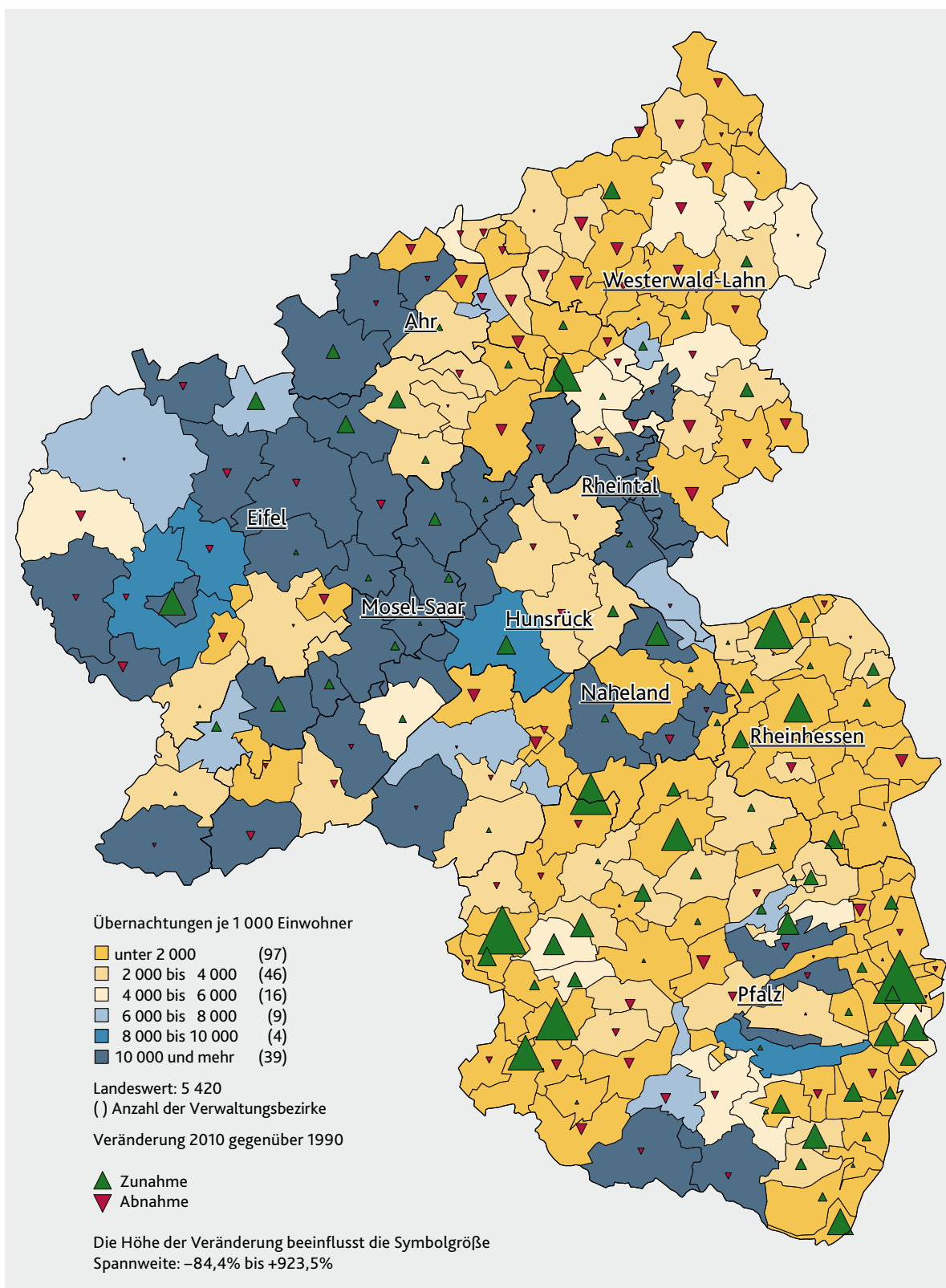
In Privatquartieren sowie gewerblichen Kleinbetrieben mit weniger als neun Betten übernachteten 15 Prozent der Gäste, gefolgt von Ferienzentren und -häusern mit

Mehr als die Hälfte der Gäste wählt ein Hotel als Unterkunft

Tourismus ist in Region Mosel-Saar bedeutender Wirtschaftsfaktor

K 2

Übernachtungsintensität 2010 nach Verwaltungsbezirken



Jede zehnte
Übernachtung
in Vorsorge-
und Rehabilita-
tionskliniken

einem Übernachtungsanteil in Höhe von 13 Prozent. Jede zehnte Übernachtung entfiel auf eine der 48 Vorsorge- und Rehabilitationskliniken im Land. In Erholungs- und Ferienheimen wurden 6,1 Prozent der Übernachtungen, in Jugendherbergen, Hütten und ähnlichen Einrichtungen 5,4 Prozent gebucht.

Gegenüber 1990 haben die Hotels deutlich an Bedeutung gewonnen. Ausgehend von 6,9 Millionen Übernachtungen im Jahr 1990 stieg deren Zahl um 21 Prozent auf 8,3 Millionen in 2010. Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen verbuchten 2010 rund 1,2 Millionen Übernachtungen (+28 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen in Feriencentren und -häusern nahm in den vergangenen zwanzig Jahren um 17 Prozent auf 2,9 Millionen zu. Ein leichtes Übernachtungsplus wiesen die Hotels garnis auf (+1,9 Prozent). Einbußen mussten vor allem Gasthöfe und Pensionen hinnehmen. Mit 682 600 ist die Zahl der Übernachtungen in Gasthöfen gegenüber 1990 deutlich zurückgegangen (-45 Prozent). In Pensionen wurden im vergangenen Jahr 904 000 Übernachtungen gezählt (-6 Prozent). Auch in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (-14 Prozent), Erholungs- und Ferienheimen (-12 Prozent) sowie in Privatquartieren (-10 Prozent) nahm die Nachfrage nach Übernachtungsmöglichkeiten merklich ab.

Deutliches Plus bei Gästen aus dem Ausland

Mehr Gäste
aus dem Aus-
land kommen
nach Rhein-
land-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Tourismus hat 2010 von einer deutlichen Zunahme der Gäste aus dem Ausland profitiert. Es kamen über 1,8 Millionen ausländische Gäste ins Land. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent. Die ausländischen

Gäste buchten etwas mehr als fünf Millionen Übernachtungen (+1,3 Prozent). Auch die Zahl der Gäste aus dem Inland nahm zu, mit einem Plus von 1,8 Prozent jedoch weniger stark. Rund 6,1 Millionen inländische Gäste verweilten 2010 im Land. Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste stieg um 1,3 Prozent auf 16,7 Millionen. Die Verweildauer der ausländischen Gäste lag mit 2,8 Tagen nur leicht über der Verweildauer der Gäste aus dem Inland (2,7 Tage).

Wie in den vergangenen Jahren kamen 2010 mit rund 576 600 die meisten Gäste aus den Niederlanden. Diese buchten 2,2 Millionen Übernachtungen. Das bedeutet einen Anteil an den gesamten Übernachtungen der ausländischen Gäste im Land von 43 Prozent. Mit 319 100 Gästeankünften stellten die Belgierinnen und Belgier die zweitgrößte Besuchergruppe. Auf sie entfielen 906 800 Übernachtungen und somit ein Anteil von 18 Prozent. Mit deutlichem Abstand belegten US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner den dritten Platz. Rund 163 800 Gäste aus den USA verweilten 2010 im Land. Gut acht Prozent der Übernachtungen ausländischer Gäste entfielen auf diese Besuchergruppe (411 700). Gäste aus Großbritannien folgen an vierter Stelle mit 342 500 Übernachtungen bzw. einem Übernachtungsanteil in Höhe von 6,8 Prozent. Insgesamt entfielen auf diese vier Besuchergruppen 76 Prozent der gesamten Übernachtungen ausländischer Gäste.

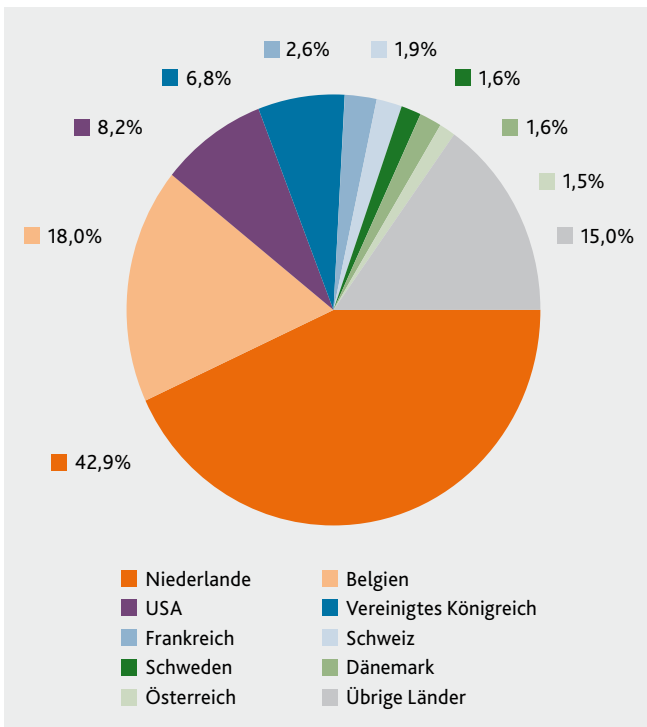
Niederländische
Gäste sind
größte Besucher-
gruppe

Im längerfristigen Vergleich hat insbesondere die Zahl der von belgischen Gästen gebuchten Übernachtungen zugenommen. Im Jahr 1990 buchten belgische Gäste nur etwa halb so viele Übernachtungen wie heute. Der Anteil der belgischen Gäste an den gesamten Übernachtungen lag damit um 8,2 Pro-

Mehr Gäste
aus Belgien

G 3

Übernachtungen ausländischer Gäste in Rheinland-Pfalz 2010



zentpunkte über dem Wert des Jahres 1990. Demgegenüber belief sich die Zahl der von Gästen aus Großbritannien gebuchten Übernachtungen 2010 rund 46 Prozent unter der des Jahres 1990. Ihr Anteil an den Übernachtungen ausländischer Gäste ging gegenüber 1990 um 6,9 Prozentpunkte zurück.

Hoher Übernachtungsanteil ausländischer Gäste im Hunsrück

Der Ausländertourismus ist für die Regionen Hunsrück, Mosel-Saar und Eifel von überdurchschnittlicher Bedeutung. Die Regionen Westerwald-Lahn und Pfalz werden bevorzugt von inländischen Gästen besucht.

In der Tourismusregion Hunsrück kommt dem Besuch ausländischer Gäste eine besondere Bedeutung zu. Hier kamen im vergangenen Jahr 41 Prozent der Gäste aus dem Ausland. Sie buchten 38 Prozent der

gesamten Übernachtungen in der Region. Ein Grund hierfür dürfte der im Hunsrück gelegene Flughafen Frankfurt-Hahn sein, der als Eingangstor für ausländische Gäste eine große Bedeutung hat. In der Region Mosel-Saar kamen 2010 rund 32 Prozent der Gäste aus dem Ausland. Auf sie entfielen 33 Prozent der Übernachtungen. An Mosel und Saar dominieren Gäste aus den Niederlanden und Belgien, die bevorzugt in den zahlreichen Privatquartieren und Kleinbetrieben der Region übernachten. In der Tourismusregion Eifel entfielen je 29 Prozent der Gästeankünfte und der Übernachtungen auf ausländische Besucherinnen und Besucher.

Ein deutlich geringerer Anteil ausländischer Gäste war hingegen in der Region Pfalz zu verzeichnen. In 2010 kamen zwölf Prozent der Gäste dieser Region aus dem Ausland. Sie buchten rund zwölf Prozent der Übernachtungen. In der Region Westerwald-Lahn entfielen weniger als zehn Prozent der Gästeankünfte und Übernachtungen auf ausländische Gäste. Dieser geringe Anteil ist vermutlich darin begründet, dass in dieser Region die Betriebsarten Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Erholungs- und Ferienheime eine relativ große Bedeutung haben und diese Einrichtungen bevorzugt von inländischen Gästen besucht werden.

Flughafen Frankfurt Hahn beschert Hunsrück vermehrt ausländische Gäste

Pfalz und Westerwald-Lahn verstärkt von inländischen Gästen besucht

191 700 Betten stehen im Land bereit

Im Jahr 2010 boten mehr als 3 500 größere Beherbergungseinrichtungen im Land Übernachtungsmöglichkeiten an. Hinzu kommt eine Vielzahl von Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben mit weniger als neun Betten, deren Betriebszahl allerdings im Rahmen der Beherbergungsstatistik nicht erfasst wird. Zusammen stellten die

größeren Beherbergungsbetriebe sowie die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe den Gästen rund 191700 Betten zur Verfügung.

Rheinland-Pfalz:
43,3 Betten
je Betrieb

Während die Zahl der angebotenen Betten in den letzten 20 Jahren zugenommen hat (+6,3 Prozent), ging die Zahl der Betriebe deutlich zurück (–12 Prozent). In dieser Entwicklung spiegelt sich der Trend zu größeren Betrieben wider. Stellte ein Betrieb vor 20 Jahren im Durchschnitt 35,4 Betten zur Verfügung, waren es 2010 acht Betten mehr.

Im Jahr 2010 waren 31 Prozent der Betten über das Jahr 2010 betrachtet belegt. Damit lag die Bettenauslastung im vergangenen Jahr nur geringfügig unter der Auslastung des Jahres 1990 (32 Prozent).

Betten zu
31 Prozent aus-
gelastet

Simone Maier, Diplom-Ökonomin, ist Mitarbeiterin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Europaangelegenheiten, Forschungsdatenzentrum.

Info

Ausgabe N° 22 der Reihe „Statistische Analysen“

Tourismus in Rheinland-Pfalz –

Strukturen und Entwicklungen im Land und in den Tourismusregionen

Ausführliche Informationen zum Tourismusgeschehen im Land finden Sie in der Statistischen Analyse „Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen und Entwicklungen im Land und in den Tourismusregionen“.

In dieser Analyse werden die Strukturen sowie die aktuellen und langfristigen Entwicklungen des rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs dargestellt.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter <http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-analysen/tourismus/tourismus2010.pdf> zur Verfügung. Die Printausgabe kann zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de



Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2009



Von Werner Kertels

Im Jahr 2009 betrug das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner in Rheinland-Pfalz 18 637 Euro. Dieser Betrag stand den privaten Haushalten – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Das höchste verfügbare Einkommen in Rheinland-Pfalz hatten die Einwohner des Landkreises Mainz-Bingen mit durchschnittlich 21 836 Euro, ein Viertel niedriger lag der Wert der Stadt Kaiserslautern mit 16 377 Euro. Insgesamt ergab sich für die Landkreise ein um rund 1 000 Euro höheres verfügbares Einkommen je Einwohner als für die kreisfreien Städte.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt eine zentrale Einkommensgröße im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar. Es ist das nach (überwiegend staatlichen) Umverteilungsvorgängen resultierende Einkommen, das von den privaten Haushalten konsumiert oder gespart werden kann. Der Sektor „private Haushalte“, zu dem nicht nur Einzelpersonen und Gruppen von Einzelpersonen als Konsumenten, sondern auch als Produzenten (z. B. selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Gastwirte, Freiberufler) gehören, wird in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemeinsam mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nachgewiesen.

Ausgehend von der primären Einkommensverteilung ...

Ausgangspunkt der Berechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise ist die Ermittlung des nach dem Inländer- bzw. Wohnortkonzept abgegrenzten Primäreinkommens der privaten Haushalte. Dieses umfasst die empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber), die von den privaten Haushalten per Saldo empfangenen Vermögenseinkommen sowie die Unternehmenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen. Zum Unternehmenseinkommen gehören die Selbstständigeinkommen der dem Sektor „private Haus-

Inländerkonzept

halte" angehörenden Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie die unterstellten Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohneigentum.

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2009 insgesamt 88,2 Milliarden Euro. Es entstand überwiegend als Arbeitnehmerentgelt (63,4 Milliarden Euro; Anteil am Primäreinkommen: 72 Prozent), das vollständig diesem Sektor zugerechnet wird. Die restlichen 24,8 Milliarden Euro bzw. 28 Prozent waren Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen: 10,5 Milliarden Euro bzw. zwölf Prozent als Betriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen und 14,4 Milliarden Euro bzw. 16 Prozent als Vermögenseinkommen.

... ergibt sich nach Umverteilung die sekundäre Einkommensverteilung

Steuern,
Abgaben und
Sozialbeiträge

Das Primäreinkommen ist jedoch noch nicht der Betrag, über den die Haushalte frei verfügen können. Das verfügbare Einkommen ergibt sich, indem vom Primäreinkommen die geleisteten laufenden Transfers abgezogen und die empfangenen laufenden Transfers hinzu gezählt werden. Die Umverteilung der Einkommen durch laufende Transfers spielt sich in erster Linie zwischen dem Staat (einschließlich der Sozialversicherung) und dem Haushaltssektor ab. Zu den von privaten Haushalten geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern und Abgaben (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Verwaltungsgebühren) und die Sozialbeiträge. Letztere beinhalten die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die Sozialbeiträge der Selbstständigen und der Nichterwerbs-

tätigen sowie die unterstellten Sozialbeiträge (insbesondere für die Beamtenversorgung und Beihilfen im Krankheitsfall). Zu den geleisteten Transfers zählen außerdem die Nettoprämien für Schadenversicherungen wie private Krankenversicherung, Kfz- und allgemeine Haftpflichtversicherung u. Ä.

Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers stellen überwiegend monetäre Sozialleistungen dar. In erster Linie sind dies die Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Dazu gehören außerdem Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld, Arbeitslosenhilfe, Hartz IV, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung). Neben den Sozialleistungen empfangen die privaten Haushalte Leistungen von Schadenversicherungen.

Monetäre
Sozial-
leistungen

Info

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ stellt regelmäßig Informationen zum Primäreinkommen und zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auf Länder- und auf Kreisebene zur Verfügung. Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz sind auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes von August 2010 abgestimmt. Die Berechnung für das Jahr 2009 erfolgte erstmalig, die Werte der Vorjahre 2005 bis 2008 wurden nochmals überarbeitet.

T 1

Einkommen der privaten Haushalte¹ 2009 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in %
	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		
			EUR	Rheinland-Pfalz = 100			EUR	Rheinland-Pfalz = 100	
Frankenthal (Pfalz), St.	931	1,1	19 854	90,5	823	1,1	17 551	94,2	88,4
Kaiserslautern, St.	1 769	2,0	17 993	82,0	1 610	2,1	16 377	87,9	91,0
Koblenz, St.	2 185	2,5	20 570	93,7	1 941	2,6	18 269	98,0	88,8
Landau i. d. Pfalz, St.	951	1,1	22 100	100,7	804	1,1	18 688	100,3	84,6
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 074	3,5	18 815	85,7	2 681	3,6	16 410	88,1	87,2
Mainz, St.	4 630	5,2	23 466	106,9	3 664	4,9	18 569	99,6	79,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 264	1,4	23 593	107,5	1 083	1,4	20 211	108,4	85,7
Pirmasens, St.	721	0,8	17 563	80,0	730	1,0	17 768	95,3	101,2
Speyer, St.	1 246	1,4	24 995	113,9	1 050	1,4	21 058	113,0	84,2
Trier, St.	2 160	2,4	20 702	94,3	1 861	2,5	17 832	95,7	86,1
Worms, St.	1 642	1,9	20 056	91,4	1 407	1,9	17 181	92,2	85,7
Zweibrücken, St.	678	0,8	19 752	90,0	604	0,8	17 610	94,5	89,2
Ahrweiler	2 686	3,0	20 939	95,4	2 386	3,2	18 596	99,8	88,8
Altenkirchen (Ww.)	2 680	3,0	20 112	91,6	2 387	3,2	17 910	96,1	89,0
Alzey-Worms	2 898	3,3	23 189	105,6	2 314	3,1	18 517	99,4	79,9
Bad Dürkheim	3 316	3,8	24 868	113,3	2 696	3,6	20 218	108,5	81,3
Bad Kreuznach	3 293	3,7	21 084	96,1	2 881	3,8	18 444	99,0	87,5
Bernkastel-Wittlich	2 452	2,8	21 887	99,7	2 142	2,9	19 119	102,6	87,4
Birkenfeld	1 656	1,9	19 565	89,1	1 531	2,0	18 085	97,0	92,4
Cochem-Zell	1 280	1,5	19 944	90,9	1 142	1,5	17 791	95,5	89,2
Donnersbergkreis	1 619	1,8	21 060	95,9	1 358	1,8	17 658	94,7	83,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 998	2,3	21 119	96,2	1 687	2,3	17 836	95,7	84,5
Germersheim	2 866	3,2	22 902	104,3	2 304	3,1	18 411	98,8	80,4
Kaiserslautern	2 144	2,4	20 107	91,6	1 854	2,5	17 384	93,3	86,5
Kusel	1 411	1,6	19 159	87,3	1 251	1,7	16 979	91,1	88,6
Mainz-Bingen	5 701	6,5	28 299	128,9	4 399	5,9	21 836	117,2	77,2
Mayen-Koblenz	4 590	5,2	21 711	98,9	3 898	5,2	18 442	99,0	84,9
Neuwied	4 116	4,7	22 616	103,0	3 562	4,8	19 570	105,0	86,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 214	2,5	21 451	97,7	1 916	2,6	18 561	99,6	86,5
Rhein-Lahn-Kreis	2 662	3,0	21 303	97,1	2 333	3,1	18 675	100,2	87,7
Rhein-Pfalz-Kreis	3 790	4,3	25 416	115,8	3 027	4,0	20 302	108,9	79,9
Südliche Weinstraße	2 427	2,8	22 183	101,1	2 042	2,7	18 666	100,2	84,1
Südwestpfalz	2 098	2,4	20 973	95,6	1 863	2,5	18 624	99,9	88,8
Trier-Saarburg	3 252	3,7	23 013	104,8	2 672	3,6	18 913	101,5	82,2
Vulkaneifel	1 237	1,4	19 949	90,9	1 107	1,5	17 851	95,8	89,5
Westerwaldkreis	4 578	5,2	22 875	104,2	3 894	5,2	19 459	104,4	85,1
Rheinland-Pfalz	88 217	100,0	21 949	100,0	74 903	100,0	18 637	100,0	84,9
kreisfreie Städte	21 253	24,1	20 831	94,9	18 258	24,4	17 896	96,0	85,9
Landkreise	66 964	75,9	22 330	101,7	56 645	75,6	18 889	101,4	84,6

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2010

Primäreinkommen wird durch Umverteilung im Durchschnitt um 15 Prozent reduziert

Auf dem Weg der Einkommensumverteilung hatten die privaten Haushalte 2009 laufende Transfers in Höhe von knapp 40,1 Milliarden Euro zu leisten und empfangen gleichzeitig 26,8 Milliarden Euro. Per Saldo sank also das Einkommen für die Gesamtheit der privaten Haushalte durch die Umverteilungsaktivitäten um 13,3 Milliarden Euro. Das verfügbare Einkommen betrug somit im Jahr 2009 in Rheinland-Pfalz 74,9 Milliarden Euro; das waren 85 Prozent des Primäreinkommens. Bei dieser Rechnung ist zu beachten, dass in den empfangenen laufenden Transfers nur die Geldleistungen enthalten sind, jedoch nicht die Dienst- und Sachleistungen des Staates.

Verfügbares Einkommen als zentraler Einkommensbegriff

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist somit das aussagekräftigste Einkommensaggregat, denn es berücksichtigt sämtliche Einkommensbestandteile, die den privaten Haushalten zufließen, und sämtliche Abzüge, die das Einkommen schmälern. Es steht den privaten Haushalten für private Konsumausgaben oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung und ist somit Ausgangspunkt für die Einkommensverwendung. Diese Einkommensgröße ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Kaufkraft der privaten Haushalte im Sinne eines Maßstabs für die regionale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen des privaten Konsums. Die Absolutwerte des verfügbaren Einkommens geben Aufschluss über die potenzielle Kaufkraft der Bevölkerung in einer Region. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein Teil des Einkommens gespart oder außerhalb des Wohnortes verausgabt wird. Außerdem wird der Vergleich verschiedener Regionen anhand des nominalen verfügbaren Einkommens durch regionale Preisniveauunterschiede eingeschränkt.

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise ist das Primäreinkommen 2009 gesunken, und zwar um 1,8 Milliarden Euro bzw. zwei Prozent gegenüber 2008. Der Rückgang beruht auf einem deutlich niedrigeren Betriebsüberschuss sowie Selbstständigen- und Vermögenseinkommen, dagegen ist das empfangene Arbeitnehmerentgelt gegenüber 2008 geringfügig gestiegen. Das verfügbare Einkommen ist 2009 – trotz des starken Konjunkturerinbruchs – nur leicht gesunken: Es lag rund 350 Millionen Euro bzw. 0,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Zurückzuführen ist dies auf die stabilisierende Wirkung der empfangenen laufenden Übertragungen, die um knapp 1,4 Milliarden Euro bzw. 5,3 Prozent höher waren als im Vorjahr. Gleichzeitig sanken die von den privaten Haushalten geleisteten laufenden Übertragungen um 82 Millionen Euro bzw. 0,2 Prozent.

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist das Primäreinkommen in Rheinland-Pfalz (nominal) um 17 Prozent gestiegen. Die empfangenen laufenden Transfers haben in diesem Zeitraum stärker zugenommen (+22 Prozent) als die geleisteten (+17 Prozent). In den Jahren 2001 bis 2005 waren die empfangenen Leistungen stärker gestiegen, im Zeitraum von 2006 bis 2008 hat es dagegen eine deutlich kräftigere Zunahme der geleisteten Übertragungen gegeben. Für das verfügbare Einkommen ergibt sich eine Zunahme um 19 Prozent gegenüber über dem Jahr 2000.

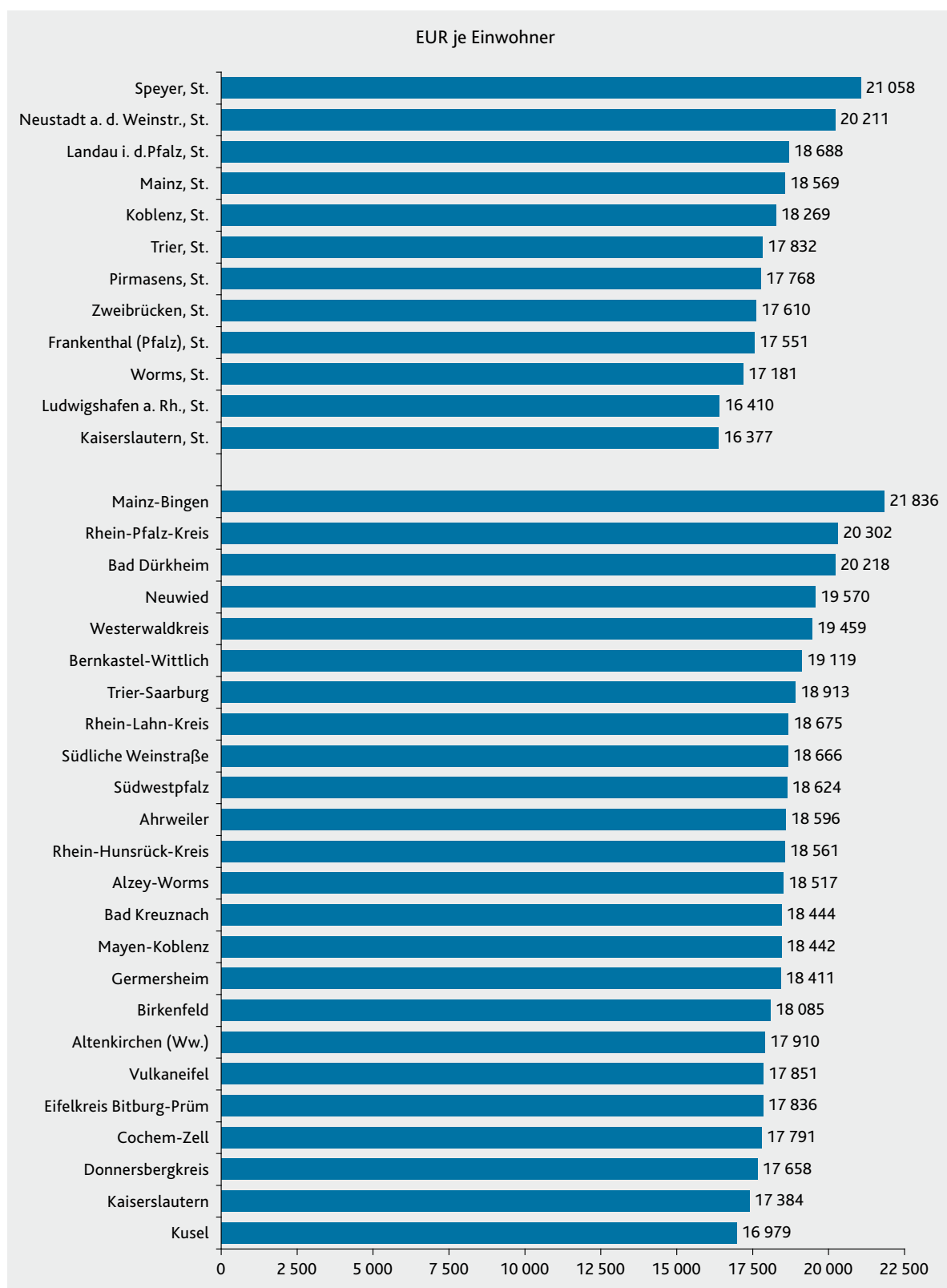
Verfügbares Einkommen um knapp 19 Prozent seit 2000 gestiegen

Durchschnittlich 18 637 Euro pro Einwohner für Konsum und Sparen

Bezogen auf die Einwohner errechnet sich für Rheinland-Pfalz ein durchschnittliches Primäreinkommen von 21 949 Euro. Im Durchschnitt lag der Wert für die Land-

G 1

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2009 nach Verwaltungsbezirken



kreise mit 22 330 Euro um 1 500 Euro bzw. 7,2 Prozent über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (20 831 Euro). Innerhalb dieser Gebietstypen streuen die Pro-Kopf-Einkommen jedoch beträchtlich. Bei den Städten reicht die Spannweite von 24 995 Euro in Speyer bis 17 563 Euro in Pirmasens und bei den Landkreisen sogar von 28 299 Euro in Mainz-Bingen bis 19 159 Euro in Kusel. Der höchste Wert übertraf demnach den Landesdurchschnitt um 29 Prozent, während der niedrigste um 20 Prozent darunter lag. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Primäreinkommen im Landkreis Mainz-Bingen lag also um 61 Prozent höher als in Pirmasens.

Im Zuge der Umverteilung ist das durchschnittliche Einkommen um 3 312 Euro gesunken. Im Durchschnitt stand jedem Rheinland-Pfälzer ein Einkommen von 18 637 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. In den Landkreisen lag der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert mit 18 889 Euro geringfügig über dem Landesdurchschnitt (+1,4 Prozent), in den kreisfreien Städten mit 17 896 Euro dagegen vier Prozent darunter. Der Abstand zwischen den Landkreisen und den kreisfreien Städten und Landkreisen betrug also rund 1 000 Euro.

Landkreis
Mainz-Bingen
nimmt Spitzenposition ein

Das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner verzeichnete der Landkreis Mainz-Bingen mit 21 836 Euro, gefolgt von der Stadt Speyer mit 21 058 Euro. Über ein wesentlich geringeres Einkommen verfügten die privaten Haushalte in der Stadt Kaiserslautern mit 16 377 Euro. Unter den Landkreisen war der niedrigste Wert für Kusel festzustellen (16 979 Euro).

Durch die Umverteilung ist die Spannweite insgesamt kleiner geworden: Der höchste Wert übertraf den Landesdurchschnitt um 17 Prozent, während der niedrigste um zwölf

Prozent darunter lag. Demnach verfügten die Einwohner in Mainz-Bingen durchschnittlich über ein um 33 Prozent höheres Einkommen als in Kaiserslautern. Von den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in 14 Verwaltungsbezirken um mehr als fünf Prozent über oder unter dem Landesdurchschnitt, beim Primäreinkommen waren es 21 Städte und Landkreise.

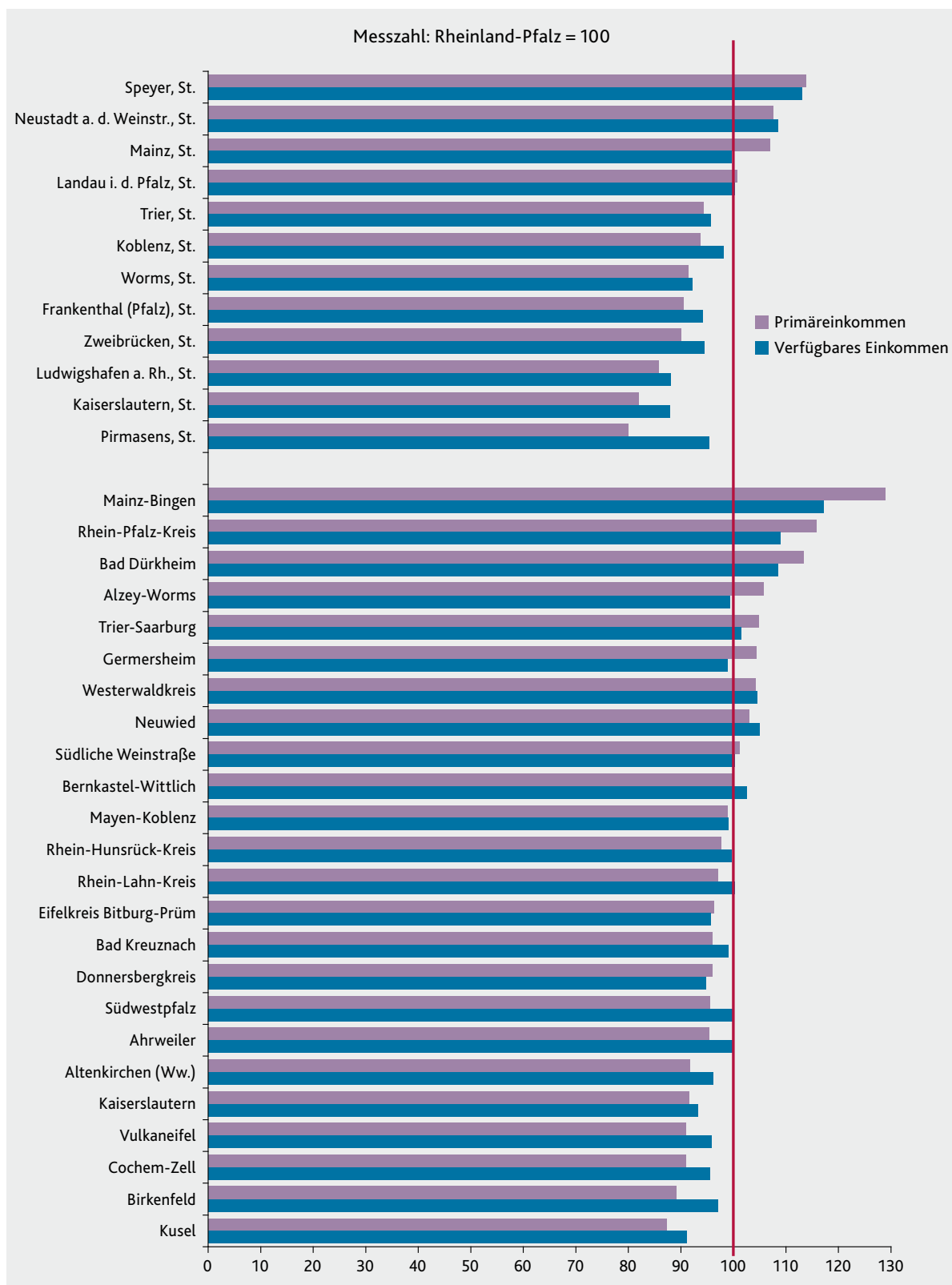
Es hat also tendenziell eine Annäherung an den Landesdurchschnitt stattgefunden. In den meisten Regionen mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Primäreinkommen ist durch die Umverteilung eine Annäherung an den Landesdurchschnitt eingetreten. In diesen Gebieten lag der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen über dem Landesdurchschnitt von rund 85 Prozent. Am deutlichsten profitiert hat die Stadt Pirmasens, hier lag als einzigem Verwaltungsbezirk das verfügbare Einkommen sogar geringfügig über dem Primäreinkommen. Auch im Landkreis Birkenfeld und in der Stadt Kaiserslautern ist durch die Umverteilung eine relativ starke Annäherung an den Landesdurchschnitt des verfügbaren Einkommens zu verzeichnen. Umgekehrt hat auch in den meisten Regionen mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Primäreinkommen durch die Umverteilung eine Annäherung an den Landesdurchschnitt beim verfügbaren Einkommen stattgefunden. So lag der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen nur bei rund 79 bzw. 77 Prozent.

Die Höhe des Primäreinkommens wird natürlich mitbestimmt von der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftskraft einer Region sowie der Erwerbsbeteiligung. Bei kleinräu-

Umverteilung
verringert
regionale Dis-
paritäten

Bedeutung
von Pendler-
verflechtungen

G 2

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2009
nach Verwaltungsbezirken


miger Betrachtung ist allerdings zu beachten, dass die in der Region entstandenen Einkommen durch Pendlerverflechtungen gravierend verändert werden können. So wird zum Beispiel in der Stadt Ludwigshafen das höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz erwirtschaftet, während der Wert für den umliegenden Rhein-Pfalz-Kreis deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Beim verfügbaren Einkommen je Einwohner jedoch liegt der Wert für den Rhein-Pfalz-Kreis erheblich höher als der der Stadt Ludwigshafen. Außer durch diese Einkommensströme wird das verfügbare Einkommen in den Verwaltungsbezirken auch durch die Umverteilung in unterschiedlichem Ausmaß verändert. Die unterschiedliche Bedeutung der geleisteten und der empfangenen Transfers beruht zum Teil sicherlich auf Abweichungen in der Altersstruktur der Bevölkerung und der Haushaltsstruktur.

Verfügbares Einkommen in den Landkreisen stärker gestiegen als in den Städten

3 000 Euro
je Einwohner
mehr als 2000

Gegenüber 2008 ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz um 0,5 Prozent gesunken, im Durchschnitt je Einwohner blieb der Wert jedoch so gut wie unverändert, da sich die Einwohnerzahl des Landes ebenfalls um 0,5 Prozent verringert hat.

Im Vergleich zum Jahr 2000 hat das Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz nominal um rund 3 000 Euro oder 19 Prozent zugenommen. In diesem Zeitraum ist der Verbraucherpreisindex um gut 14 Prozent gestiegen. Der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens fiel in den Landkreisen im Mittel stärker aus (+20 Prozent) als in den kreisfreien Städten (+16 Prozent). Beeinflusst wird

diese unterschiedliche Entwicklung nicht nur durch die Veränderung des verfügbaren Einkommens selbst, sondern auch durch die der Einwohnerzahl. So ist die Bevölkerung in der Gesamtheit der kreisfreien Städte im Zeitraum von 2000 bis 2009 gestiegen (+1,4 Prozent), insbesondere durch deutliche Zunahmen in Mainz, Trier und Landau, während die Einwohnerzahl in der Summe der Landkreise zurückging (-0,8 Prozent).

Unter den Städten wurden die stärksten Anstiege des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 mit +32 Prozent in Speyer sowie +23 Prozent in Trier erreicht. Dagegen nahm das Einkommen je Einwohner in Mainz nur um gut elf Prozent zu. Durch die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer ist dort die Bevölkerungszahl deutlich gestiegen, da vor allem viele Studenten ihren Nebenwohnsitz in den Hauptwohnsitz Mainz umgewandelt haben.

Höchste
Zuwächse in
Speyer und
Trier-Saarburg

Weitere Informationen

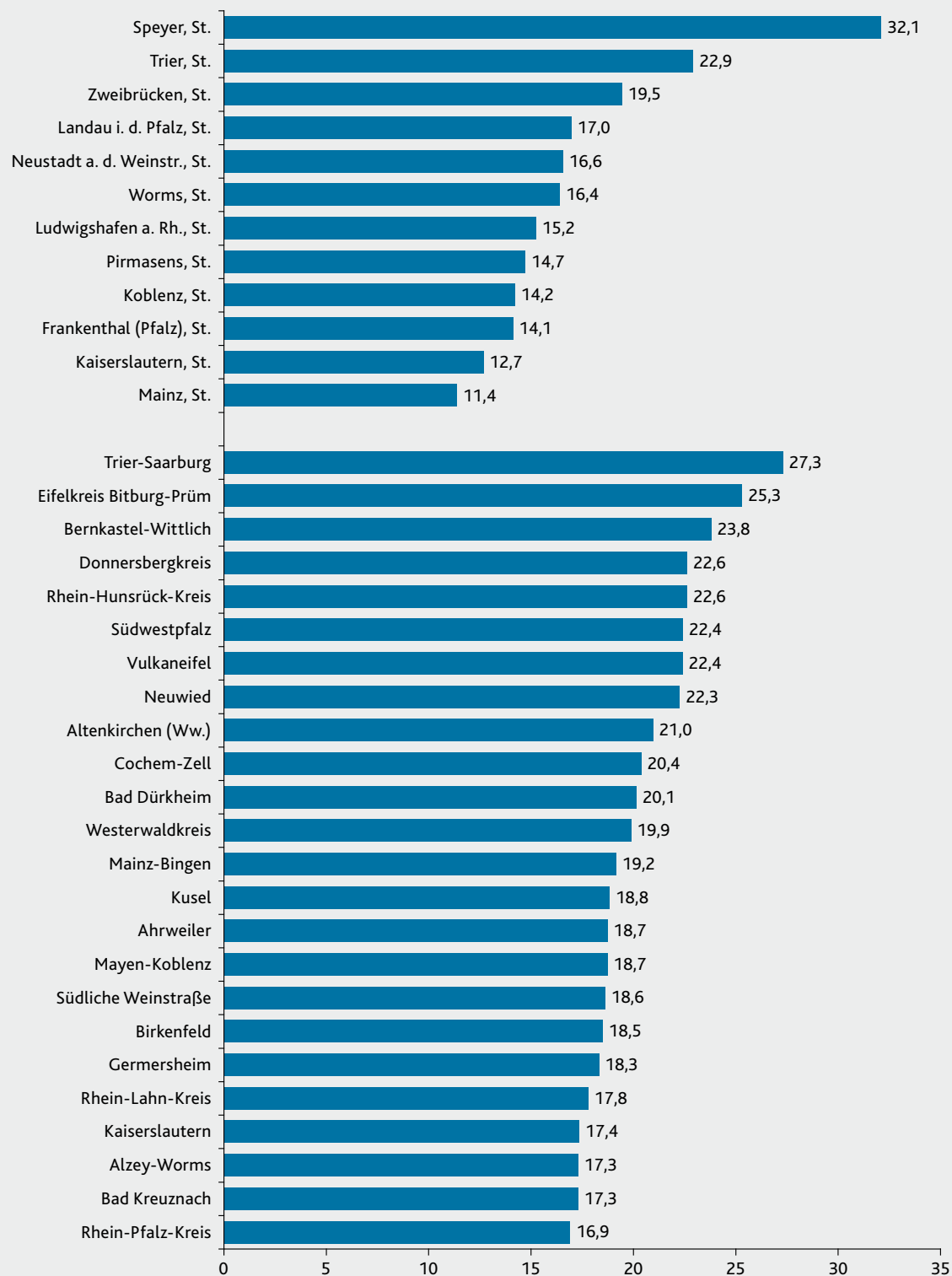
Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2009“. Der Bericht kann kostenfrei als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden: http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/P1053_200900_1j_K.pdf

Die Gemeinschaftsveröffentlichung Reihe 2 Band 3 des Arbeitskreises VGR der Länder mit Ergebnissen für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland steht hier kostenfrei zur Verfügung: http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/verlag/gemeinschaftsveroeff/vgr/R2B3_2010.xls

G 3

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2009 nach Verwaltungsbezirken

Veränderung gegenüber 2000 in %



Die höchste Zuwachsrate unter den Landkreisen hatte Trier-Saarburg mit +27 Prozent zu verzeichnen, es folgen der Eifelkreis Bitburg-Prüm (+25 Prozent) und Bernkastel-Wittlich (+24 Prozent). Diese Kreise liegen – wie auch die Stadt Trier – im Einzugsbereich von Luxemburg. Da immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit pendeln, profitiert die Region von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung im Großherzogtum. Im Jahr 2000 hatte das durchschnittliche verfügbare Einkommen im Eifelkreis Bitburg-Prüm den Landesdurchschnitt um neun Prozent unterschritten, im

Jahr 2009 waren es nur noch 4,3 Prozent. In Trier-Saarburg hatte der Wert 2000 fünf Prozent darunter gelegen, im Jahr 2009 überstieg der Wert den Landesdurchschnitt sogar um 1,5 Prozent.

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Europaangelegenheiten, Forschungsdatenzentrum.

Neue Wege in der Pflegestatistik

Erhebung des (früheren) Wohnorts der Pflegebedürftigen



Von Günter Ickler

Das Land Rheinland-Pfalz hat sich eine nachhaltige Verbesserung der Situation von Pflegebedürftigen zum Ziel gesetzt. Die rechtliche Grundlage dazu wurde mit dem Gesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur vom 25. Juli 2005 geschaffen.

Das Statistische Landesamt führt seit 1999 alle zwei Jahre eine Erhebung zur Pflegestatistik nach einem bundeseinheitlichen Erhebungsprogramm durch. Eine regionale Darstellung der Ergebnisse ist dabei nur nach dem Sitz des ambulanten Pflegedienstes und der stationären Pflegeeinrichtung möglich. Mit der Erhebung zum Stichtag 15. Dezember 2009 wurden in Rheinland-Pfalz erstmals auch Angaben über den Wohnsitz der pflegebedürftigen Personen erhoben. In Ermangelung einer Rechtsgrundlage konnte dies aber nur auf freiwilliger Grundlage erfolgen.

Immer mehr pflegebedürftige Menschen

Demografischer Wandel

Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen gewinnt durch den demografischen Wandel und eine weiter zunehmende Lebenserwartung eine immer größere Bedeutung. Die Zahl der Pflegebedürftigen ist seit der Erhebung im Jahr 1999 von rund 92 300 auf nunmehr 106 400 gestiegen. Einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes zufolge ist davon auszugehen, dass deren Zahl bis zum Jahr 2020 um ein Viertel und bis 2035 um mehr als 60 Prozent steigen wird. Bis 2050 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen weit mehr als verdoppelt haben.¹

¹ Ergebnisse einer mittleren Variante (sog. Demografische Variante). Statistisches Landesamt (Hrsg.): Rheinland-Pfalz 2050 – Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf. Bad Ems 2010.

Diese Zahlen umfassen Pflegebedürftige, die in einem Pflegeheim oder von einem ambulanten Pflegedienst versorgt werden. Sie enthalten aber auch – und dies macht den größten Teil aus – solche Menschen, die ausschließlich Pflegegeld bekommen und damit zu Hause überwiegend durch Angehörige versorgt werden. Die Erhebung des Jahres 2009 stellte insgesamt 106 400 Pflegebedürftige fest. Davon waren knapp 30 Prozent in einem Pflegeheim untergebracht, mehr als 20 Prozent wurden durch einen ambulanten Pflegedienst versorgt und rund die Hälfte erhielt ausschließlich Pflegegeld.

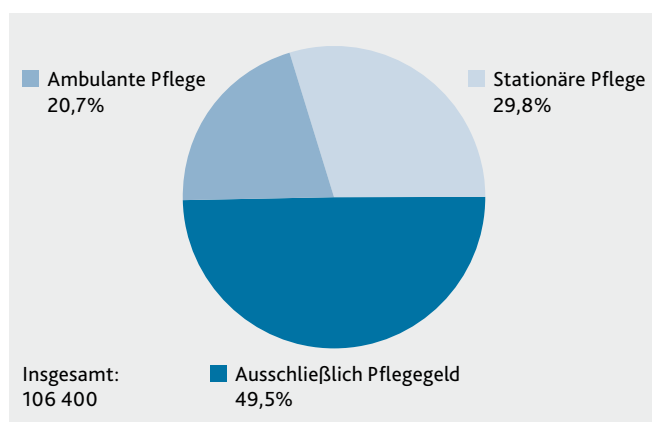
Die Pflegestatistik, die nach einem bundeseinheitlichen Erhebungsprogramm seit 1999 alle zwei Jahre durchgeführt wird, sieht zwei

Die meisten Pflegebedürftigen werden weder ambulant noch stationär versorgt

Zwei unterschiedliche Erhebungswege

G 1

Pflegebedürftige 2009 nach Art der Pflege



grundsätzlich unterschiedliche Erhebungswege vor. Auf der einen Seite befragen die statistischen Landesämter im Rahmen einer Bestandserhebung jeweils zum 15. Dezember alle ambulanten Pflegedienste und stationären Pflegeeinrichtungen. Im Jahr 2009 wurden auf diesem Wege in Rheinland-Pfalz 416 Dienste und 454 Heime befragt. Die Angaben über die Pflegegeldempfänger werden bei den Spitzenverbänden der Pflegekassen zentral durch das Statistische Bundesamt erhoben. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Pflegestatistik erfolgt regelmäßig – unter anderem – in den Statistischen Monatsheften des Statistischen Landesamtes.²

Regionalisierung mit beschränkter Aussagekraft

Die bedarfsgerechte Versorgung hilfebedürftiger Menschen erfordert eine regionalisierte Betrachtung der Nachfrage nach Pflegeleistungen sowie des pflegerischen Angebots. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Struktur der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, die durch die Bevölkerungsfortschreibung

in tiefer regionaler Gliederung kontinuierlich bereitgestellt und durch Bevölkerungsvorausberechnungen ergänzt wird.

Die nach dem bundeseinheitlichen Verfahren durchgeführte Pflegestatistik sieht die Erhebung regional differenzierter Angaben nur für den Sitz der ambulanten Pflegedienste und der stationären Pflegeheime vor. Die Darstellung der Ergebnisse auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise erfolgt damit in einer regionalen Untergliederung für die Angebotsseite von Pflegeleistungen.

Regionale Angaben zu den Pflegegeldempfängern werden hingegen nach deren Wohnsitz erhoben und ausgewertet.

Eine bedarfsgerechte Versorgung erfordert aber auch für die ambulante und stationäre Versorgung in erster Linie eine Orientierung an der Nachfrageseite und damit am Wohnort der pflegebedürftigen Personen.

Personen, die ausschließlich Pflegegeld bekommen, also weder eine ambulante noch eine stationäre Versorgung erhalten, werden in diesem Beitrag nicht betrachtet.

Pflegestrukturplanung des Landes Rheinland-Pfalz

Das Land Rheinland-Pfalz hat sich eine nachhaltige Verbesserung der Situation von Pflegebedürftigen zum Ziel gesetzt. Die rechtliche Grundlage dazu wurde mit dem Gesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur (LPFL-geASG) vom 25. Juli 2005 geschaffen: „Ziel dieses Gesetzes ist die Sicherstellung einer leistungsfähigen und wirtschaftlichen Angebotsstruktur und deren bedarfsgerechte Weiterentwicklung in den Bereichen der ambulanten, teilstationären und vollsta-

Regionalisierung für den Sitz der Dienste und Einrichtungen

Pflegegeldempfänger nach dem Wohnort

Gesetz zur Verbesserung der pflegerischen Angebotsstruktur

Erhebung der Pflegegeldempfänger durch Statistisches Bundesamt

Bevölkerungsstruktur bestimmt Nachfrage nach Pflege

² Zuletzt: Hehl, G.: Pflege 2009. In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Statistische Monatshefte, 64. Jg. (2011), S. 45ff.

tionären Pflege ..., um die Pflege und die damit zusammenhängende soziale Betreuung nachhaltig für Menschen zu gewährleisten, die aufgrund ihres Alters oder wegen Krankheit, Behinderung oder aus anderen Gründen hierauf angewiesen sind" (§1 Abs. 1 LPFLegeASG).

Modellprojekte
zur Pflege

In diesem Zusammenhang sind die kreisfreien Städte und Landkreise zur Aufstellung regionaler Pflegestrukturpläne aufgefordert. Zehn kreisfreie Städte und Landkreise begleiten zudem in verschiedenen Modellen bestimmte thematische Schwerpunkte. Beispielsweise geht es dabei um die Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlich engagierter Menschen.

Auftrag durch
Ministerium

Im Rahmen der Pflegestrukturplanung des Landes Rheinland-Pfalz hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen das Statistische Landesamt beauftragt, auch wohnortbezogene Angaben zu den pflegebedürftigen Personen zu erheben. Aus Kosten- und organisatorischen Gründen war die Integration in das bestehende Erhebungsprogramm zur Pflegestatistik nahe liegend.

Angabe des
Wohnorts nur
auf freiwilliger
Grundlage

Damit waren in einem bundeseinheitlichen Erhebungsverfahren für ein einzelnes Land zusätzliche Merkmale zu integrieren. Da hierzu keine Rechtsgrundlage vorlag, konnten diese Angaben nur auf freiwilliger Grundlage erhoben werden.

Konzeption der neuen Erhebungsform

Mit der Pflegestatistik zum Stichtag 15. Dezember 2009 hat das Statistische Landesamt erstmals auch Angaben über den Wohnsitz der pflegebedürftigen Personen erhoben. Dabei handelt es sich um den gegenwärtigen Wohnort bei ambulant versorgten

Pflegebedürftigen und den früheren Wohnsitz bei Pflegebedürftigen in Pflegeheimen. Zur Beschreibung des Wohnorts wurde die Postleitzahl herangezogen.

Die gleichzeitige Erhebung von Angaben mit und ohne Auskunftspflicht bei Abweichung von einem bundeseinheitlichen Konzept unter Anwendung alternativer Erhebungsverfahren (Fragebogen und elektronische Erhebung) stellte eine besondere erhebungstechnische Herausforderung dar.

Die Erhebung eines Merkmals auf freiwilliger Grundlage erforderte aus datenschutzrechtlichen Gründen einen expliziten Hinweis hierauf sowie die Erfassung über einen eigenen Fragebogen, der sich deutlich von den anderen Erhebungspapieren abheben musste. Auch für die Übermittlung der Daten auf elektronischem Wege sollte diese Gliederung klar erkennbar sein. Wegen der Freiwilligkeit des neuen Merkmals waren begleitende Maßnahmen zur Erhöhung der Auskunftsbereitschaft erforderlich. Neben erläuternden Hinweisen gehörte hierzu insbesondere das Beifügen eines Schreibens der zuständigen Sozialministerin, in dem auf die besondere Bedeutung der zu erhebenden Angaben hingewiesen wurde.

Werden Daten, für die Auskunftspflicht besteht, nicht mitgeteilt, so werden die Berichtsstellen seitens des Statistischen Landesamtes noch einmal mit der Bitte um Erteilung der erforderlichen Auskünfte angesprochen. Dies kann bei weiterhin bestehender Auskunftsverweigerung auch Bußgeld- oder Zwangsgeldverfahren nach sich ziehen. Im Falle freiwilliger Angaben erfolgt in der Regel kein erneutes Anschreiben der Berichtsstellen.

Rheinland-Pfalz ist das einzige Land, das mit der Erhebung 2009 diesen neuen Weg

Erhebungs-
technische
Herausforde-
rung

Deutliche
Herausstellung
der Freiwilligkeit

Maßnahmen
zur Erhöhung
der Auskunfts-
bereitschaft

Neuerung
nur in
Rheinland-Pfalz

gegangen ist. Da die Notwendigkeit der wohnortbezogenen Angaben aber weitgehend unstrittig ist, kann davon ausgegangen werden, dass andere Länder folgen werden.

Möglichkeiten zur Erhebung des Regionalbezugs

Wohnort über
Gemeinde-
schlüssel oder
Postleitzahl

Für die Beschreibung des regionalen Bezugs von statistischen Größen gibt es grundsätzlich mehrere Möglichkeiten. Neben der textlichen Darstellung des Gemeindegamens oder des Namens von Landkreisen kann eine eindeutige Zuordnung auch über den amtlichen Gemeindegchlüssel erfolgen. Darüber hinaus bietet sich eine Untergliederung nach Postleitzahlenbereichen an. Im Zusammenhang mit der Erhebung des (früheren) Wohnorts der Pflegebedürftigen wurde die Entscheidung für die Darstellung über die Postleitzahl – in erster Linie – aufgrund der erhebungstechnischen Vorteile getroffen. Für das Personal der ambulanten Pflegedienste und in den Verwaltungen

der Pflegeheime ist es einfacher, diese im Regelfall ohnehin vorhandene Angabe bei der Erhebung mitzuteilen, wodurch positive Auswirkungen auf die Antwortbereitschaft zu erwarten waren.

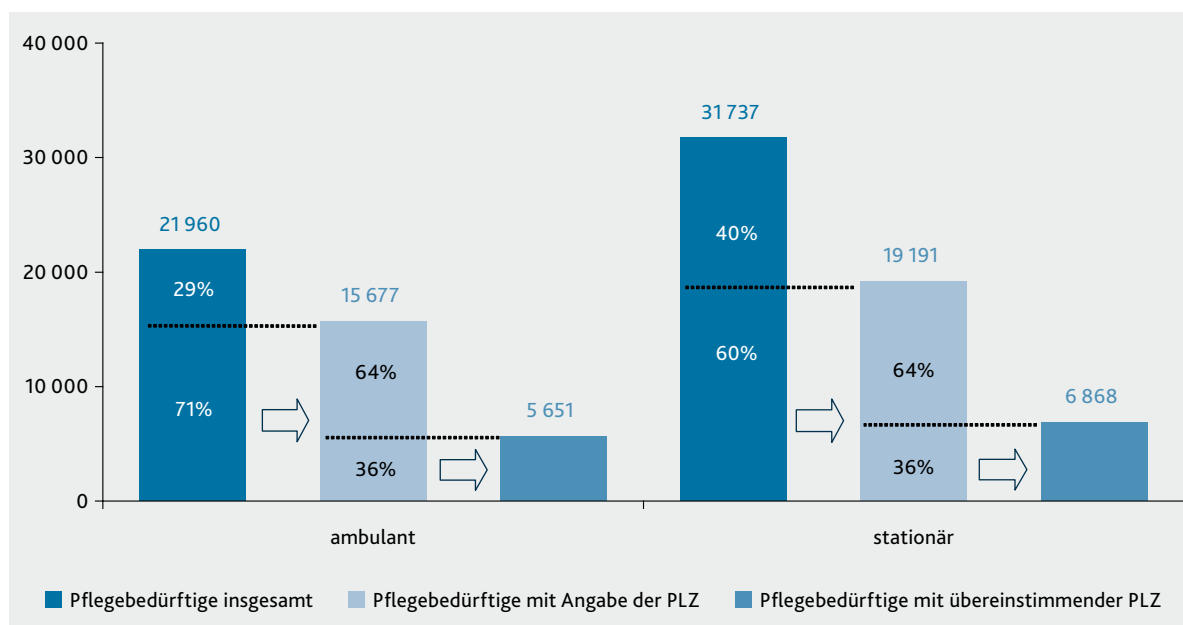
Eine regional differenzierte Ergebnisdarstellung stößt jedoch – bei mehr als 600 Postleitzahlen in Rheinland-Pfalz – schnell an Grenzen, insbesondere, wenn auch eine fachliche Untergliederung der Ergebnisse – beispielsweise nach Pflegestufen, Alter und Geschlecht – vorgenommen werden soll. Daher erfolgte eine Zuordnung der Postleitzahlen zu den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes.

Ergebnisdarstellung nach Postleitzahlenbereichen kaum möglich

Postleitzahlen sind jedoch vielfach nicht kreisscharf, d. h. ein und dieselbe Postleitzahl ist in mehreren Landkreisen bzw. kreisfreien Städten vertreten. Dies betrifft in Rheinland-Pfalz insgesamt mehr als 60 Postleitzahlen. In Einzelfällen sind Postleitzahlen sogar nicht einmal länderscharf, d. h. dieselbe Postleitzahl gibt es in zwei Bundesländern. Hiervon

Postleitzahlen häufig nicht eindeutig

G 2 Auswertung des Regionalbezugs (Postleitzahlenebene) 2009



sind acht Postleitzahlen betroffen. Daher müssen für eine Analyse und Darstellung der Pflegestatistik nach dem neuen Wohnortkonzept auf Kreisebene Unschärfen in der regionalen Zuordnung in Kauf genommen werden. Gleichzeitig bedeutet dies aber, dass eine Auswertung unterhalb der Kreisebene nicht in Betracht kommt.

Regional unterschiedliche Antwortquoten

Postleitzahl
nur für 71 bzw.
60 Prozent
der Pflege-
bedürftigen

Trotz der unterstützenden Maßnahmen zur Erhöhung der Auskunftsbereitschaft wurde eine Postleitzahl landesweit nur für 71 Prozent der ambulant versorgten und für 60 Prozent der stationär untergebrachten Pflegebedürftigen angegeben. Dabei war festzustellen, dass Pflegedienste und Heime die Angaben in der Regel gar nicht oder aber für (nahezu) alle Pflegebedürftigen machten. Insgesamt gesehen war der Anteil der Meldungen mit Postleitzahl im Falle der elektronischen Datenübermittlung größer als bei der Übermittlung der Angaben auf Papier-Fragebogen.

Antwortquoten
regional sehr
unterschiedlich

Die Antwortquoten waren regional sehr unterschiedlich. Bei einer Differenzierung nach den kreisfreien Städten und Landkreisen lagen sie im ambulanten Bereich zwischen 27 Prozent in Neustadt an der Weinstraße und 100 Prozent in Frankenthal (Pfalz). Im stationären Bereich bewegten sie sich zwischen 4,7 Prozent in Frankenthal (Pfalz) und 88 Prozent im Landkreis Cochem-Zell.

Es ist zu vermuten, dass die Unterschiede in einer unterschiedlichen Antwortbereitschaft der Berichtsstellen begründet liegen. Die auf die Pflegebedürftigen bezogenen Prozentangaben beruhen auf den Meldungen von fünf der sechs in Neustadt an der Weinstraße und aller fünf in Frankenthal (Pfalz) ansässigen ambulanten Pflegedienste. Demgegenüber

haben zwei der fünf stationären Pflegeheime in Frankenthal (Pfalz) und zehn der 13 Heime im Landkreis Cochem-Zell Angaben gemacht.

Antwortausfälle sind für die Analyse statistischer Daten stets ein Problem. Die Ausfälle sind nicht gleichmäßig über alle Erhebungseinheiten verteilt. Außerdem ist in der Regel davon auszugehen, dass sich Berichtsstellen, die Auskunft erteilen, strukturell von denen ohne Auskunftsbereitschaft unterscheiden. Dies hat Verzerrungen in den Ergebnissen zur Folge, die insbesondere die regionale Vergleichbarkeit beeinträchtigen. Diese Einschränkungen sind bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten.

Aus den unterschiedlich hohen Antwortquoten folgt, dass auch den Ergebnissen in ihrer regionalen Differenzierung eine sehr unterschiedliche Qualität zukommt. Die auf den Wohnort bezogenen Ergebnisse sind vor dem Hintergrund dieser Unzulänglichkeiten zu sehen.

Sehr hoher Regionalbezug

Bei der Analyse des Regionalbezugs auf Kreisebene stehen auf der einen Seite die Kennziffern für die kreisfreien Städte und Landkreise; sie sind Bestandteil der amtlichen Gemeindeschlüssel, die für den Sitz der Pflegedienste und -heime vorliegen. Diese werden den Kreisangaben für die Pflegebedürftigen gegenübergestellt, die aufgrund der gemeldeten Postleitzahlen zugeordnet wurden.

Wie bereits beschrieben, wurde diese auf freiwilliger Grundlage erhobene Größe vielfach nicht mitgeteilt. Darüber hinaus können Postleitzahlen nicht immer eindeutig den kreisfreien Städten und Landkreisen zuge-

Begrenzte
Aussagekraft
wegen Ant-
wortausfällen

Postleitzahlen
häufig nicht
eindeutig
zuzuordnen

T 1

Ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie Pflegebedürftige nach Angabe der Postleitzahl (Antwortquote)

Sitz des Pflegedienstes bzw. Pflegeheimes (kreisfreie Stadt – Landkreis)	Ambulante Pflegedienste					Stationäre Pflegeeinrichtungen				
	ins- gesamt	mit Angabe der Post- leitzahl	Pflegebedürftige nach Sitz des ambulanten Pflegedienstes			ins- gesamt	mit Angabe der Post- leitzahl	Pflegebedürftige nach Sitz der stationären Pflegeeinrichtung		
			ins- gesamt	mit Angabe der Postleitzahl	ins- gesamt			mit Angabe der Postleitzahl		
Anzahl		%	Anzahl	%						
Frankenthal (Pfalz), St.	5	5	157	157	100,0	5	2	359	17	4,7
Kaiserslautern, St.	8	5	326	229	70,2	12	9	825	578	70,1
Koblenz, St.	13	10	620	454	73,2	16	12	1 433	1 097	76,6
Landau i. d. Pf., St.	7	6	470	461	98,1	4	3	431	338	78,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	13	10	616	485	78,7	13	2	1 136	143	12,6
Mainz, St.	22	16	842	689	81,8	17	13	1 502	1 171	78,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	6	5	366	99	27,0	4	1	332	106	31,9
Pirmasens, St.	5	4	378	299	79,1	6	5	477	347	72,7
Speyer, St.	8	5	249	135	54,2	8	6	695	485	69,8
Trier, St.	12	10	495	464	93,7	10	7	834	723	86,7
Worms, St.	7	5	346	321	92,8	10	2	592	169	28,5
Zweibrücken, St.	3	2	219	88	40,2	4	2	320	112	35,0
Ahrweiler	18	13	735	486	66,1	20	11	1 348	896	66,5
Altenkirchen (Ww.)	16	9	822	432	52,6	17	12	1 104	793	71,8
Alzey-Worms	14	11	713	602	84,4	13	10	777	459	59,1
Bad Dürkheim	13	8	672	518	77,1	16	9	1 080	428	39,6
Bad Kreuznach	17	14	1 126	771	68,5	19	12	1 237	794	64,2
Bernkastel-Wittlich	16	15	755	578	76,6	14	5	833	334	40,1
Birkenfeld	10	6	447	223	49,9	14	6	809	265	32,8
Cochem-Zell	8	5	578	264	45,7	13	10	754	667	88,5
Donnersbergkreis	5	4	362	327	90,3	12	11	722	620	85,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	11	9	775	689	88,9	14	8	612	274	44,8
Germersheim	8	8	540	538	99,6	9	6	668	392	58,7
Kaiserslautern	8	5	658	318	48,3	11	10	593	520	87,7
Kusel	5	4	581	410	70,6	7	3	530	196	37,0
Mainz-Bingen	20	14	797	676	84,8	12	8	1 074	668	62,2
Mayen-Koblenz	20	11	965	405	42,0	23	14	1 612	826	51,2
Neuwied	26	19	1 061	633	59,7	28	21	1 827	1 308	71,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	8	6	956	731	76,5	11	9	823	595	72,3
Rhein-Lahn-Kreis	10	7	485	419	86,4	13	10	1 029	724	70,4
Rhein-Pfalz-Kreis	14	12	775	494	63,7	11	6	949	436	45,9
Südliche Weinstraße	8	7	516	507	98,3	9	6	557	434	77,9
Südwestpfalz	7	5	371	348	93,8	8	7	413	336	81,4
Trier-Saarburg	15	10	819	525	64,1	11	8	1 054	703	66,7
Vulkaneifel	7	4	405	302	74,6	12	6	627	302	48,2
Westerwaldkreis	23	16	962	600	62,4	28	14	1 769	935	52,9
Rheinland-Pfalz	416	305	21 960	15 677	71,4	454	286	31 737	19 191	60,5

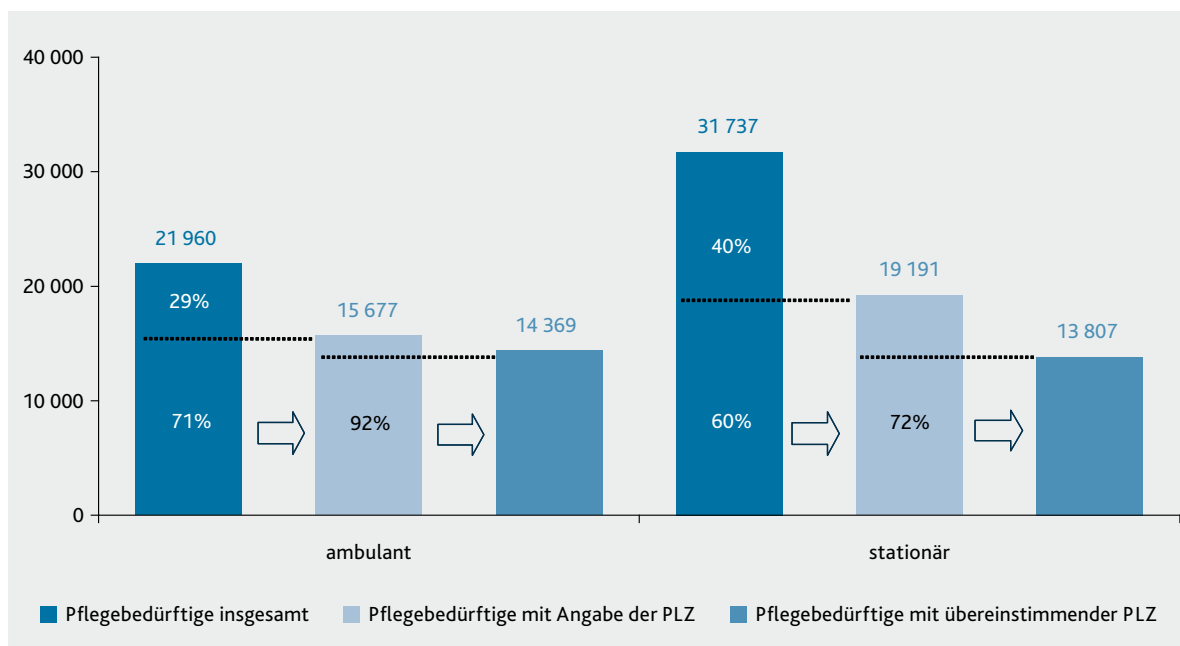
Antwortquote kleiner 60%

Antwortquote 60–80%

Antwortquote größer 80%

G 3

Auswertung des Regionalbezugs (Kreisebene) 2009



ordnet werden. In den Fällen, in denen eine übermittelte Postleitzahl in mehreren Landkreisen vertreten war, wurde die Zuordnung zu dem Kreis vorgenommen, in dem mehr über 65-jährige Menschen leben. Dahinter steht der Gedanke, dass überwiegend ältere Menschen pflegebedürftig sind.

Die Darstellung auf Kreisebene kann zum einen aus dem Blickwinkel der Pflegedienste bzw. Einrichtungen und zum anderen aus der Sicht der Pflegebedürftigen erfolgen.

Pflegebedürftige
überwiegend
durch Dienste
im eigenen
Kreis versorgt

In Rheinland-Pfalz ansässige ambulante Pflegedienste versorgten insgesamt 21 960 Pflegebedürftige, von denen für 15 677 eine Postleitzahl übermittelt wurde. Davon wohnen 14 369 oder 92 Prozent in der gleichen Stadt oder dem gleichen Landkreis, in der bzw. in dem sich auch der Dienst befindet. Unter den 1308 Personen, die außerhalb dieses Kreises wohnen, gibt es auch 133 Pflegebedürftige, die ihren Wohnsitz in anderen Bundesländern haben.

Aus Sicht der ambulant versorgten Menschen zeigt sich, dass diese zu 93 Prozent von einem Pflegedienst betreut werden, der seinen Sitz im Kreis des eigenen Wohnortes hat. Der Anteil der Pflegebedürftigen mit einer Betreuung durch einen Dienst mit Sitz außerhalb des Kreises, zu dem der Wohnsitz des Pflegebedürftigen gehört, ist besonders hoch im Landkreis Mayen-Koblenz (26 Prozent), in Neustadt an der Weinstraße (21 Prozent), in Speyer (21 Prozent) sowie im Landkreis Südliche Weinstraße (23 Prozent).

Die rheinland-pfälzischen Pflegeheime haben für insgesamt 19 191 Pflegebedürftige die Postleitzahl übermittelt; das entspricht einem Anteil an der Gesamtzahl von 60 Prozent. Die stationär Versorgten wohnten vor ihrer Unterbringung in 72 Prozent der Fälle in der gleichen kreisfreien Stadt oder dem gleichen Landkreis, in der bzw. dem das Heim seinen Sitz hat. Im Landesdurchschnitt kamen 9,1 Prozent der Personen aus einem

72 Prozent
wohnten vor
Heimbezug im
gleichen Kreis

anderen Bundesland. Besonders hoch ist dieser Anteil bei Pflegebedürftigen, die in einem Heim in den Landkreisen Ahrweiler (23 Prozent), Altenkirchen (28 Prozent) oder im Westerwaldkreis (17 Prozent) untergebracht sind. Eine genauere Betrachtung der Datensätze zeigt erwartungsgemäß, dass es sich hierbei überwiegend um Pflegebedürftige aus Nordrhein-Westfalen handelt. Hier kommt die große räumliche Verflechtung des nördlichen Rheinland-Pfalz mit Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck.

Aus dem Blickwinkel der stationär versorgten Pflegebedürftigen nach deren früherem Wohnsitz zeigt sich Folgendes: 17 301 Pflegebedürftige (für die eine Postleitzahl übermittelt wurde), haben vor ihrer stationären Unterbringung in Rheinland-Pfalz gewohnt. Davon haben 80 Prozent zuvor in der gleichen kreisfreien Stadt oder im gleichen Landkreis gewohnt, in der bzw. in dem sich auch der Sitz des Heimes befindet. Der Anteil der Menschen, die in einem Pflegeheim außerhalb ihres früheren Wohnsitzkreises untergebracht sind, ist besonders groß in Trier (32 Prozent), Ludwigshafen (47 Prozent), Neustadt an der Weinstraße (46 Prozent), Worms (30 Prozent) sowie in den Landkreisen Südliche Weinstraße (40 Prozent), Mainz-Bingen (33 Prozent) und Südwestpfalz (36 Prozent). Der mit Abstand größte Anteil betrifft aber mit 77 Prozent Menschen, die früher in Frankenthal (Pfalz) gewohnt haben; wegen der sehr kleinen absoluten Zahlen ist dies aber mit Einschränkungen zu sehen.

Jeder Elfte wohnte vor Heimbezug in anderem Bundesland

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die ambulanten Pflegedienste zum weitaus überwiegenden Teil (92 Prozent) Pflegebedürftige versorgen, die ihren Wohnsitz in der gleichen kreisfreien Stadt oder dem

gleichen Landkreis haben, in der auch der Sitz des Dienstes liegt. Auch bei stationär versorgten Pflegebedürftigen liegen der Standort des Heimes und der frühere Wohnort der versorgten Menschen zum größten Teil (72 Prozent) im gleichen Landkreis. Dabei sind größere regionale Unterschiede zu verzeichnen. Versorgungsverflechtungen, die sich über die Landesgrenzen erstrecken, sind im ambulanten Bereich gering; bei den in Rheinland-Pfalz stationär untergebrachten Menschen kommt jedoch rund jeder Elfte (9,1 Prozent) aus einem anderen Bundesland.

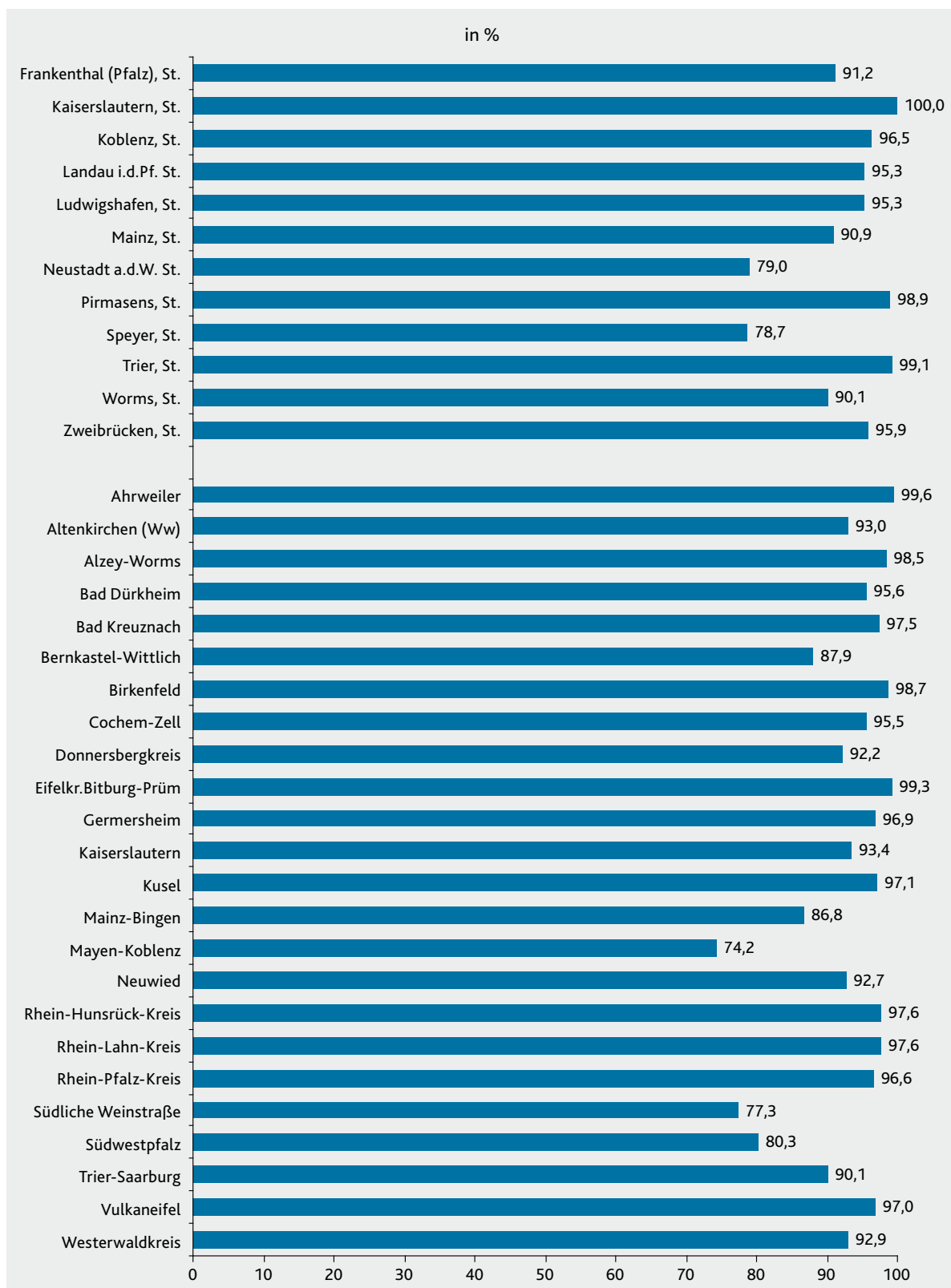
Änderungen der Erhebung für validere Ergebnisse erforderlich

Mit dem neuen Erhebungskonzept ist die Darstellung der Ergebnisse der Pflegestatistik im Prinzip auch nach dem Wohnort der Pflegebedürftigen möglich. Voraussetzung für eine solche Analyse wären aber hinreichend hohe Antwortquoten, was jedoch – zumindest flächendeckend – nicht der Fall ist. Allenfalls könnte eine regionale Darstellung für Gebiete mit vergleichsweise hohen Antwortquoten zugestanden werden. So lagen die Meldungen zur Postleitzahl in der Stadt Trier, im Donnersbergkreis sowie im Landkreis Südwestpfalz sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich bei mehr als 80 Prozent. Für die Stadt Trier kommt hinzu, dass die Problematik der Postleitzahlenzuordnung hier nur minimal ist. Damit kann den Ergebnissen hier im regionalen Vergleich insgesamt gesehen eine relativ hohe Aussagekraft zugestanden werden. Auf eine differenzierte Ergebnisdarstellung für diese Gebiete soll an dieser Stelle aber verzichtet werden.

Neue Möglichkeiten der Darstellung von Regionalergebnissen

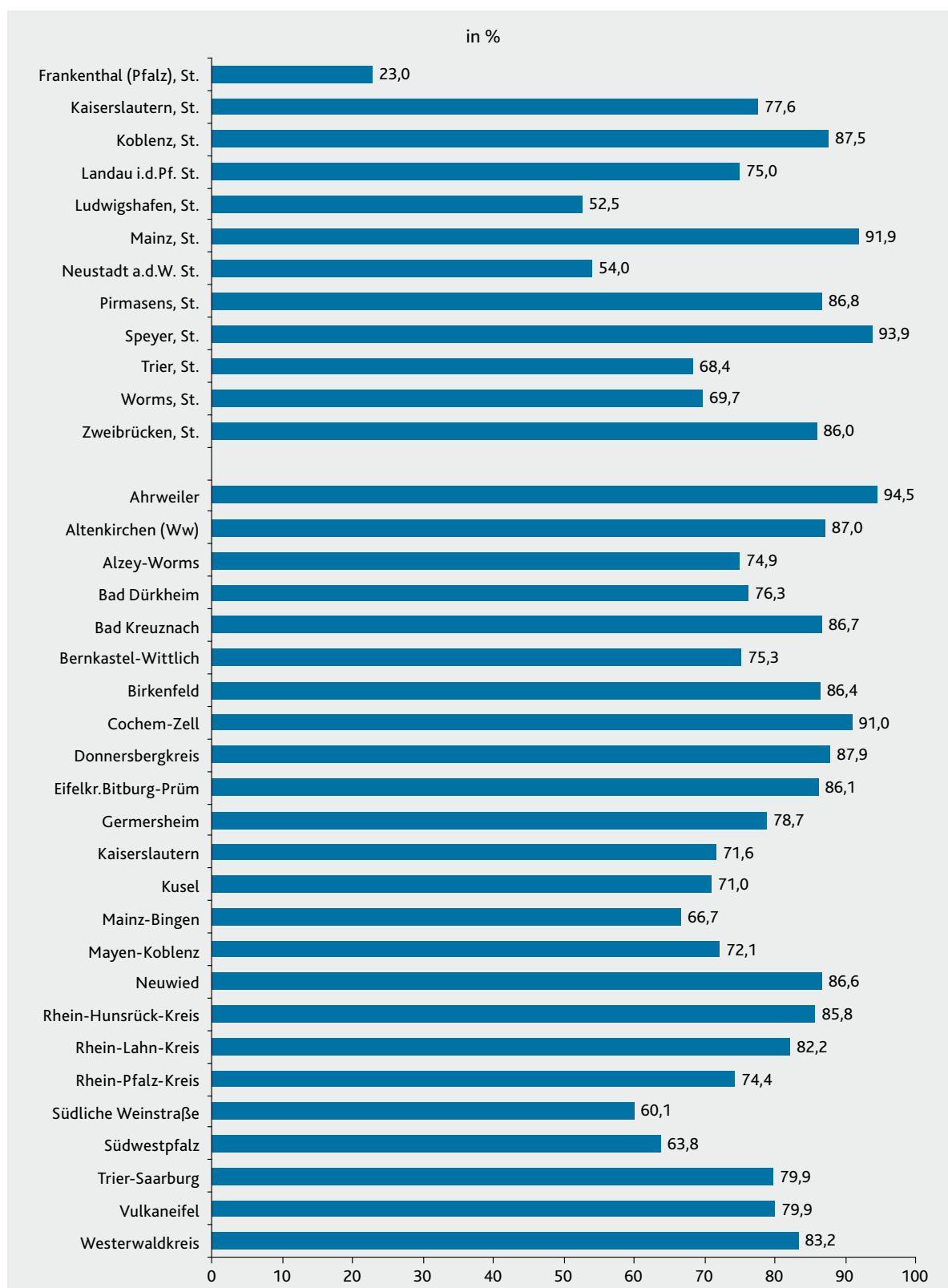
G 4

Anteil der Pflegebedürftigen mit ambulanter Versorgung aus dem Kreis des Wohnsitzes 2009



G 5

Anteil der Pflegebedürftigen mit früherem Wohnsitz im Kreis des Pflegeheimes 2009



Geringe Antwortquoten beeinträchtigen Ergebnisqualität

Für die Ermittlung von Ergebnissen mit höherer Validität ist eine deutliche Reduzierung der Antwortausfälle erforderlich. Dies kann nach den Erfahrungen mit anderen Erhebungen der amtlichen Statistik nur auf dem Wege einer Auskunftspflichtung erfolgen. Hierfür ist eine entsprechende Rechtsgrundlage erforderlich. Dabei wäre eine Integration in die bundesweite Erhebung wünschenswert, um auch länderübergreifend valide Aussagen zu ermöglichen.

Eine Gesamtdarstellung von Ergebnissen der Pflegestatistik erfordert zudem die Einbe-

ziehung solcher hilfebedürftigen Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten; wie eingangs dargestellt, betrifft dies rund die Hälfte aller Pflegebedürftigen. In diesem Zusammenhang wäre die Anwendung einheitlicher Modelle für die regionale Zuordnung wünschenswert.

Empfänger von ausschließlich Pflegegeld einbeziehen

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Index sinkt zum vierten Mal in Folge

Geschäftsklima trübt sich weiter ein

Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft hat sich im Oktober weiter verschlechtert. Der ifo Geschäftsklimaindex sank von 107,4 auf 106,4 Punkte. Das war bereits der vierte Rückgang in Folge – ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich das Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft verringert. Weiterhin drücken die Staatsschuldenkrise in Europa und die weltweite Eintrübung der Konjunktur auf die Stimmung in den Unternehmen.

Geschäftslage und -erwartungen ungünstiger als im Vormonat

Sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate haben im Oktober nachgegeben. Der Lageindex sank von 117,9 auf 116,7 Punkte. Der Erwartungsindex sank von 97,9 auf 97 Punkte.

In allen vier Wirtschaftsbereichen Eintrübung des Geschäftsklimas

In allen vier Bereichen der gewerblichen Wirtschaft (verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel) hat sich die Stimmungslage im Oktober verschlechtert. In allen Wirtschaftsbereichen waren sowohl die Lageeinschätzungen als auch die Erwartungen ungünstiger.

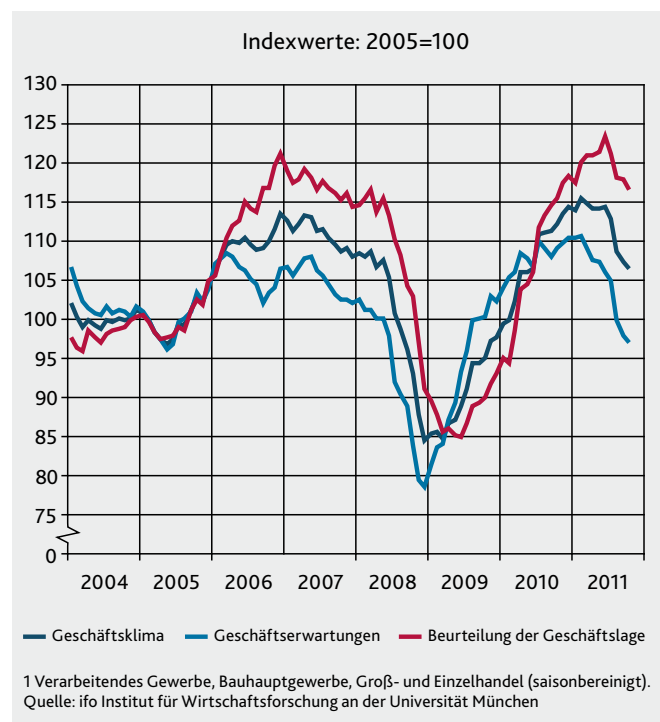
Produktion übersteigt Vorjahres- und Vormonatsniveau

Neuberechnung der Produktionsindizes

Aufgrund nachträglicher korrigierter Datenmeldungen durch Berichtsbetriebe muss eine Neuberechnung der Indizes für die Produktion im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bereich Bergbau und Gewinnung von

Stand:
Oktober
2011

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹



Steinen und Erden erfolgen. Da dies noch nicht für alle Berichtsmonate rückwirkend abgeschlossen ist, lassen sich derzeit keine Veränderungsraten für die Drei-Monats-Durchschnitte berechnen. Die Kommentierung der Entwicklung der Produktionsleistung bezieht sich daher ausnahmsweise auf die vorläufigen Ergebnisse des aktuellen Berichtsmonats.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Güterausstoß in der rheinland-pfälzische Industrie im September 2011 gestiegen. Die Produktion erhöhte sich sowohl im Vergleich zum September 2010 als auch gegenüber August 2011 preisbereinigt um jeweils 3,7 Prozent.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +3,7 Prozent

Im Fahrzeug- und Maschinenbau zieht die Produktion weiter an

In der chemischen Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“; Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2010: 33 Prozent) ging die Güterproduktion gegenüber dem Vorjahr allerdings um 0,7 Prozent zurück. Dagegen verbuchte der Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“; Anteil 2010: zwölf Prozent) mit einem Plus von elf Prozent wiederum den kräftigsten Zuwachs. Auch im Maschinenbau (Umsatzanteil 2010: acht Prozent) ergab sich gegenüber September 2010 eine Verbesserung um 6,4 Prozent.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nur noch leicht im Plus

Die Entwicklung der Auftragseingänge deutet darauf hin, dass sich die rheinland-pfälzische Industriekonjunktur in den kommenden Monaten abschwächen könnte.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes steigen nur noch um 0,4 Prozent

Die Auftragseingänge haben sich im Juli 2011 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr nur noch um 0,4 Prozent verbessert. Im Mai und Juni hatte der Anstieg noch 3,4 bzw. drei Prozent betragen; davor lagen die Zuwachsraten seit Dezember 2009 sogar im zweistelligen Bereich. Die Bestellungen aus dem Ausland verbesserten sich im Juli um 1,4 Prozent. Die Auftragseingänge aus dem Inland blieben dagegen hinter dem Vorjahresergebnis zurück (–0,9 Prozent).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um 6,9 Prozent

In der chemischen Industrie hat sich im Juli die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 Prozent verschlechtert. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland (–12 Prozent) als auch das Auslandsgeschäft (–4 Prozent) gaben deutlich nach.

Der Fahrzeugbau verbuchte dagegen wiederum ein Auftragsplus von vier Prozent. Trotzdem war die Steigerung im Juli niedriger als in den vorangegangenen 21 Monaten, in denen die Zuwächse zwischen 8,4 und 75 Prozent gelegen hatten. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich ähnlich wie in den Vormonaten (+6,5 Prozent). Damit fiel der Zuwachs bei den Inlandsbestellungen allerdings erstmals seit Dezember 2009 höher aus als der nur noch schwache Anstieg der Auslandsaufträge (+2,2 Prozent).

Fahrzeugbau: Zuwächse schwächen sich ab

Im Maschinenbau übertrafen die Bestellungen im Juli den Vorjahreswert um 5,1 Prozent. Auch hier blieb der Zuwachs klar hinter den starken Verbesserungen seit Dezember 2009 zurück. Die heimische Nachfrage änderte sich gegenüber Juli 2010 nicht. Dagegen wurde bei der Auslandsnachfrage mit +8,3 Prozent erneut ein Anstieg registriert.

Auftragseingänge im Maschinenbau niedriger als zuletzt

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen schwächer als in den Vormonaten

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im Juli 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,6 Prozent gestiegen. Davor hatte es von Januar bis Juni Zuwächse zwischen 6,2 und 15 Prozent gegeben, nachdem es im November und Dezember 2010 noch zu leichten Rückgängen gekommen war.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 2,6 Prozent

Im Tiefbau waren die Auftragseingänge von April 2010 bis April 2011 tendenziell gesunken. Nach Verbesserungen um 4,9 bzw. 3,1 Prozent im Mai und Juni kam es im Juli mit +1,5 Prozent zum dritten Mal in Folge zu einem Anstieg der Auftragseingänge. Im Hochbau hatte es dagegen – mit Ausnahme eines Rückgangs im Dezember – bereits in

den vorangegangenen 15 Monaten steigende Auftragszahlen gegeben. Im Juli 2011 verbuchte dieser Teilbereich mit +4,1 Prozent allerdings einen niedrigeren Anstieg als zuletzt (Juni 2011: +13 Prozent). Von Januar bis April hatte das Plus sogar zwischen 23 und 42 Prozent betragen. Gerade im Bauhauptgewerbe ist aber zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt nicht mehr so stark wie zuletzt

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Juli 2011 um zehn Prozent gestiegen, nach einem Plus von 15 Prozent im Juni. Zuvor war es allerdings von Dezember 2010 bis Mai 2011 zu noch deutlich stärkeren Zuwächsen gekommen (zwischen +31 und +73 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe – sinkende Umsätze nur im Kfz-Handel

Umsatz im Einzelhandel steigt leicht

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Juli 2011 einen realen Anstieg um 0,3 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Jahresbeginn Umsatzsteigerungen festgestellt.

Umsatzrückgang im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel haben sich die Umsätze im Juli preisbereinigt um 2,7 Prozent verschlechtert. Davor hatte es seit Oktober 2010 Umsatzzuwächse gegeben. Zuletzt war im Juni ein leichtes Plus von 1,2 Prozent registriert worden.

Steigende Umsätze im Großhandel

Der Großhandel verzeichnete im Juli 2011 einen Anstieg der realen Umsätze um 2,5 Prozent. Die Großhandelsumsätze haben sich damit seit März 2010 in einem Bereich von 1,2 und 7,1 Prozent verbessert.

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für **Juli 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate Juni bis August 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsin- dikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **Oktober 2011** herangezogen.

Umsätze im
Gastgewerbe
deutlich
verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juli 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um 5,6 Prozent. Davor hatte es bereits von Februar bis Juni Verbesserungen von 5,5 bis 7,4 Prozent gegeben.

Jahresteuerungsrate im Oktober bei 2,6 Prozent

Höhere Preise
für Heizöl und
Kraftstoffe
tragen zum
Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex hat sich im Oktober 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,6 Prozent erhöht. Damit stieg die Jahresteuerungsrate auf den höchsten Wert seit September 2008 und übertraf zum neunten Mal in Folge die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Zuletzt war es im August und September 2011 zu Erhöhungen um 2,2 bzw. 2,5 Prozent gekommen. Zu der Verteuerung im Oktober 2011 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe bei (+26 bzw. +12 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies dagegen nur einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Preisentwick-
lung in den
Waren- und
Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (+4,3 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+3,4 Prozent), für „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,3 Prozent) sowie für „Bekleidung und Schuhe“ (+3,2 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-2,9 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im Oktober leicht gesunken

Die Situation am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Dafür hat die noch gute Auftragslage in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft gesorgt. Im Oktober 2011 waren knapp 100 900 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind rund 1700 bzw. 1,7 Prozent weniger als im Vormonat. Gegenüber Oktober 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 7 400 bzw. 6,8 Prozent ab.

Weniger Arbeits-
lose als im Vor-
monat

Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland profitierten in den vergangenen Monaten auch Langzeitarbeitslose von der positiven Arbeitsmarktentwicklung. Allerdings wird es schwieriger, weniger gut qualifizierte Arbeitsuchende in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.

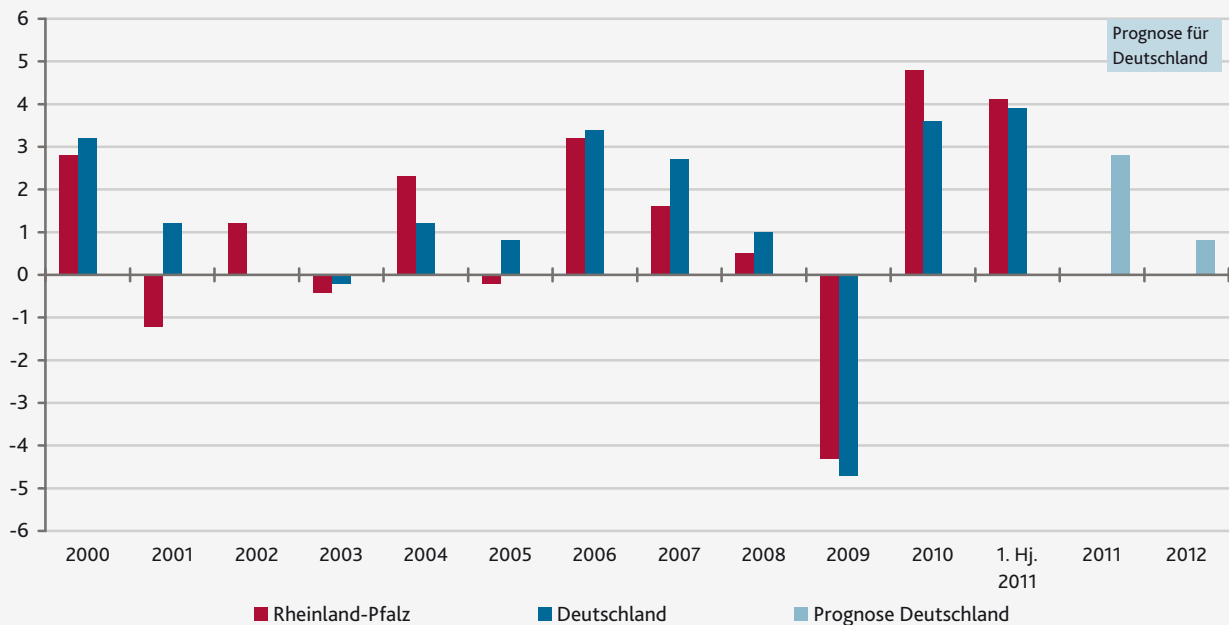
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, verringerte sich im Oktober 2011 auf 4,8 Prozent. Im Vergleich zum September ist die Quote um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Gegenüber Oktober 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte.

Arbeitslosen-
quote liegt bei
4,8 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Europaangelegenheiten, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 2000 – 2010 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011; 1. Hj 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2011; nächster Fortschreibungstermin im März 2012. Quelle Prognosewert 2011 und 2012: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

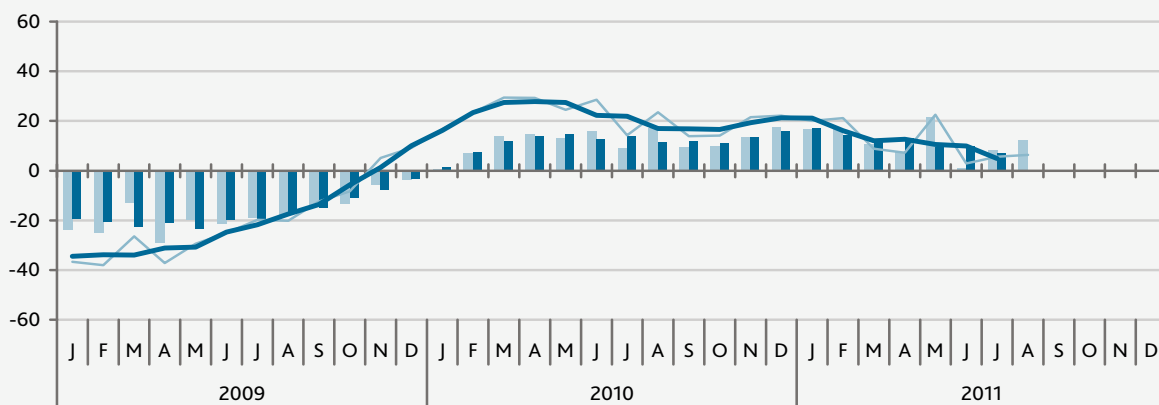


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

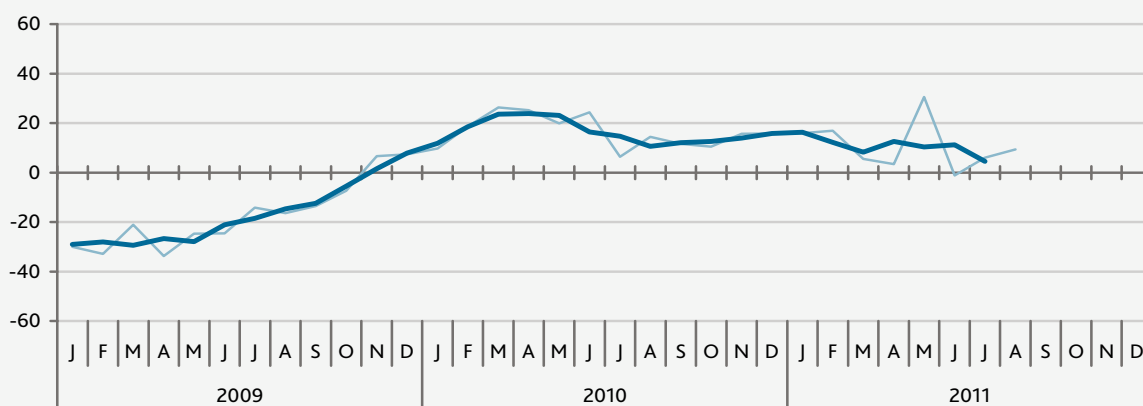
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

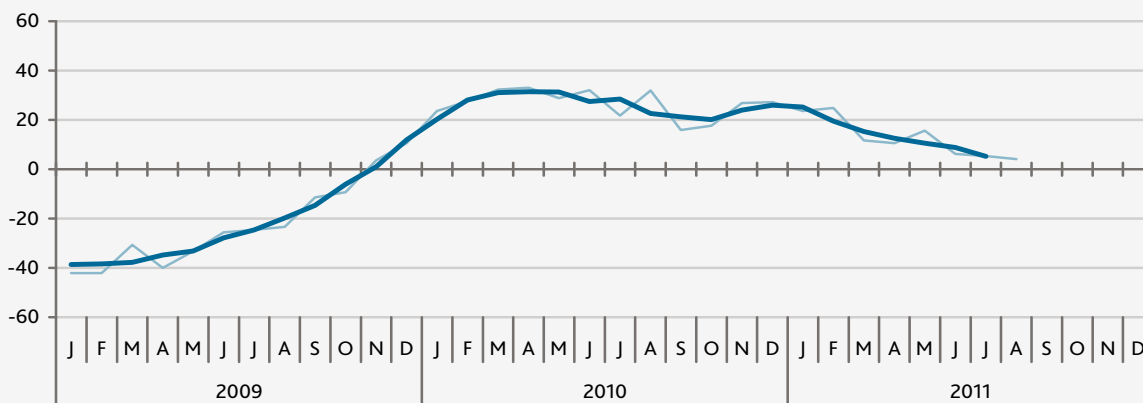
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
Insgesamt



Inland



Ausland



Produktionsindex (Monatswerte)

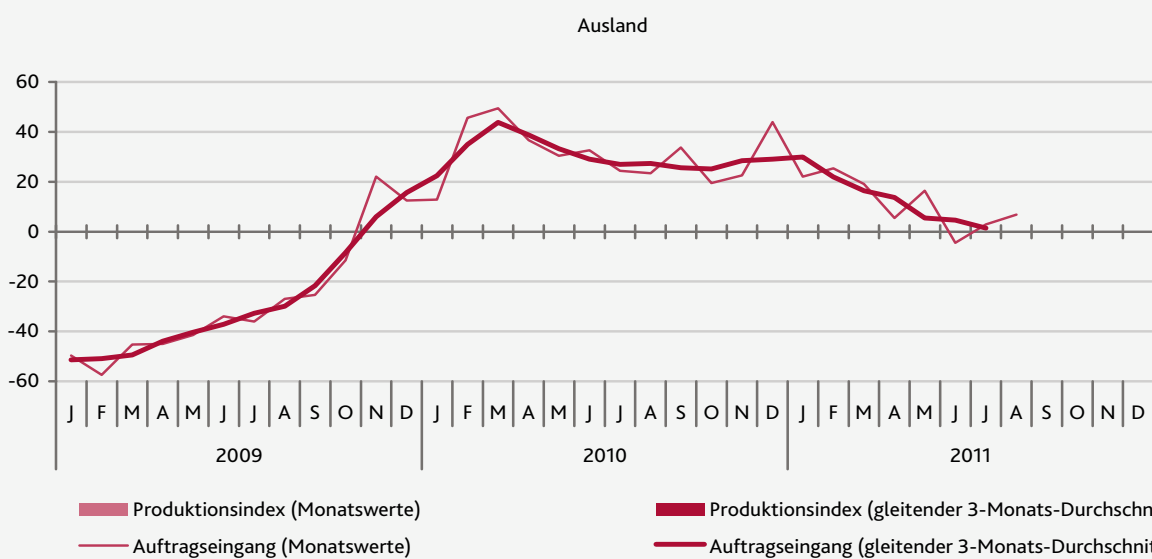
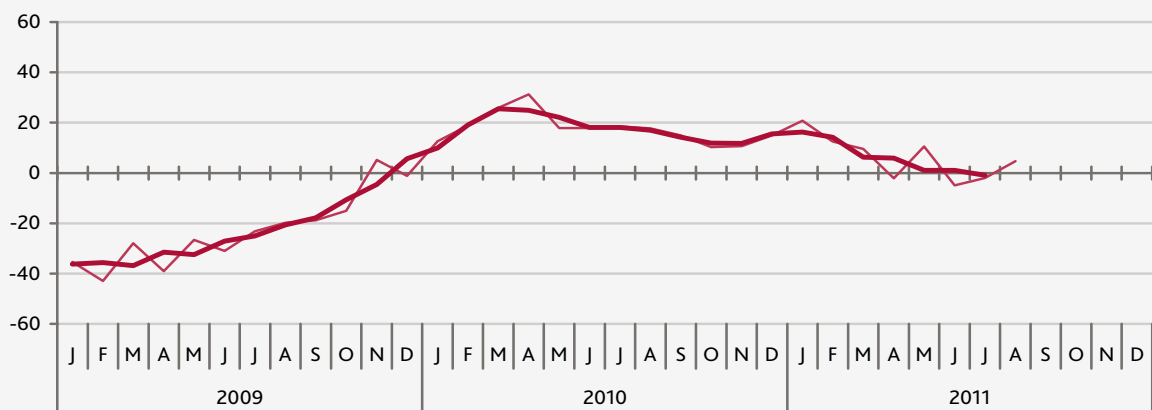
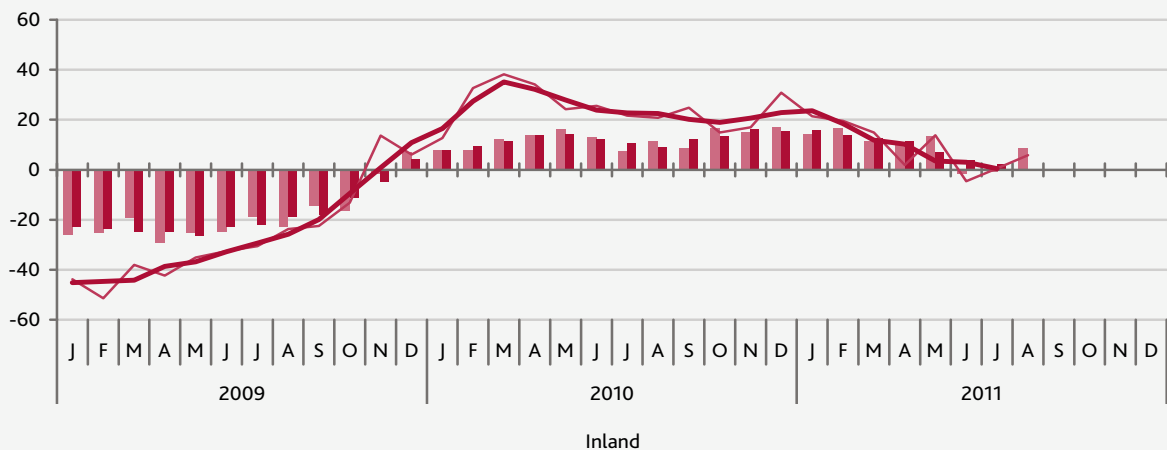
Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

Auftragseingang (Monatswerte)

Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Produktionsindex (Monatswerte)

Auftragseingang (Monatswerte)

Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

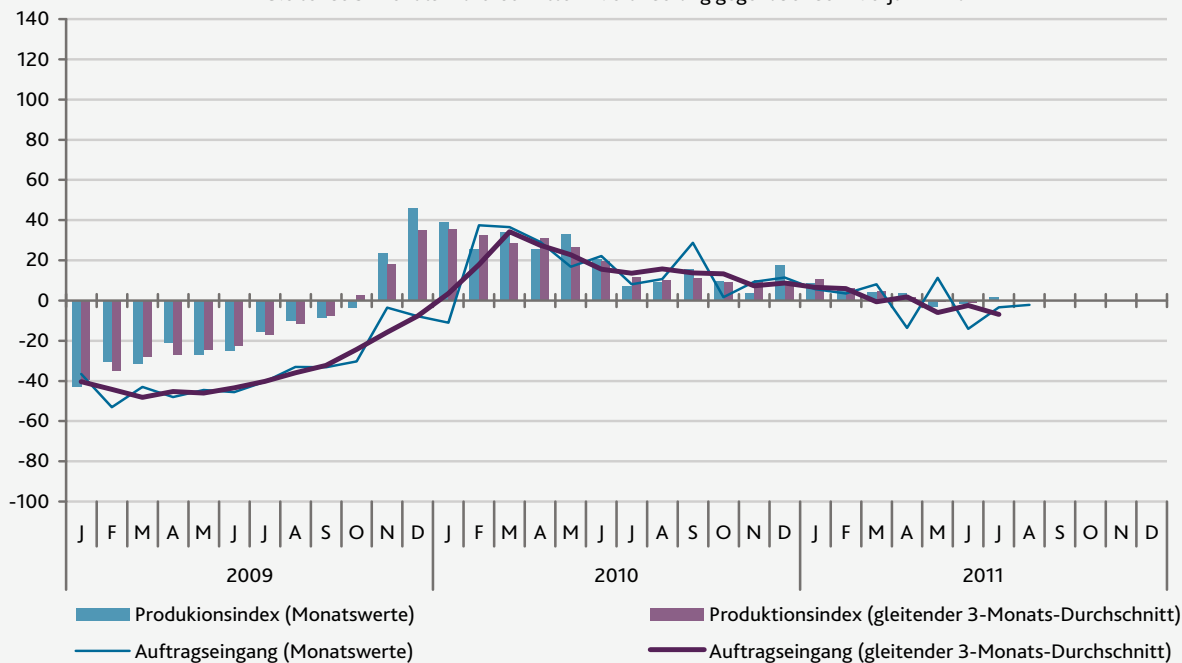
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



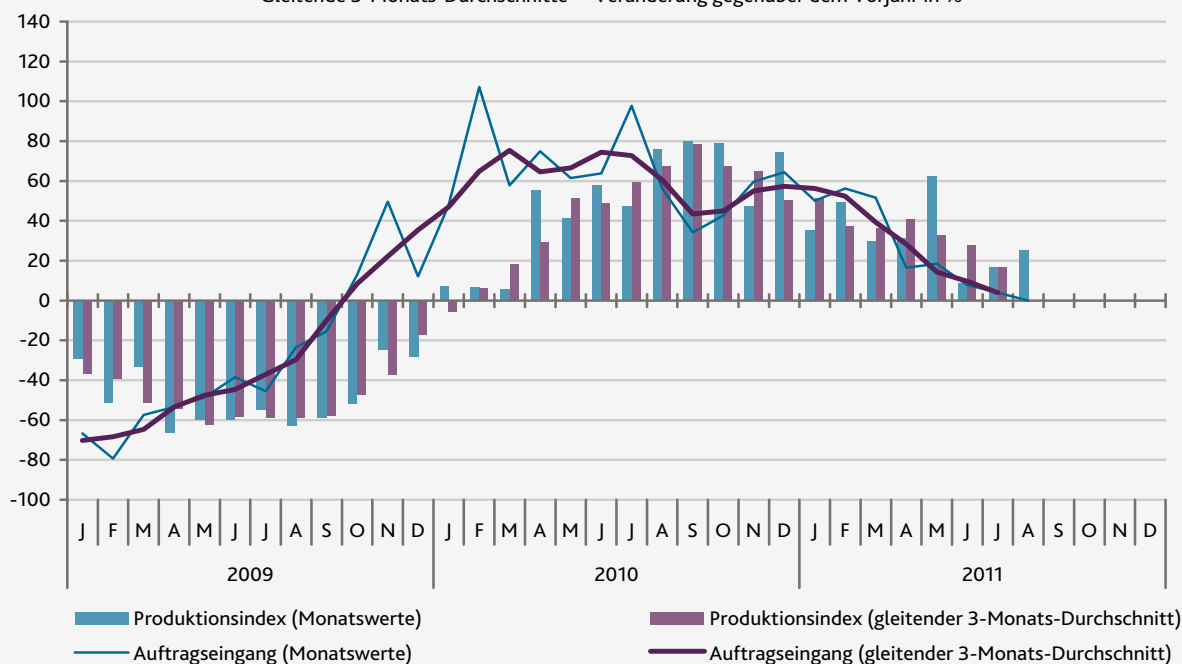
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



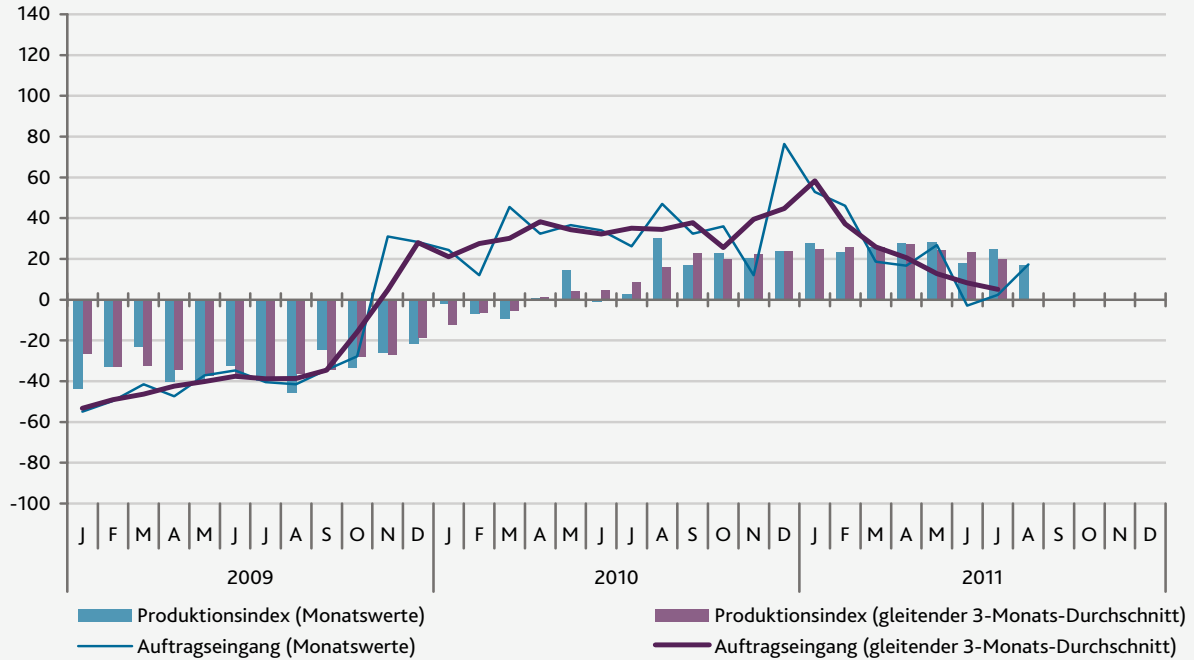
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



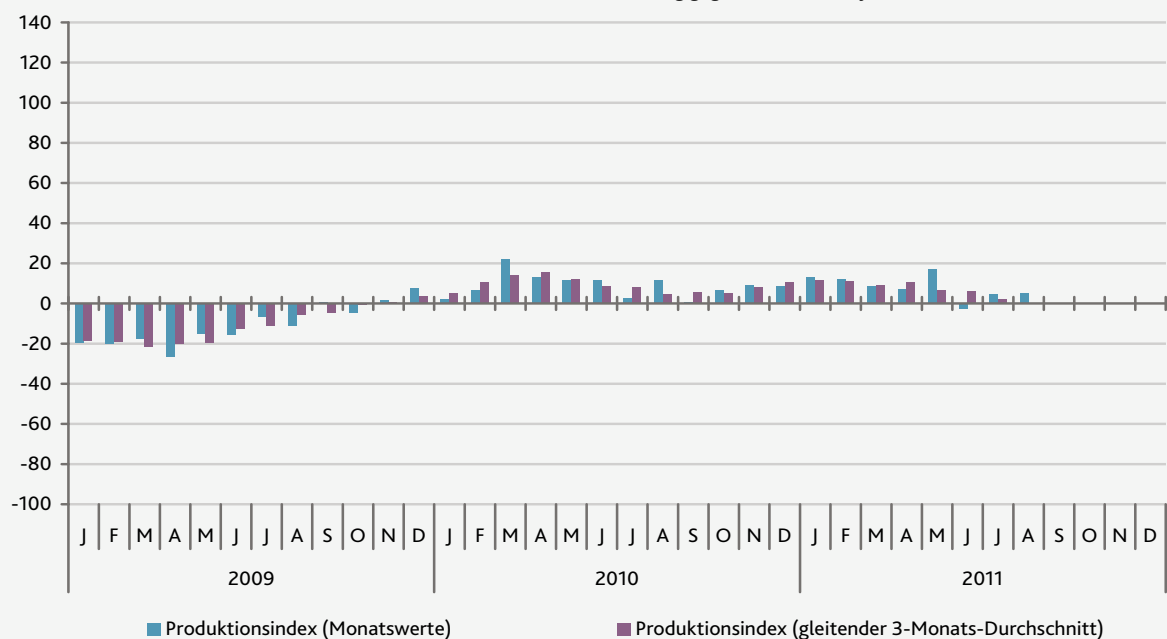
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



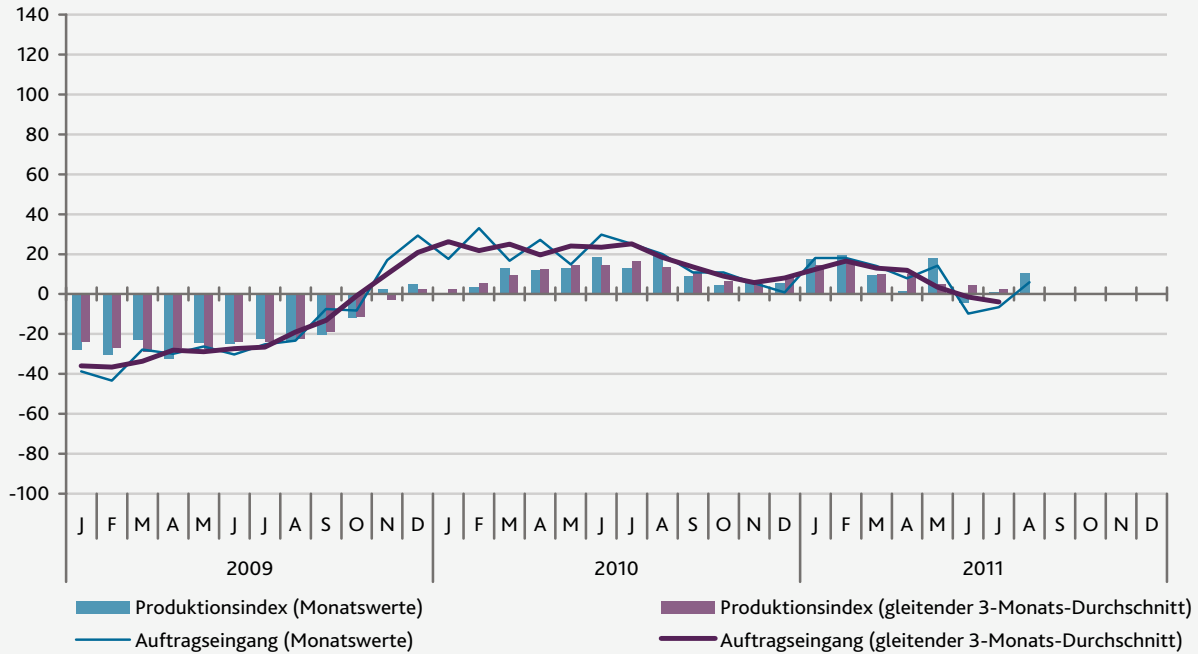
1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

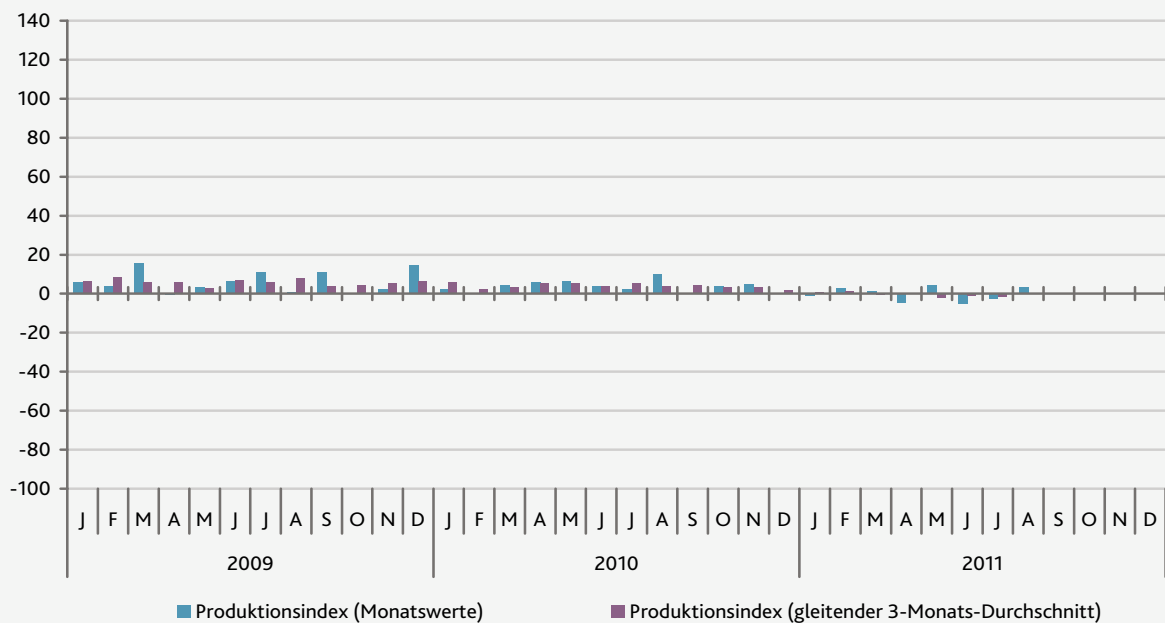
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



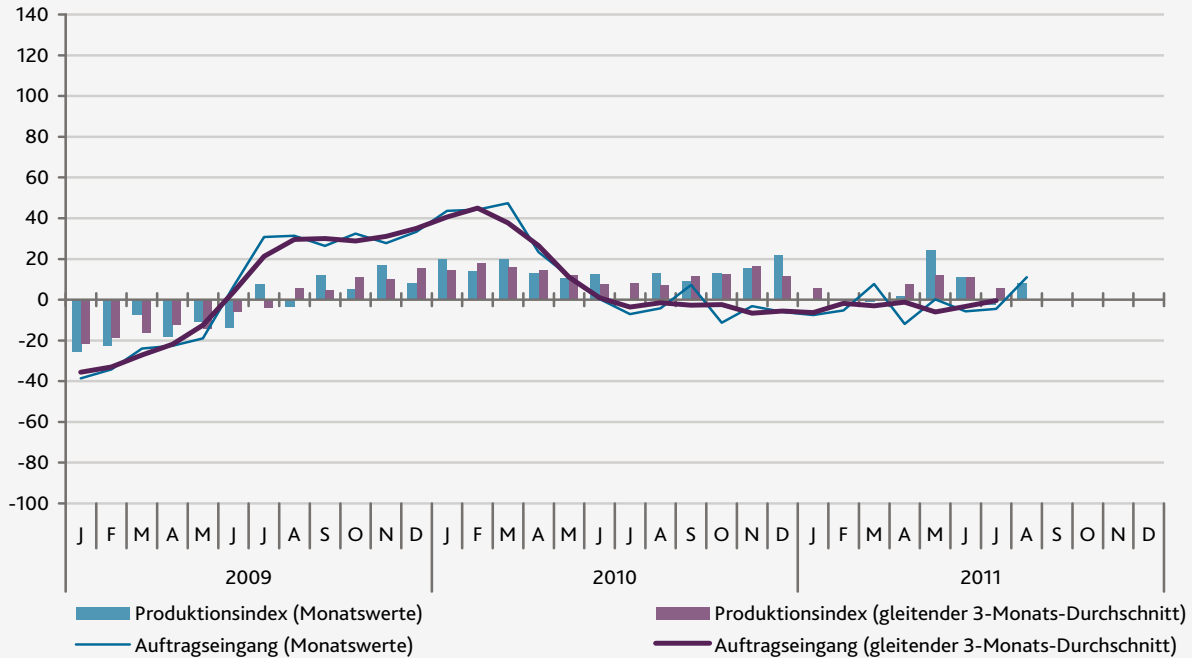
1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



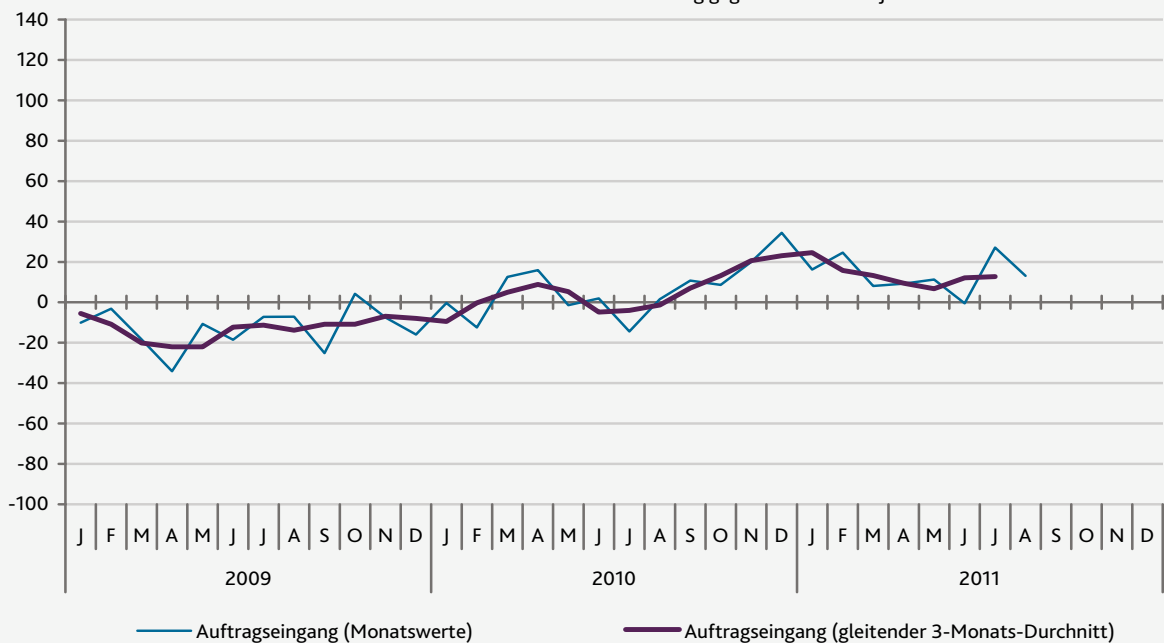
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

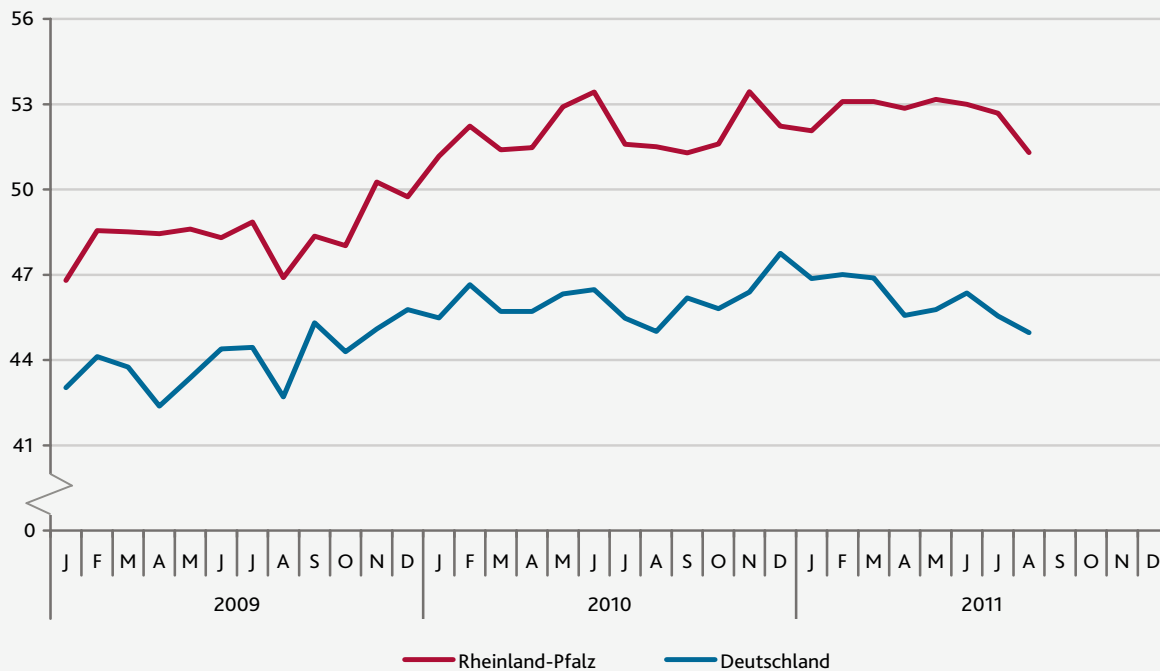


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

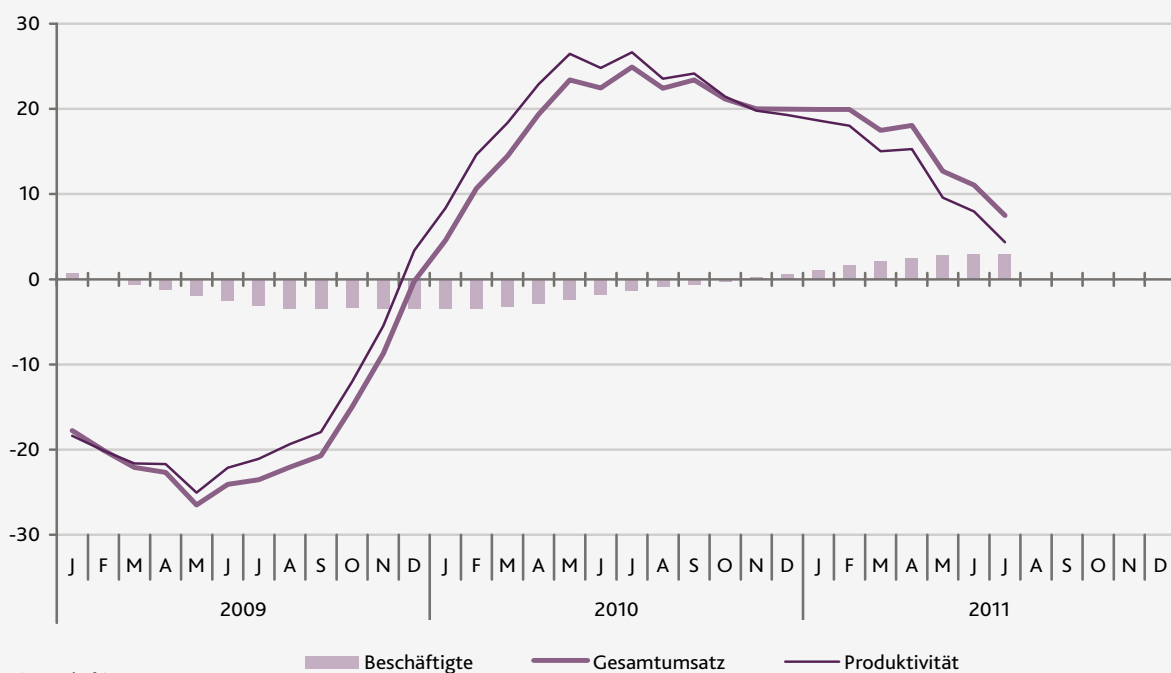
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



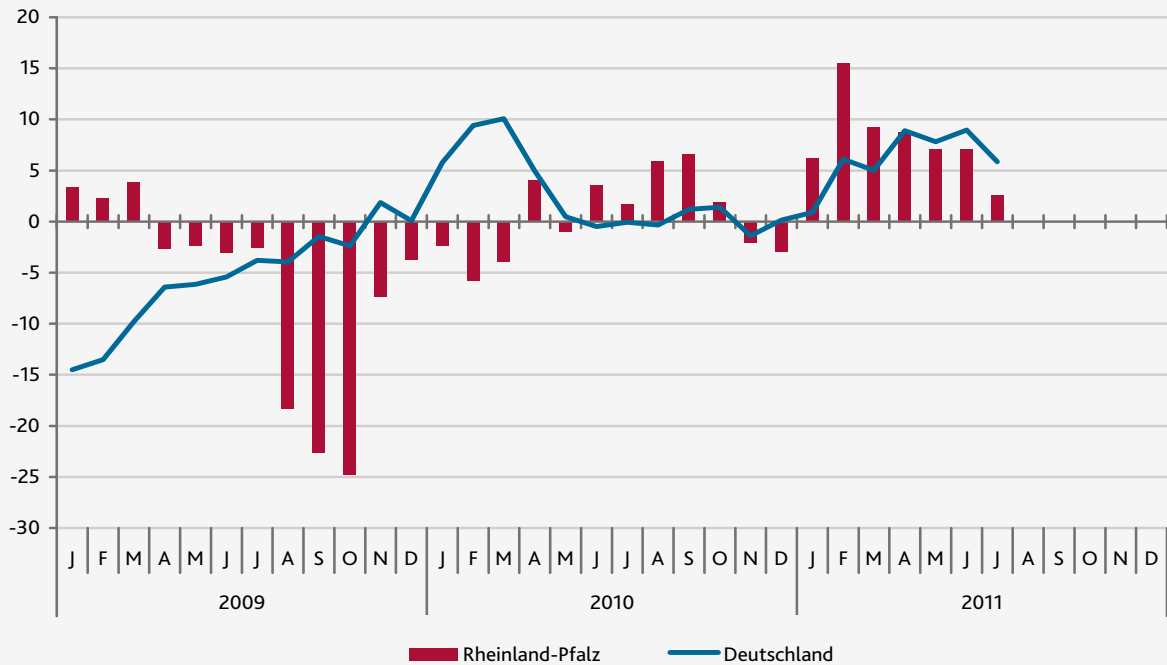
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

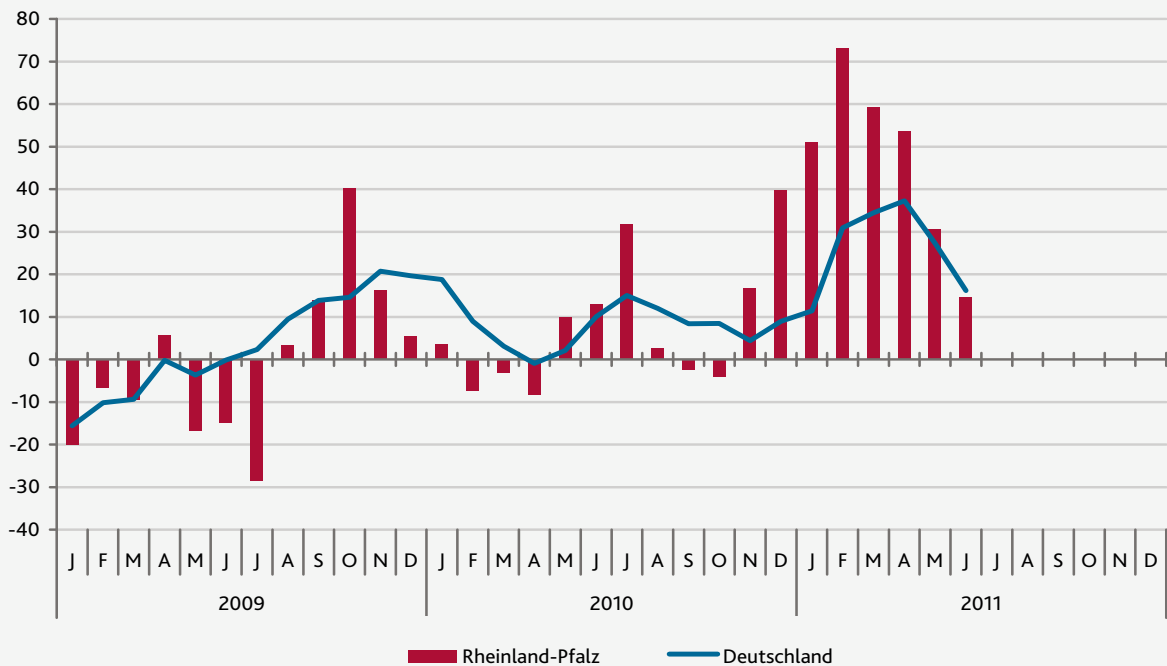


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



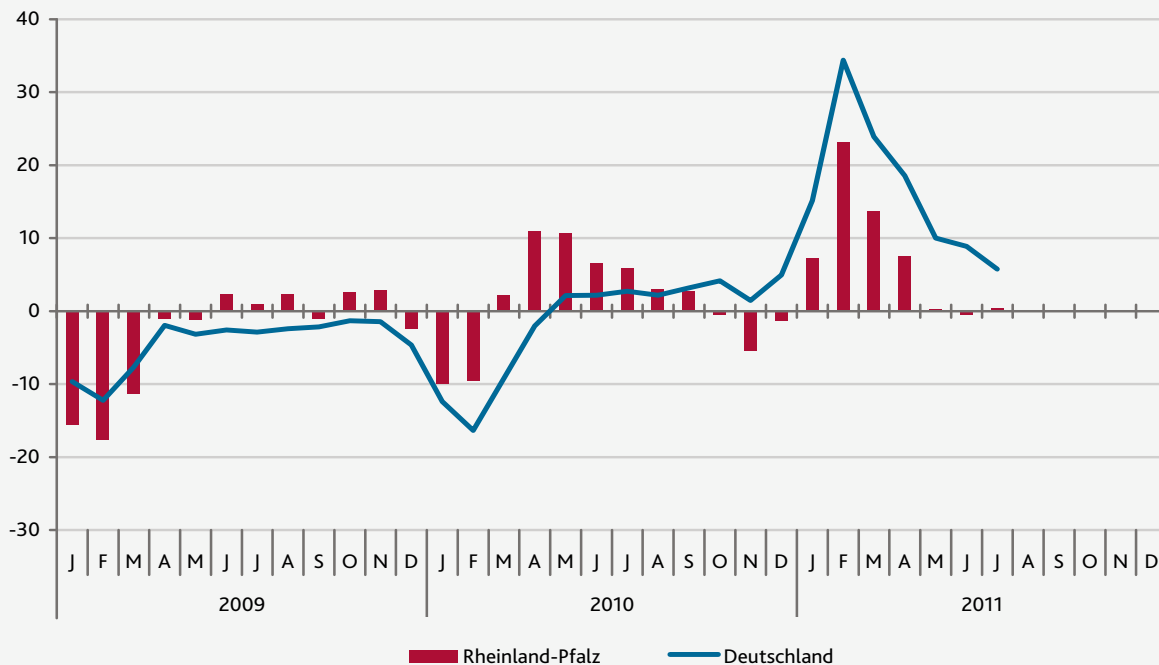
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

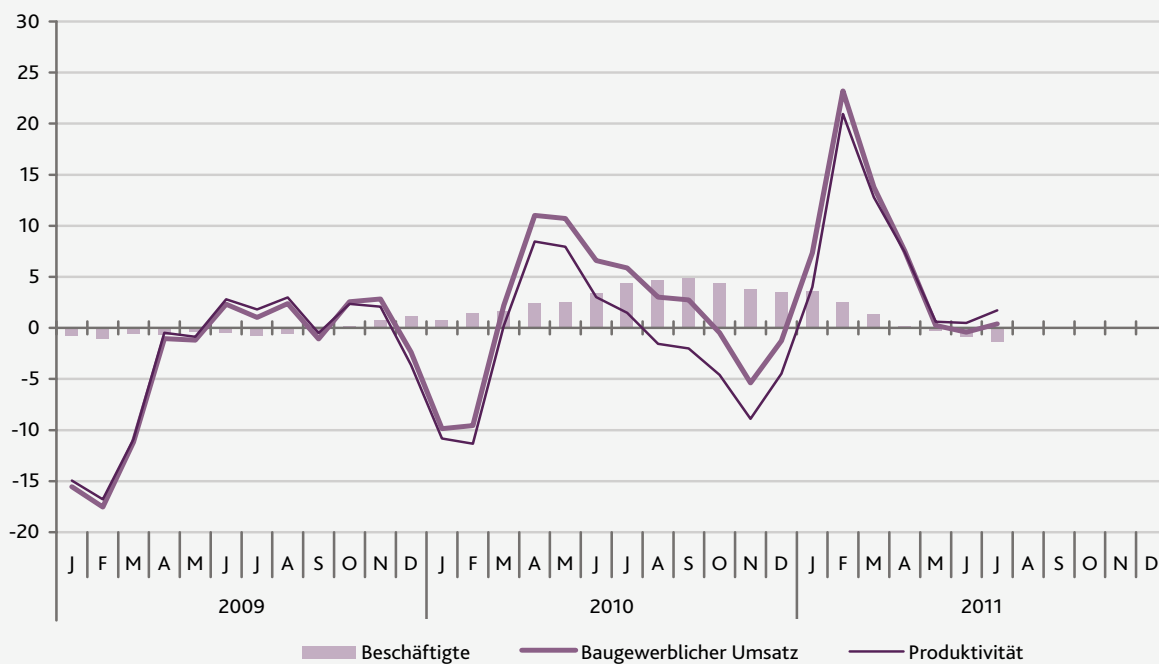


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe

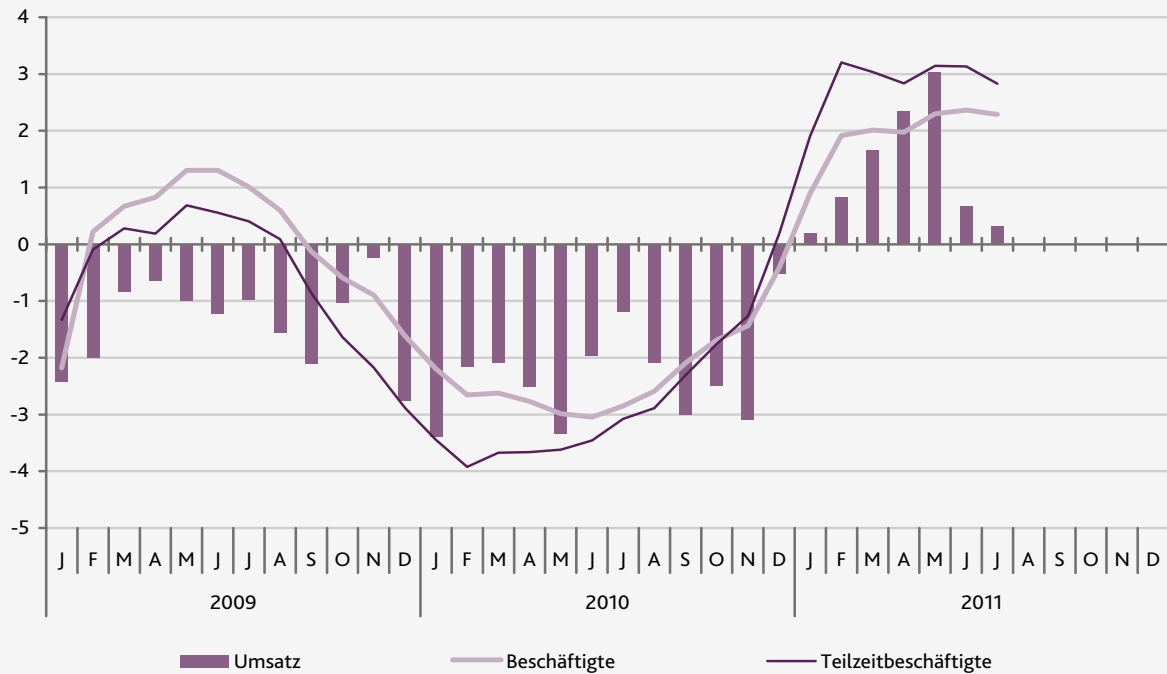
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

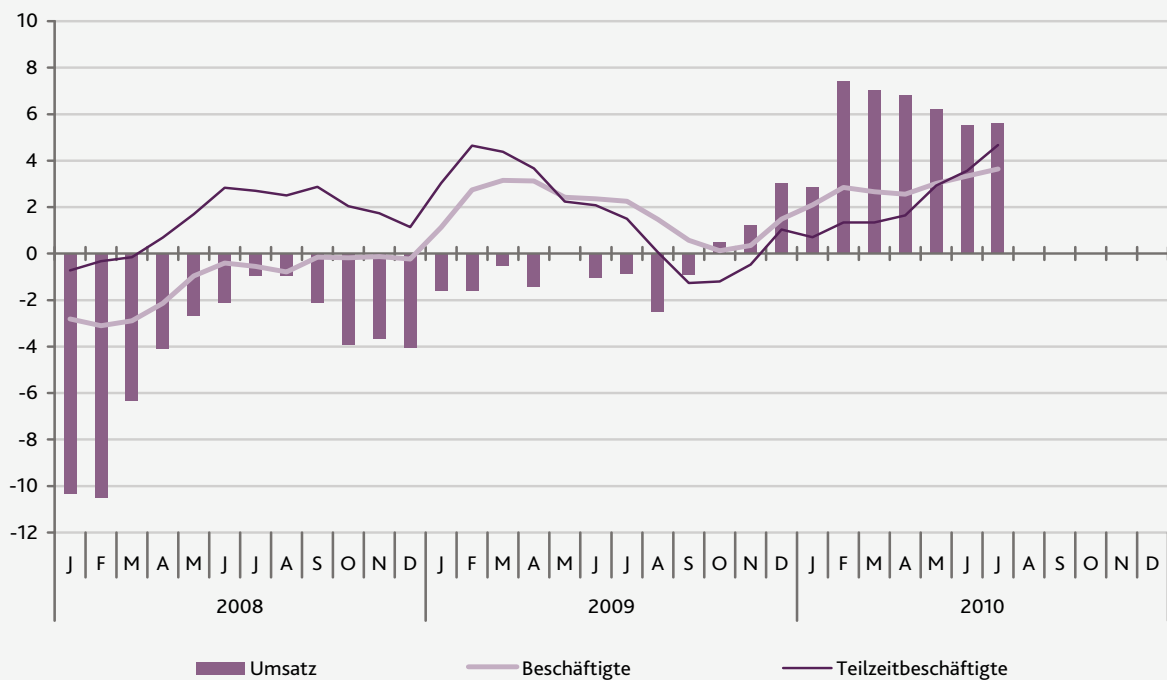
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

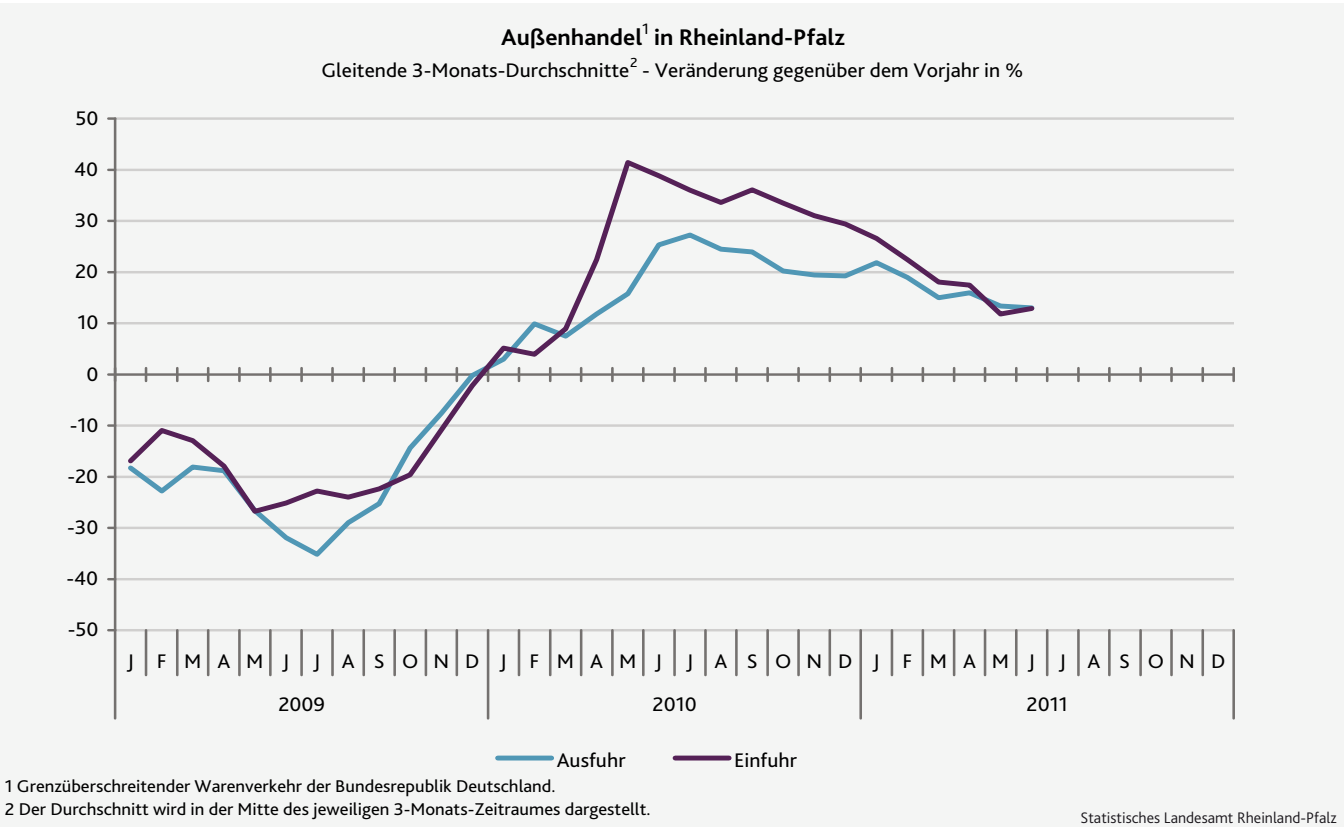
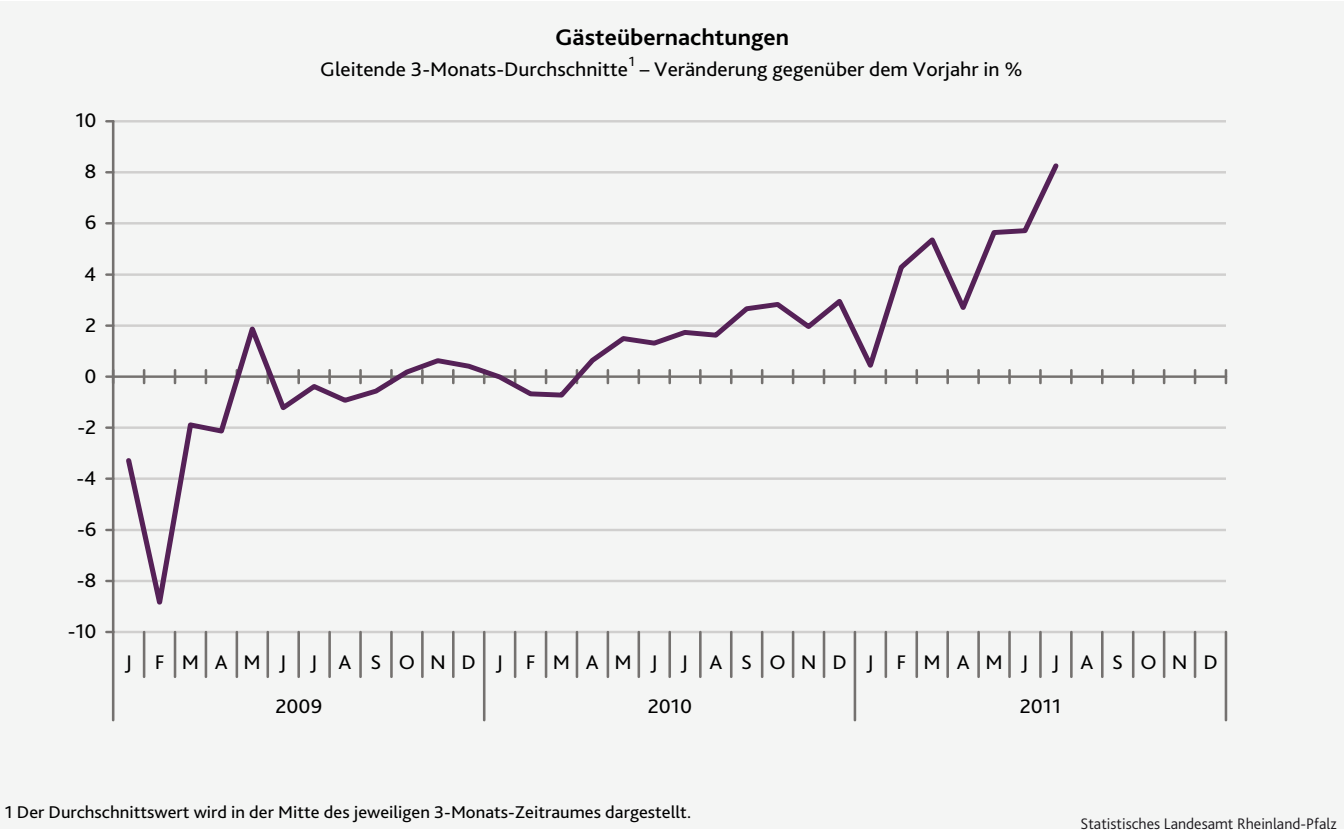
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

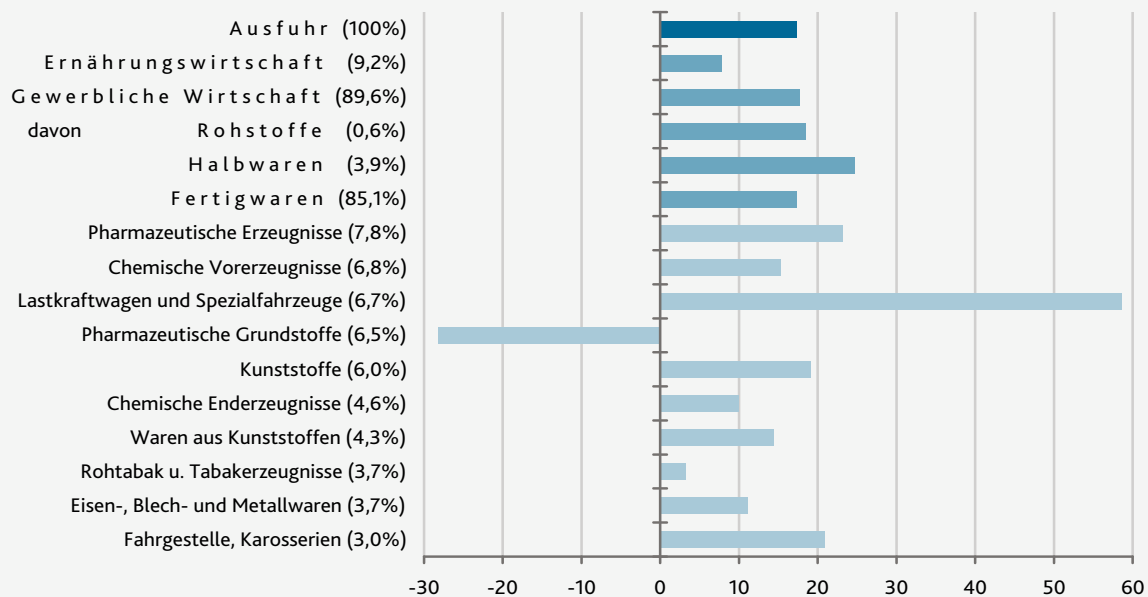
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2010 - Juli 2011 nach Warengruppen¹

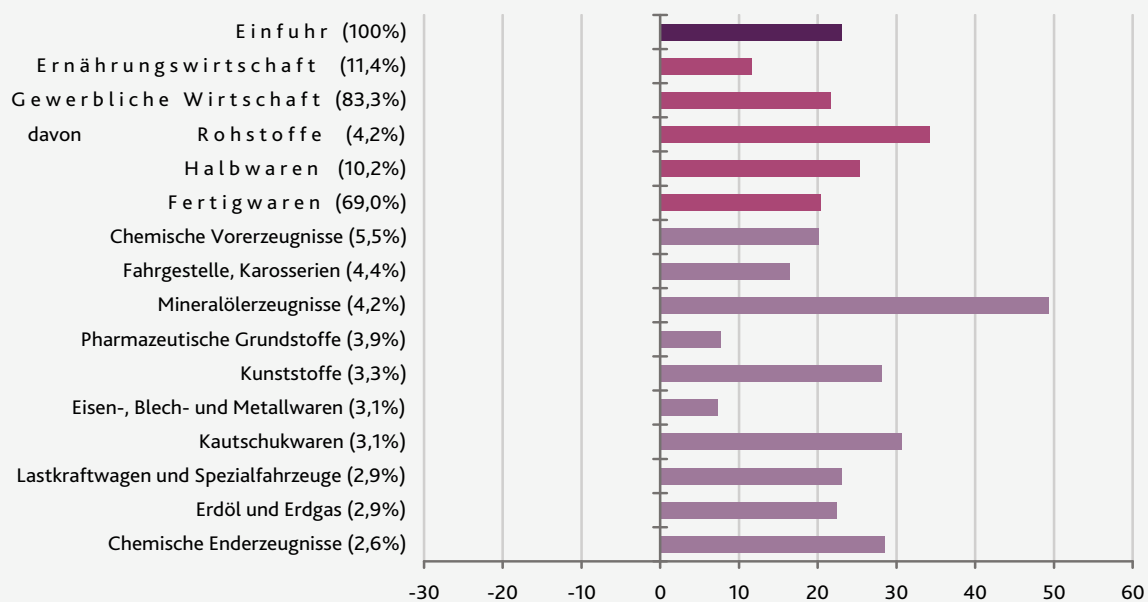
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

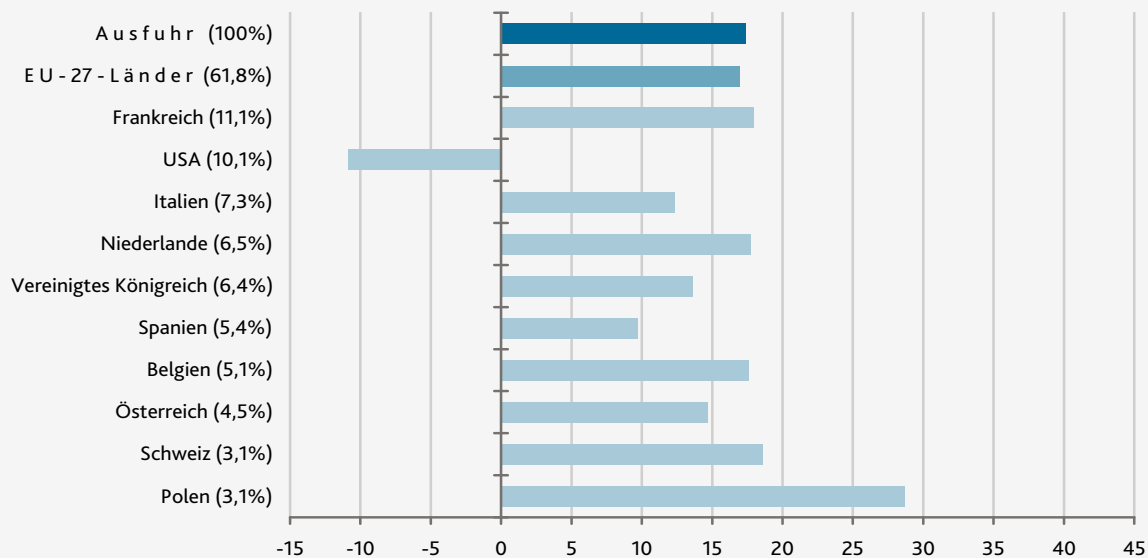
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2010 - Juli 2011 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

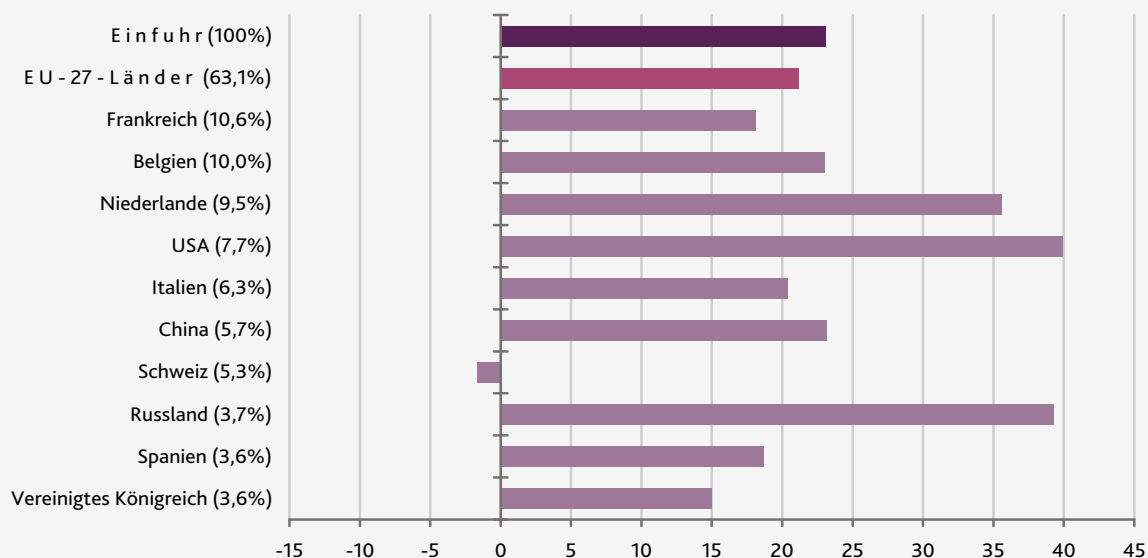
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2010 - Juli 2011 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

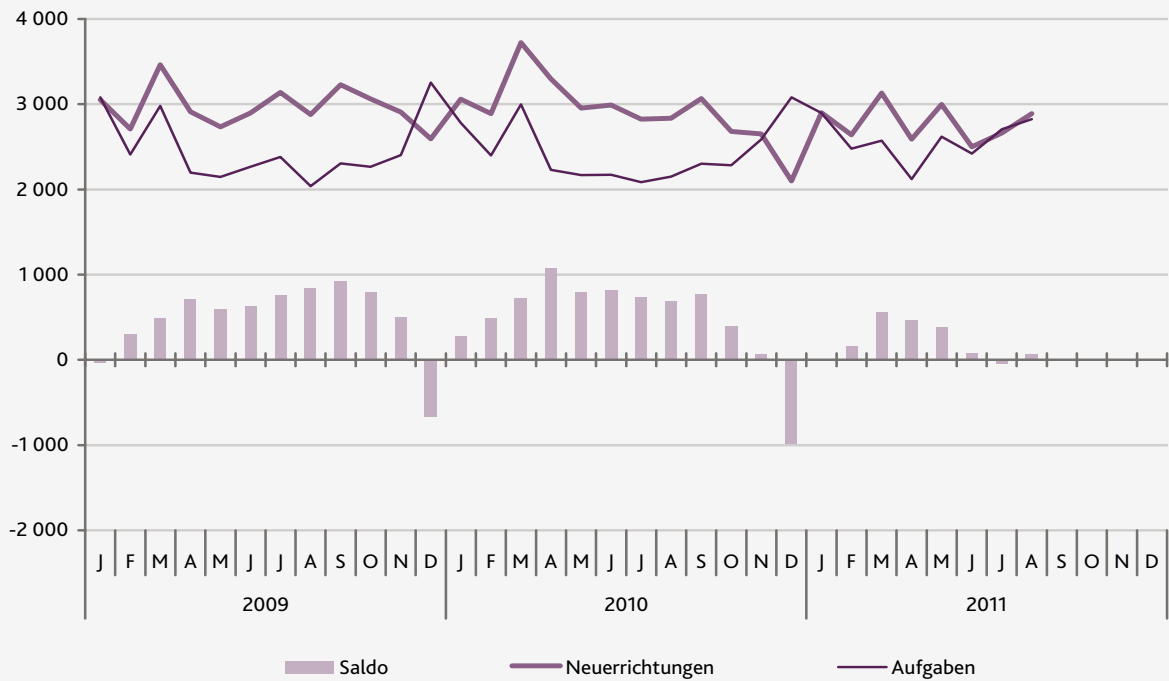
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2010 - Juli 2011 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

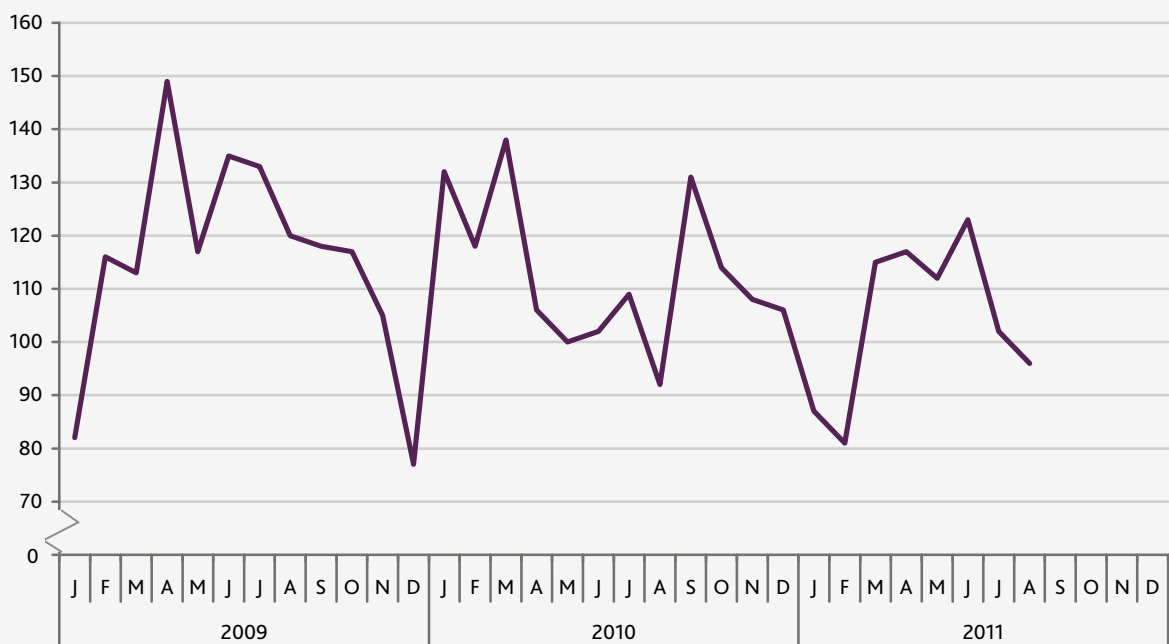
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



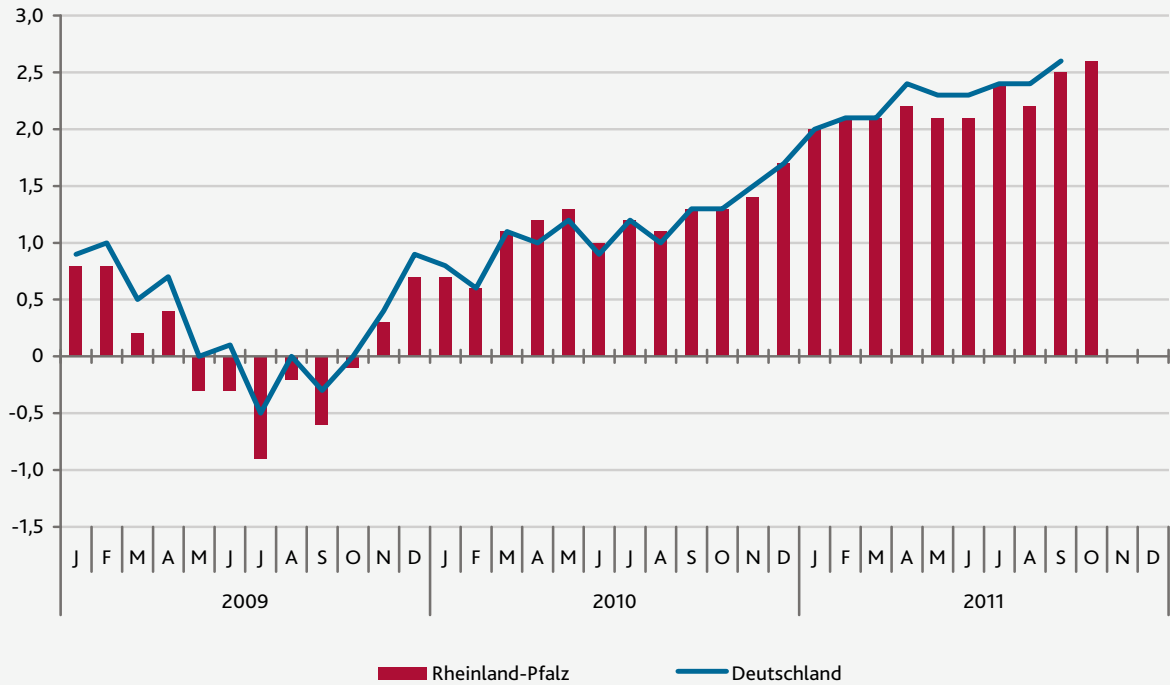
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



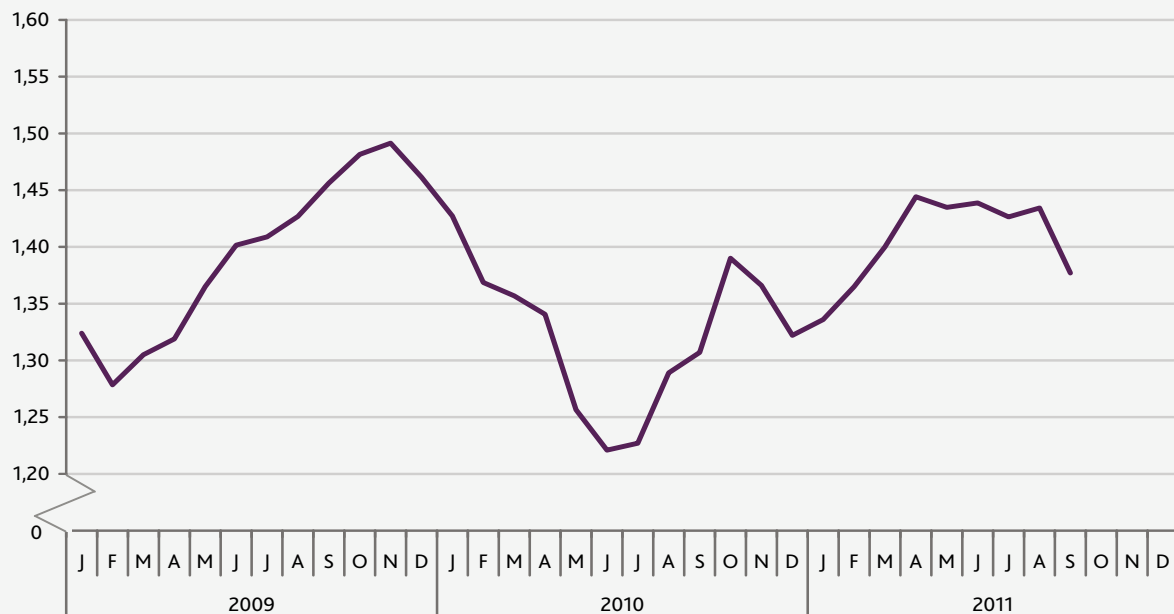
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

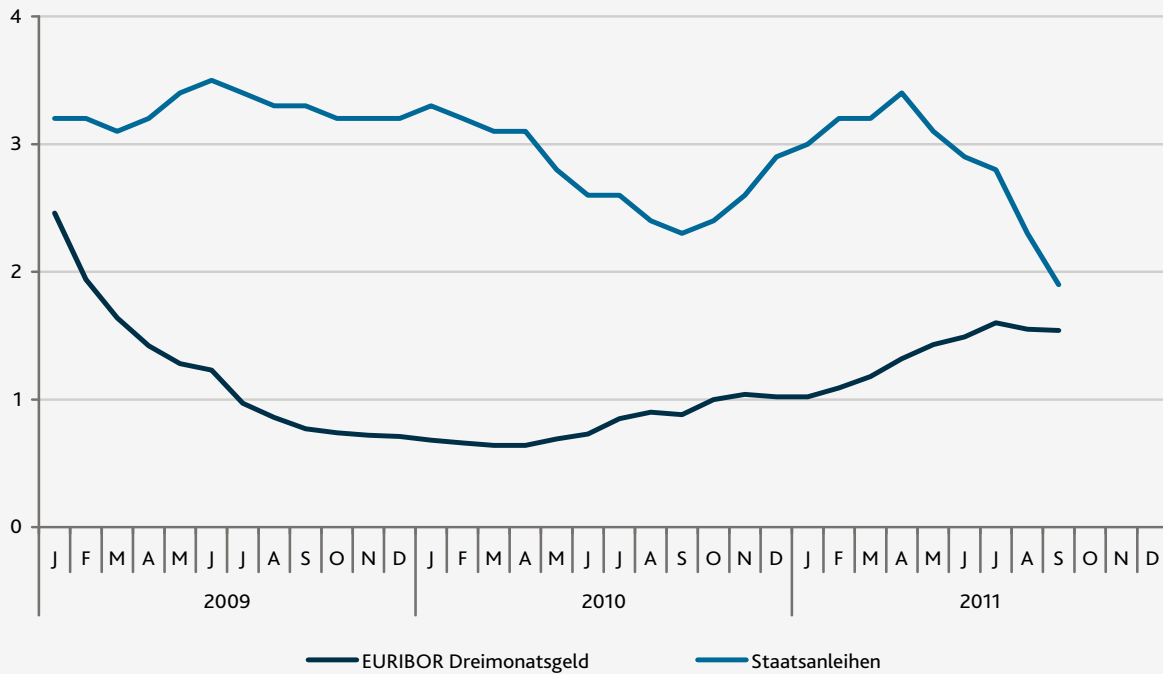
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

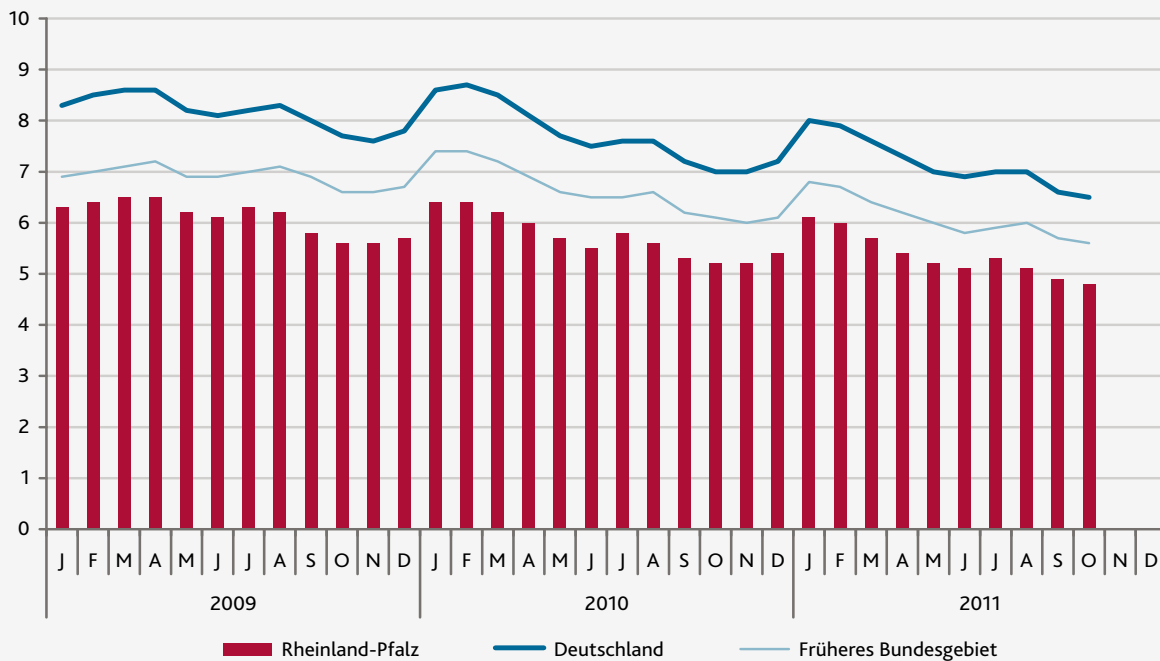
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

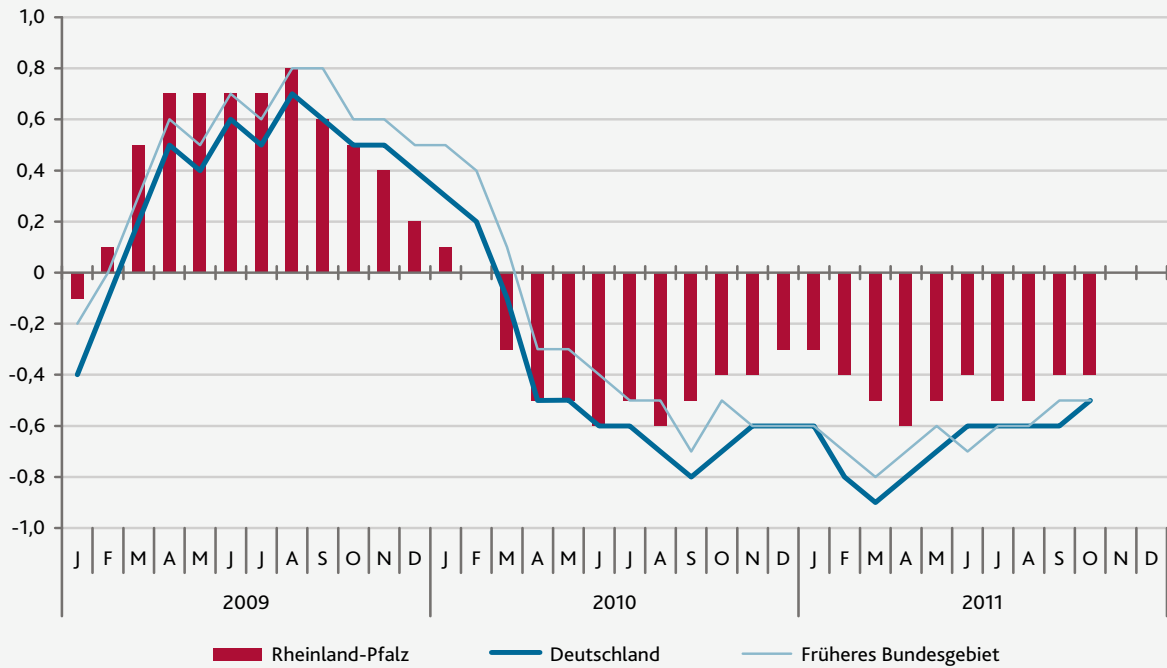
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

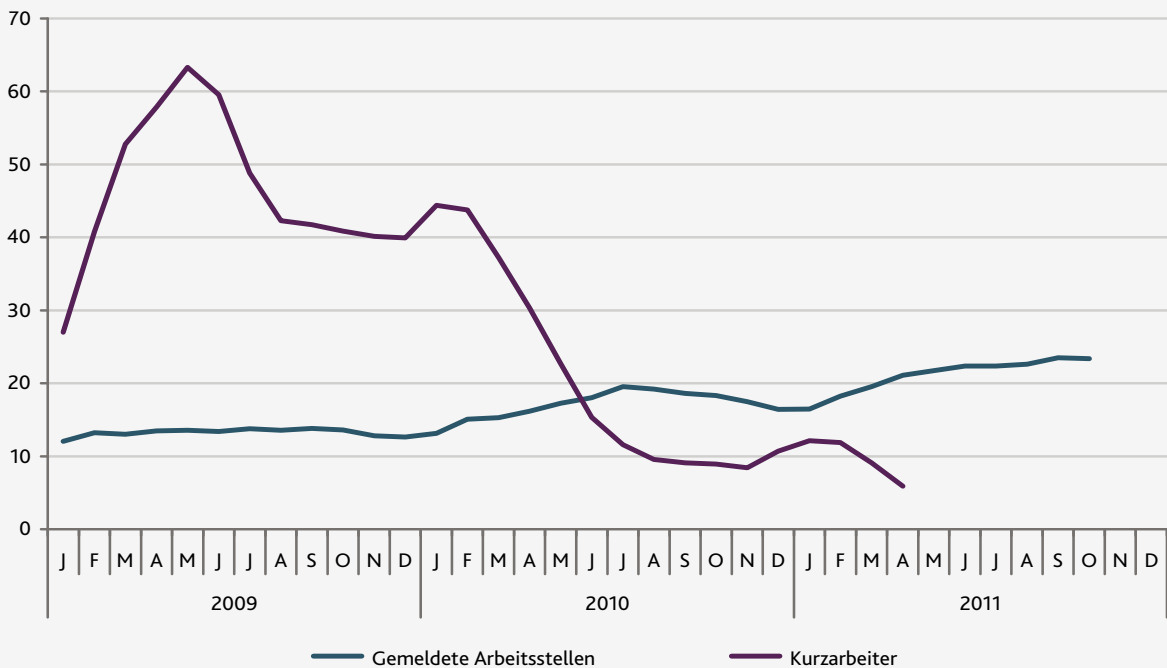
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

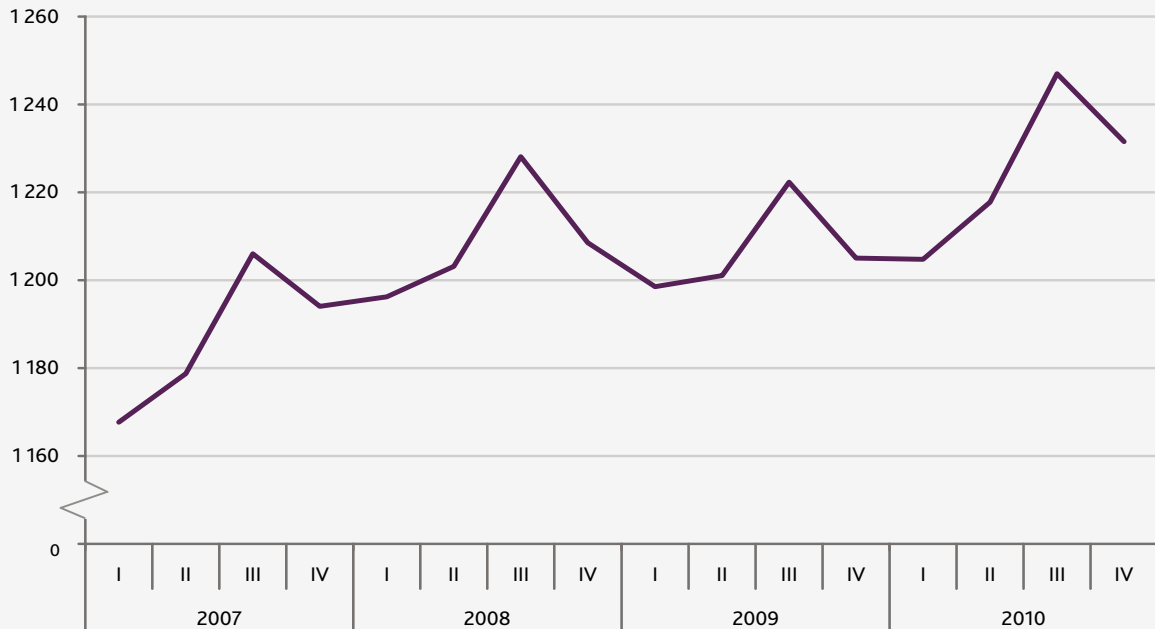
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

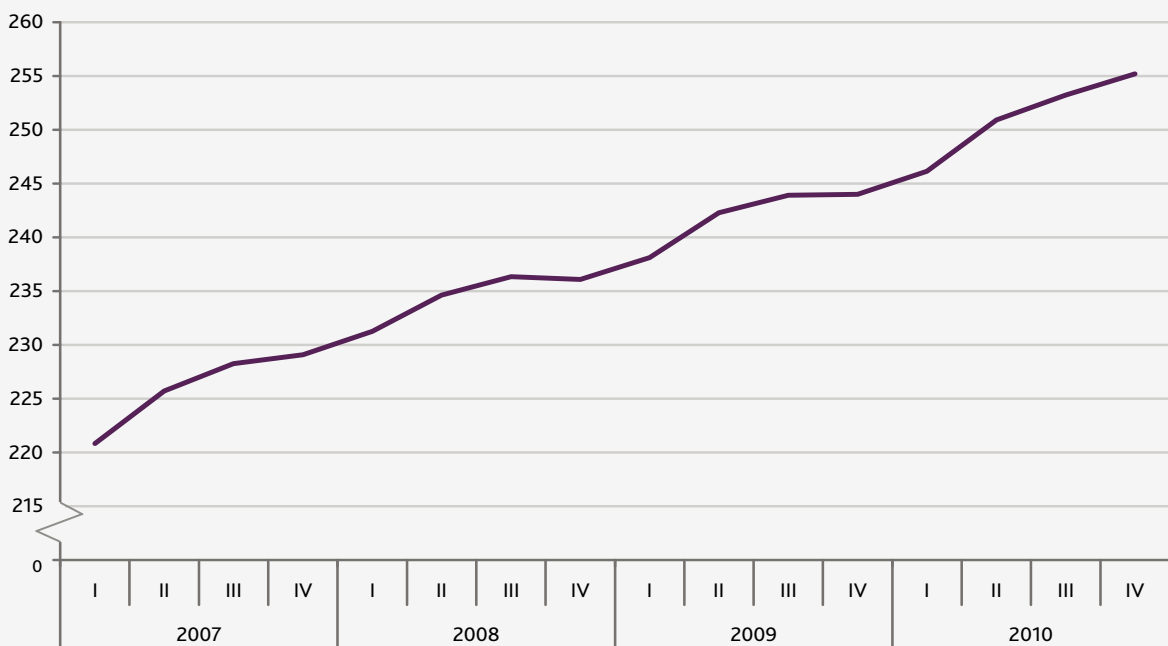
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

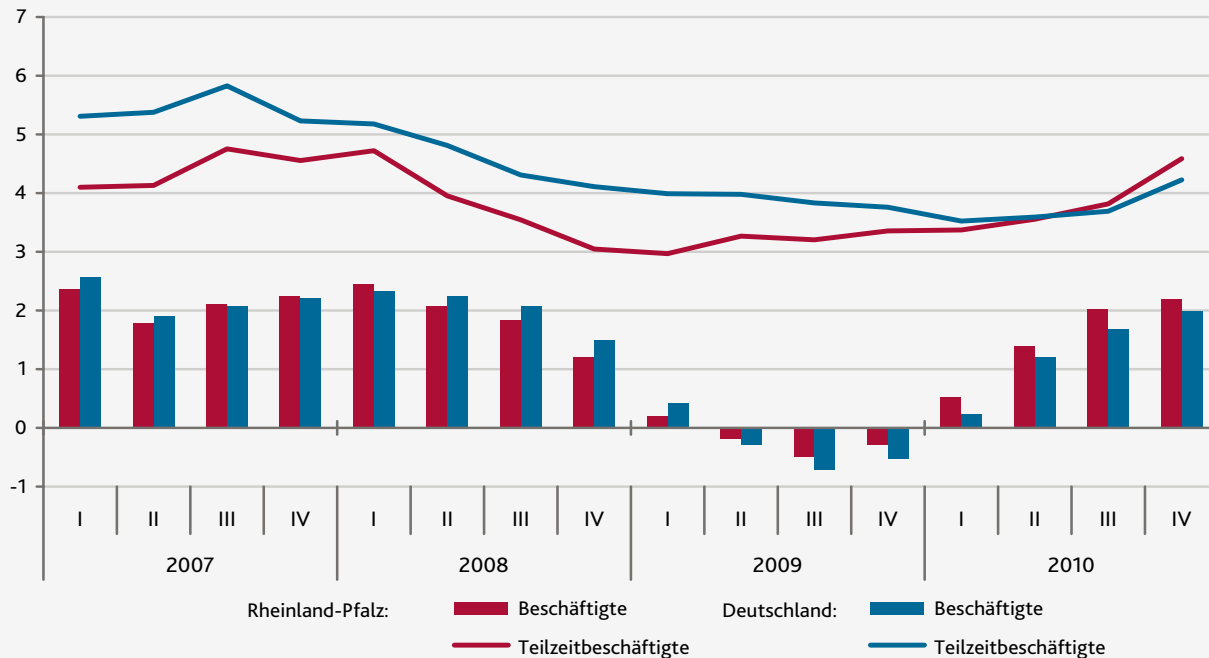


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

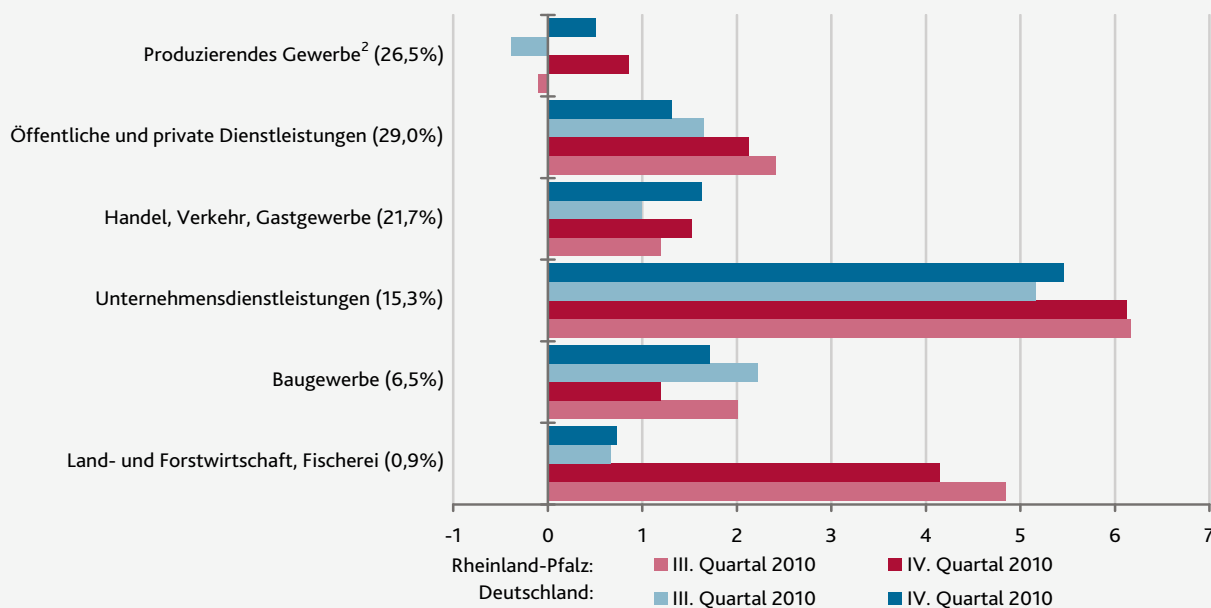


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

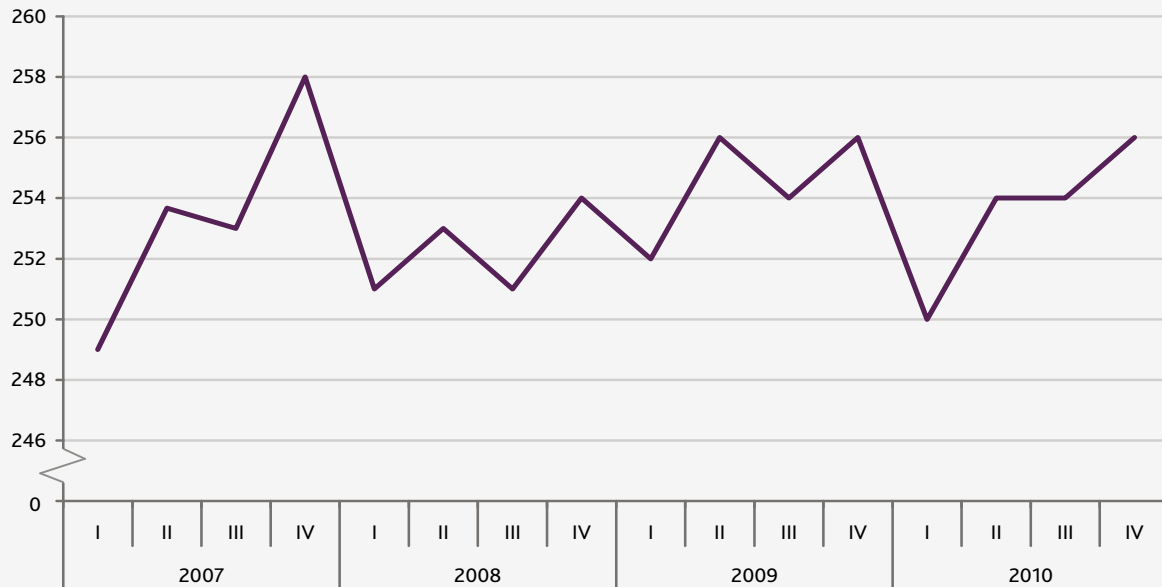


¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – ² Ohne Baugewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

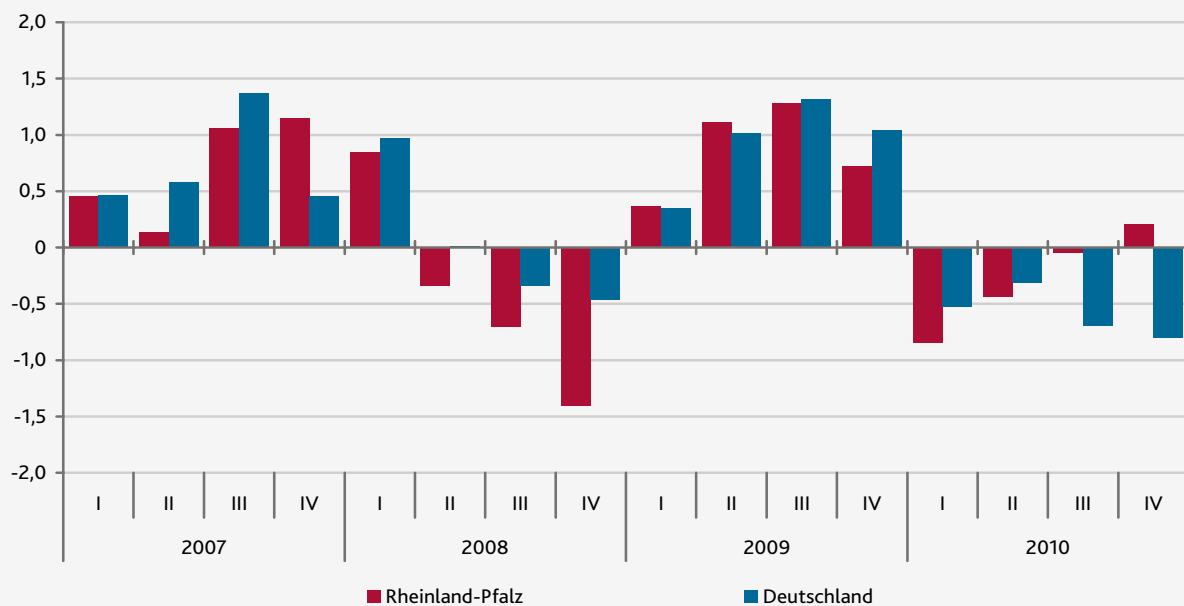
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

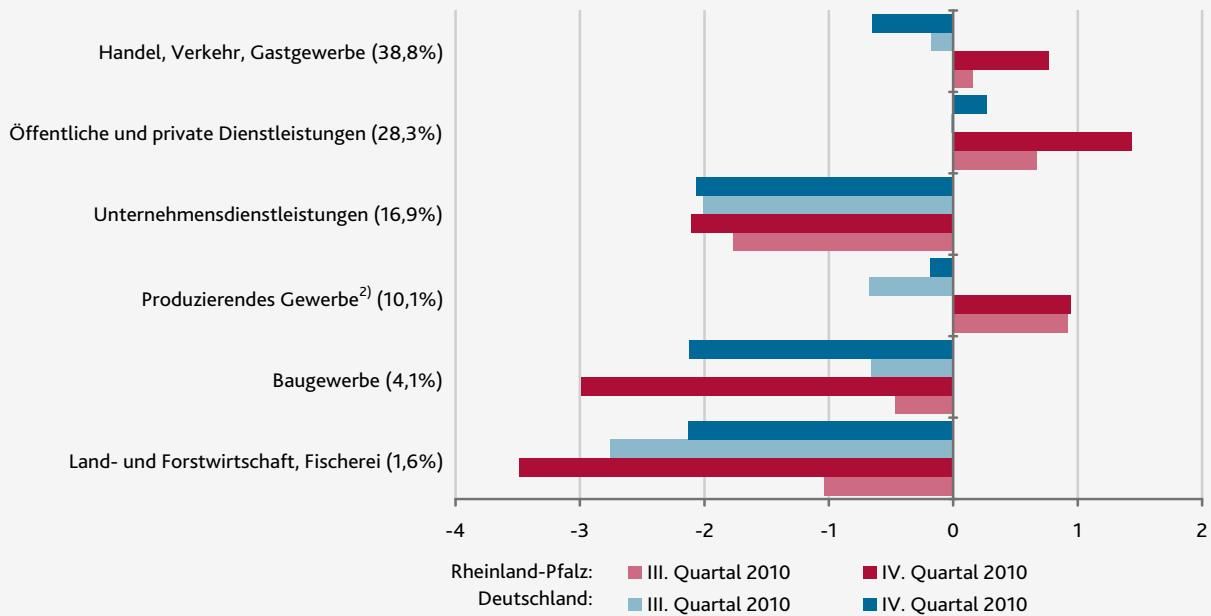


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Oktober 2011.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit

sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den

preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 803	128 093	127 862	127 492
752	134 121	128 093	133 450	128 432	127 522
6 058	126 824	133 450	157 264	110 138	77 082
134 628	134 545	157 827	111 776	80 756	63 568
157 811	113 035	84 980	64 829	77 648	92 396
113 466	87 007	65 282	78 320	95 409	125 873
87 007	65 282	78 320	95 409	125 873	103 807
65 282	78 320	95 409	125 873	103 807	69 027
78 320	95 409	125 873	103 807	69 027	69
95 409	125 873	103 807	69 027	69	

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 013 ¹	4 004 ¹	4 008	4 007	4 007	4 000	3 999	3 999
darunter Ausländer ²	1 000	306 ¹	309 ¹	307	307	307	309	310	311

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 656	1 681	1 189	2 264	2 180	802	1 232	1 967	2 502
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 573	2 631	2 314	2 492	2 689	2 563	2 179	2 611	2 735
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,7	7,9	7,0	7,3	8,2	7,5	6,6	7,7	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 659	3 622	3 558	3 495	3 463	4 001	3 478	3 726	3 292
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,8	10,3	10,5	11,8	10,6	11,0	10,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	10	8	6	11	9	10	5	8	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,1	2,6	4,4	3,3	3,9	2,3	3,1	3,7
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 085	- 991	-1 244	-1 003	- 774	-1 438	-1 299	-1 115	- 557
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,2	- 3,0	- 3,8	- 2,9	- 2,4	- 4,2	- 4,0	- 3,3	- 1,7

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 989	8 088	7 973	7 283	7 415	8 426	7 932	8 702	8 251
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 656	2 746	2 746	2 487	2 622	3 248	2 945	3 719	3 189
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 224	7 851	6 900	6 679	7 083	7 831	7 249	7 660	7 345
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 608	2 273	1 861	2 039	2 115	2 277	1 789	2 231	2 066
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 234	237	1 073	604	332	595	683	1 042	906
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 832	12 576	12 377	11 351	11 999	13 061	11 846	13 008	12 545

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{8,9}

Beschäftigte ^{8, 9}	Einheit	2007	2008	2009			2010			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 179	1 203	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218	1 247	1 232
* Frauen	1 000	527	540	549	559	556	556	558	571	569

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

Beschäftigte ^{1,2}		Einheit	2007	2008	2009			2010			
			30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
*	Ausländer/-innen	1 000	73	77	76	77	71	74	78	81	76
*	Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	242	244	244	246	251	253	255
*	darunter Frauen	1 000	195	202	208	209	209	211	214	216	218
davon nach Wirtschaftsbereichen ³											
*	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	...	10	11	11	8	9	11	11	9
*	produzierendes Gewerbe	1 000	...	411	404	409	401	398	402	410	404
*	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	...	263	264	269	264	262	265	272	268
*	Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	...	185	176	181	177	181	187	192	188
*	Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	...	333	345	352	354	354	353	361	362

Arbeitsmarkt⁴

Arbeitsmarkt ⁴	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	118 030	111 346	108 300	111 787	107 849	102 624	100 896
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	56 948	53 597	52 334	54 439	52 709	50 029	49 135
Männer	Anzahl	69 477	64 735	61 082	57 749	55 966	57 348	55 140	52 595	51 761
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	52 882	46 790	45 146	41 839	40 508	41 939	39 624	37 021	36 313
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	74 332	73 143	72 884	69 507	67 792	69 848	68 225	65 603	64 583
* Arbeitslosenquote ⁷	%	6,1	5,7	5,6	5,3	5,2	5,3	5,1	4,9	4,8
* Frauen	%	6,0	5,7	5,8	5,5	5,3	5,6	5,4	5,1	5,0
* Männer	%	6,2	5,8	5,4	5,1	5,0	5,1	4,9	4,7	4,6
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	6,2	5,4	4,5	6,0	5,3	4,8	4,1
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	4,6	3,8	2,9	4,4	4,0	3,5	2,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	5,8	5,7	5,7	5,6	5,5	5,3	5,3
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,2	6,1	6,1	6,1	6,0	5,8	5,8
* Ausländer/-innen	%	13,6	12,6	12,3	11,8	11,5	11,4	11,3	10,9	10,9
Deutsche	%	5,6	5,2	5,1	4,8	4,7	4,9	4,7	4,5	4,4
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	42 408	21 000	9 577	9 089	8 927
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	13 243	17 048	19 208	18 612	18 310	22 365	22 626	23 518	23 369

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	432	452	525	577	489	615	662	586	587
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	496	544	455	575	593	550	540

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	525	577	489	615	662	586	587
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	...	2	...	2	1	...	2
Unternehmen	Anzahl	63	50	75	59	52	63	15	76	57
private Haushalte	Anzahl	366	401	450	516	437	550	606	510	528
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	773	887	710	936	858	820	940
* Umbauter Raum	1 000 m ³	441	464	539	575	509	666	648	618	662
* Wohnfläche	1 000 m ²	80	87	102	109	92	126	120	112	126
Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	4 098	4 666	3 811	5 153	4 925	4 432	4 988
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	142	150	134	176	172	163	170

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	106	128	137	142	116	144	150	150	160
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	13	20	17	16	14	11	11
Unternehmen	Anzahl	89	107	120	115	90	127	125	135	138
private Haushalte	Anzahl	2	4	4	7	9	1	11	4	11
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	6	10	5	100	39	19	80
* Umbauter Raum	1 000 m ³	707	748	596	943	635	1 539	883	737	1 303
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	104	86	127	103	170	125	111	186
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	62	165	72	116	80	81	137

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	922	1 030	832	1 199	1 009	1 055	1 147
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	4 784	5 455	4 484	6 072	5 812	5 349	5 797

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 468	10 541	9 727	9 480	10 667	11 093	9 948	10 384	11 588
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	1 952	1 890	2 241	2 368	1 954	1 919	2 028
darunter										
* Kälber ²	t	13	12	7	5	10	8	6	7	10
* Jungrinder	t	11	9	4	3	6	25	7	6	6
* Schweine	t	8 001	8 198	7 722	7 548	8 363	8 670	7 946	8 424	9 507
* Eierzeugung ³	1 000	8 738	12 188	12 737	11 259	12 292	14 088	13 668	14 601	14 715

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 002	1 004	1 002	996	996	995	996
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	242 777	238 784	237 028	238 563	239 843	243 323	244 410	245 218	246 816
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	30 349	30 616	29 603	29 858	33 328	30 340	29 283	32 411
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	852	853	911	818	814	1 164	935	864	865
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	6 732	6 246	6 133	7 582	6 862	6 730	6 924
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	2 805	3 609	4 044	3 705	3 564	4 296	3 805	3 858	3 957
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	1 561	1 415	1 440	1 979	1 821	1 707	1 695
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	98	85	97	110	99	79	98
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	1 030	1 041	1 032	1 198	1 138	1 086	1 175
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	2 388	2 115	1 991	2 419	2 106	2 215	2 257
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	755	707	749	1 009	888	875	855
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	32 340	3 596	3 219	3 158	4 031	3 637	3 545	3 552
Exportquote ⁸	%	48,5	52,1	53,4	51,5	51,5	53,2	53,0	52,7	51,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	99,6	99,0	87,4	105,0	95,0	99,6	92,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	98,8	94,5	83,9	98,6	88,6	90,9	87,7
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	98,2	103,6	88,7	111,5	100,6	108,7	96,4

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden¹

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
2005=100	78,9	103,0	113,0	103,1	81,8	111,0	114,9	90,4	82,2
2005=100	109,5	110,7	109,3	105,0	105,1	114,9	105,9	114,5	106,4
2005=100	68,4	79,3	86,5	80,6	73,2	86,5	74,3	77,9	71,6
2005=100	54,0	87,1	85,2	105,0	82,2	102,1	91,9	109,2	82,2

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2,3}	Anzahl	116	164	166	166	165	169	167	168	167
* Beschäftigte ^{2,3,4}	Anzahl	10 014	9 470	9 417	9 409	9 558	9 402	9 386	9 420	9 554
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2,3}	1 000 h	1 272	1 205	1 214	1 135	1 179	1 301	1 064	1 057	1 249
* Bruttoentgeltsumme ^{2,3}	Mill. EUR	36	36	34	33	33	36	35	34	33
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	445	412	460	151	237	425	440
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	432	399	447	144	225	414	428

Baugewerbe⁶

Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	38 286	38 137	38 598	37 324	37 812	37 674	38 009
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	4 298	4 080	4 044	4 549	3 922	3 837	4 483
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	1 652	1 551	1 420	1 757	1 536	1 466	1 722
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	877	873	972	932	1 034	1 078	1 019	949	1 045
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	1 674	1 597	1 590	1 714	1 367	1 422	1 716
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	872	774	772	878	704	745	895
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	83	85	91	90	91	92	94	93	95

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.

* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	355	356	440	405	400	415	399	407	444
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	132	131	124	152	148	148	158
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	94	118	97	101	100	107	103	116
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	189	177	175	163	145	156	169
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	86	82	84	80	74	79	86

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.

Betriebe ⁵	Anzahl	358	362	359	364	362	362	361	355	354
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 063	13 268	12 990	13 076	13 228	13 443	13 326	13 199	13 367
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 392	4 101	4 316	4 449	4 474	4 257	4 446
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	90	94	97	86	95	93	101	92	97
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	436	258	328	348	439	274	364

Handel⁷**Großhandel⁸**

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.

* Beschäftigte	2005=100	118,3	117,3	116,9	117,7	118,1	120,3	120,9	121,2	121,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	118,4	118,5	119,7	117,7	123,9	126,2	126,9	124,6
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	105,9	113,6	122,5	115,1	111,9	130,5	125,5	118,9	127,7
* Umsatz real ⁹	2005=100	100,7	103,0	110,9	104,5	100,2	113,0	109,0	103,7	110,7

Einzelhandel^{9, 10}

* Beschäftigte	2005=100	106,3	103,7	103,0	103,2	104,1	105,3	105,6	105,4	106,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	104,7	104,2	105,2	105,3	107,0	107,8	107,9	107,9
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	109,3	107,1	105,8	109,9	104,1	112,7	106,4	109,0	109,3
* Umsatz real ⁹	2005=100	106,5	103,6	102,1	106,3	100,8	106,8	101,3	104,3	104,6

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{P, 2}**

Kfz-Handel^{p, 2}

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Beschäftigte	2005=100	105,7	105,9	105,0	105,1	106,3	107,9	107,6	107,0	108,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	124,3	127,7	125,9	124,2	124,8	133,5	131,4	130,7	131,6
* Umsatz nominal ³	2005=100	94,0	92,8	100,9	96,1	85,5	108,6	94,4	94,8	90,4
* Umsatz real ³	2005=100	89,7	88,2	96,0	91,6	81,3	102,1	88,5	88,8	84,3

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005=100	103,8	105,6	109,8	110,5	111,7	112,0	114,0	114,7	115,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	113,1	114,8	119,2	119,9	120,2	121,7	125,2	125,1	125,8
* Umsatz nominal ³	2005=100	98,8	101,0	111,4	115,2	121,0	118,9	121,6	123,4	127,4
* Umsatz real ³	2005=100	92,7	92,0	101,5	104,8	109,9	107,1	109,5	110,4	114,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	620	640	790	821	897	815	928	915	957
* darunter von Auslandsgästen	1 000	150	156	185	270	270	186	214	272	269
* Gästeübernachtungen	1 000	1 678	1 714	2 037	2 428	2 677	2 022	2 447	2 600	2 747
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	449	508	893	942	509	589	877	907

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 950	1 886	1 829	2 082	2 061	1 992	2 224	2 058	1 813
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 293	1 229	1 202	1 513	1 486	1 454	1 646	1 440	1 236
* Getötete Personen	Anzahl	19	17	9	12	23	18	15	17	15
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	11	8	5	2	7	5	7	7	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	5	3	4	11	9	5	4	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	4	3	1	2	3	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	-	-	-	2	1	1	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 682	1 599	1 536	1 906	1 900	1 911	2 076	1 839	1 605

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
schwer verletzte Personen	Anzahl	313	290	272	384	406	394	426	411
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	140	130	100	125	138	164	169	156
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	79	73	88	125	149	116	110	130
Radfahrer	Anzahl	48	43	41	89	72	72	97	74
Fußgänger	Anzahl	32	31	28	23	24	31	31	38

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Zulassungen fabrikneuer									
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	14 749	12 298	10 600	14 728	13 807	12 734
darunter									
Krafträder	Anzahl	693	609	956	877	660	1 032	787	759
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	14 675	10 154	12 466	10 215	8 930	12 003	11 558	10 547
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	920	819	715	1 116	1 004	926
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	347	322	247	490	396	455

Personenbeförderung

	Einheit	2009	2010	2009	2010			2011	
		Durchschnitt	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
Beförderte Personen									
im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	63 669	57 395	54 306	46 268	55 011	58 167
Personenkilometer ³	Mill.	574	530	629	539	535	455	589	543

Binnenschifffahrt

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gütereingang	1 000 t	985	1 153	1 169	1 140	1 193	1 007	1 055	1 148
* Güterversand	1 000 t	834	930	898	978	1 072	802	753	813

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	2 885	...	3 251	3 670	3 552	3 639	4 094	3 941	3 800
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	265	...	290	293	277	278	321	286	282
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 584	...	2 859	3 264	3 170	3 284	3 669	3 519	3 391

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2009	2010			2011				
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	18	...	22	25	29	25	21	25	21
*	Halbwaren	Mill. EUR	111	...	134	178	157	163	174	163	167
*	Fertigwaren	Mill. EUR	2 455	...	2 702	3 060	2 984	3 096	3 474	3 331	3 202
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	787	...	867	966	1 058	900	1 037	1 007	880
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 667	...	1 835	2 094	1 926	2 196	2 437	2 323	2 323
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 002	...	2 297	2 537	2 364	2 590	2 882	2 739	2 630
*	darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	1 766	...	1 981	2 209	2 050	2 230	2 427	2 353	2 253
	Belgien	Mill. EUR	145	...	164	203	166	174	212	174	171
	Luxemburg	Mill. EUR	44	...	47	69	59	61	61	66	61
	Dänemark	Mill. EUR	33	...	33	33	34	36	34	37	40
	Finnland	Mill. EUR	22	...	27	26	29	31	33	30	27
	Frankreich	Mill. EUR	321	...	369	403	380	439	464	446	437
	Griechenland	Mill. EUR	32	...	29	32	27	30	26	39	25
	Großbritannien	Mill. EUR	184	...	185	210	199	202	219	209	217
	Irland	Mill. EUR	8	...	9	10	8	9	9	10	8
	Italien	Mill. EUR	211	...	256	278	269	271	288	281	283
	Niederlande	Mill. EUR	185	...	193	220	199	223	250	236	240
	Österreich	Mill. EUR	126	...	142	149	149	156	161	162	145
	Schweden	Mill. EUR	41	...	63	70	51	67	72	76	51
	Spanien	Mill. EUR	157	...	176	171	171	174	200	175	184
	Portugal	Mill. EUR	18	...	18	19	22	21	24	23	21
*	Afrika	Mill. EUR	76	...	74	84	87	79	101	94	96
*	Amerika	Mill. EUR	406	...	392	503	576	407	474	557	465
	darunter nach USA	Mill. EUR	296	...	230	254	410	241	264	360	258
*	Asien	Mill. EUR	373	...	452	508	487	526	597	512	556
	darunter nach China	Mill. EUR	85	...	112	112	112	170	176	158	164
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	...	35	38	37	37	40	39	52

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	1 809	...	2 395	2 486	2 353	2 384	2 924	2 548	2 679
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	206	...	220	224	172	239	240	216	210
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 507	...	2 014	2 091	2 020	2 016	2 319	2 113	2 264
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	76	...	98	89	101	49	210	53	173
* Halbwaren	Mill. EUR	184	...	299	300	298	298	298	301	334
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 248	...	1 617	1 702	1 621	1 668	1 811	1 759	1 758

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einheit		2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	332	...	487	523	478	472	523	548	499
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	916	...	1 130	1 179	1 143	1 196	1 289	1 211	1 259
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 317	...	1 726	1 834	1 758	1 777	1 989	1 922	1 985
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 118	...	1 480	1 570	1 525	1 592	1 626	1 686	1 629
Belgien	Mill. EUR	180	...	247	278	247	266	299	289	271
Luxemburg	Mill. EUR	34	...	39	36	47	48	42	48	48
Dänemark	Mill. EUR	25	...	28	40	32	13	16	12	14
Finnland	Mill. EUR	9	...	13	14	12	10	20	17	14
Frankreich	Mill. EUR	192	...	248	261	238	263	235	259	270
Griechenland	Mill. EUR	7	...	6	5	8	9	8	7	10
Großbritannien	Mill. EUR	63	...	77	76	82	99	75	95	79
Irland	Mill. EUR	7	...	12	13	11	12	12	16	13
Italien	Mill. EUR	110	...	143	147	143	165	163	173	170
Niederlande	Mill. EUR	162	...	223	256	255	265	267	283	260
Österreich	Mill. EUR	59	...	69	101	86	81	96	96	89
Schweden	Mill. EUR	27	...	43	30	35	24	25	27	24
Spanien	Mill. EUR	67	...	106	83	82	90	100	97	103
Portugal	Mill. EUR	12	...	14	17	20	15	19	16	17
* Afrika	Mill. EUR	29	...	56	48	28	45	57	31	55
* Amerika	Mill. EUR	219	...	283	252	234	222	473	226	236
darunter aus USA	Mill. EUR	145	...	199	172	158	141	370	148	162
* Asien	Mill. EUR	239	...	326	346	328	334	400	365	399
darunter aus China	Mill. EUR	110	...	148	167	156	135	168	147	154
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	...	4	6	6	6	6	4	4

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit		2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	3 464	3 338	3 359	3 522	3 064	3 171	3 434
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	455	463	479	627	497	500	552
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	2 529	2 350	2 349	2 364	1 994	2 148	2 319
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	2 616	2 554	2 626	3 066	2 932	3 175	3 331
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	410	399	405	409	356	451	412
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	1 754	1 675	1 733	2 201	2 056	2 236	2 389

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Insgesamt	Anzahl	627	670	655	684	649	655	631	538	646
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	102	109	92	112	123	102	96
* Verbraucher	Anzahl	374	420	409	434	436	412	387	338	414
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	125	113	94	106	101	79	115
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	23	21	19	28	27	25	20	19	21
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	101	281	74	75	148	76	117

Handwerk²

	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Beschäftigte ³	2007=100 ⁴	96,0	98,4	96,0	96,9	97,7	100,7	98,6	97,8	98,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2007=100 ⁶	101,1	97,7	111,2	76,7	98,7	101,5	113,7	84,5	104,4

Preise

Preise	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	107,8	107,5	107,6	110,2	110,2	110,2	110,4
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,7	104,7	104,9	105,8	105,9	106,0	106,2

Verdienste⁷

	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	3 506	3 190	3 185	3 231	3 238	3 256	3 241	3 283
* Frauen	EUR	2 961	3 016	2 780	2 780	2 804	2 811	2 819	2 816	2 835
* Männer	EUR	3 613	3 699	3 350	3 345	3 399	3 405	3 428	3 411	3 461
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	5 898	6 079	5 401	5 403	5 484	5 486	5 546	5 452	5 543
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 874	3 971	3 627	3 638	3 678	3 691	3 714	3 700	3 762
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	2 993	3 057	2 781	2 772	2 818	2 835	2 845	2 832	2 881
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 441	2 502	2 285	2 266	2 331	2 361	2 360	2 358	2 398
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 857	1 867	1 764	1 735	1 783	1 779	1 813	1 809	1 829

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nach-gewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeit-nnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	3 689	3 253	3 224	3 315	3 343	3 359	3 353	3 430
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	3 425	3 092	3 130	3 097	3 122	3 214	3 220	3 230
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	3 777	3 298	3 284	3 372	3 400	3 421	3 424	3 492
* Energieversorgung	EUR	5 013	5 134	4 326	4 297	4 389	4 372	4 404	4 372	4 389
* Wasserversorgung ²	EUR	2 877	2 912	2 758	2 743	2 754	2 753	2 689	2 751	2 772
* Baugewerbe	EUR	3 017	3 001	2 884	2 718	2 858	2 920	2 881	2 815	2 961
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	3 377	3 144	3 157	3 171	3 163	3 183	3 160	3 177
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	3 386	3 098	3 071	3 095	3 092	3 122	2 945	2 968
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	2 835	2 625	2 596	2 627	2 620	2 646	2 643	2 678
* Gastgewerbe	EUR	1 992	2 044	1 944	2 005	1 977	1 974	1 987	2 004	2 009
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	4 686	(3 943)	4 168	4 169	4 253	4 289	4 197	4 380
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	(4 528)	3 797	3 865	3 905	3 897	3 913	3 936	3 962
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	3 768	(3 088)	3 372	3 411	3 535	3 585	3 474	3 491
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	3 903	3 461	3 519	3 575	3 555	3 596	3 603	3 658
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	(1 902)	(1 846)	(1 851)	1 836	1 801	1 856	1 866	1 868
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	3 260	3 136	3 142	3 158	3 171	3 174	3 188	3 194
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	3 991	3 881	3 896	3 926	3 925	3 926	3 887	3 904
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	3 480	3 244	3 236	3 259	3 268	3 285	3 287	3 324
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	(3 371)	(3 201)	(3 108)	(3 257)	3 118	3 155	3 173	3 167
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	2 802	2 646	2 642	2 662	2 647	2 650	2 668	2 657

Geld und Kredit³

	Einheit	2008	2009	2010				2011	
		Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 529	112 943	116 428	116 512	116 351	117 189	117 256	116 241
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 120	11 791	11 908	11 877	12 355	12 814	12 690	12 507
								12 507	12 777

¹ Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2008	2009		2010				2011	
	Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite

(über 1 bis 5 Jahre)

Mill. EUR	11 062	11 679	13 052	13 298	13 673	13 792	14 007	14 092	14 368
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

langfristige Kredite

(über 5 Jahre)

Mill. EUR	92 347	89 473	91 468	91 337	90 323	90 583	90 559	89 642	89 940
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Kredite an inländische

Nichtbanken

Mill. EUR	107 081	103 636	105 575	105 490	106 220	107 461	107 548	106 664	107 629
-----------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Unternehmen und

Privatpersonen

Mill. EUR	97 036	95 570	96 893	96 928	97 402	97 717	97 495	96 721	97 134
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

öffentliche Haushalte

Mill. EUR	10 044	8 066	8 682	8 562	8 818	9 744	10 053	9 943	10 495
-----------	--------	-------	-------	-------	-------	-------	--------	-------	--------

Kredite an ausländische

Nichtbanken

Mill. EUR	9 448	9 307	10 853	11 022	10 131	9 728	9 708	9 577	9 456
-----------	-------	-------	--------	--------	--------	-------	-------	-------	-------

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Mill. EUR	101 309	103 669	106 742	106 999	108 110	110 517	110 845	110 049	111 255
-----------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Sichteinlagen

Mill. EUR	29 449	34 674	37 983	38 890	40 771	43 811	43 584	43 233	43 891
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Termineinlagen

Mill. EUR	38 076	34 510	33 252	31 999	31 191	30 462	30 389	29 690	30 015
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Sparbriefe

Mill. EUR	8 972	8 091	7 333	7 152	6 999	6 909	7 098	7 252	7 628
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Spareinlagen

Mill. EUR	24 813	26 394	28 174	28 958	29 149	29 335	29 774	29 874	29 721
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Einlagen von inländischen

Nichtbanken

Mill. EUR	98 361	101 502	104 561	104 441	105 579	108 007	108 404	107 672	108 995
-----------	--------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Unternehmen und Privat-

personen

Mill. EUR	95 971	99 326	102 415	102 597	103 462	105 680	105 624	105 248	106 430
-----------	--------	--------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

öffentliche Haushalte

Mill. EUR	2 390	2 176	2 146	1 844	2 117	2 327	2 780	2 424	2 565
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Einlagen von ausländischen

Nichtbanken

Mill. EUR	2 948	2 167	2 181	2 558	2 531	2 510	2 441	2 377	2 260
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Steuern

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.		Juni	Juli	Aug.	Sept.

**Aufkommen nach
Steuerarten****Gemeinschaftsteuern**

Mill. EUR	2 755	3 103	2 860	3 162	3 395	3 837	2 964	3 318	3 592
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Steuern vom Einkommen

Mill. EUR	913	923	518	859	1 124	1 359	577	943	1 152
-----------	-----	-----	-----	-----	-------	-------	-----	-----	-------

Lohnsteuer

Mill. EUR	667	647	534	882	457	637	568	941	559
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Lohnsteuer-Zerlegung

Mill. EUR	139	133	-	400	-	-	-	432	-
-----------	-----	-----	---	-----	---	---	---	-----	---

veranlagte Einkommensteuer

Mill. EUR	96	119	- 53	- 31	458	396	- 52	- 28	409
-----------	----	-----	------	------	-----	-----	------	------	-----

Kapitalertragsteuer

Mill. EUR	61	63	41	17	56	54	40	20	24
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Mill. EUR	43	34	16	39	9	4	15	44	6
-----------	----	----	----	----	---	---	----	----	---

Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge

Mill. EUR	17	15	6	25	0	-	6	28	0
-----------	----	----	---	----	---	---	---	----	---

Körperschaftsteuer

Mill. EUR	46	60	- 19	- 48	144	268	7	- 33	154
-----------	----	----	------	------	-----	-----	---	------	-----

Körperschaftsteuer-Zerlegung

Mill. EUR	- 3	- 2	-	- 39	-	-	-	- 39	-
-----------	-----	-----	---	------	---	---	---	------	---

Steuern vom Umsatz

Mill. EUR	1 841	2 180	2 342	2 303	2 271	2 478	2 387	2 374	2 440
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Umsatzsteuer

Mill. EUR	456	443	421	460	424	371	496	461	417
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Einfuhrumsatzsteuer

Mill. EUR	1 385	1 737	1 922	1 844	1 847	2 108	1 891	1 913	2 023
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Zölle

Mill. EUR	145	181	191	203	215	206	204	215	243
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern¹

Mill. EUR	96	114	90	90	124	133	90	89	123
-----------	----	-----	----	----	-----	-----	----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern

(ohne Biersteuer)

Mill. EUR	27	28	27	31	30	22	26	26	26
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Kraftfahrzeugsteuer²

Mill. EUR	17	38	38	37	33	39	36	38	34
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Solidaritätszuschlag

Mill. EUR	40	40	25	23	61	72	28	25	63
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Landessteuern

Mill. EUR	70	45	42	46	50	52	60	54	49
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Vermögensteuer

Mill. EUR	0	1	- 0	0	-	- 1	0	0	0
-----------	---	---	-----	---	---	-----	---	---	---

Erbschaftsteuer

Mill. EUR	16	12	15	16	15	16	26	15	15
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Grunderwerbsteuer

Mill. EUR	16	17	12	17	18	19	18	23	19
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Rennwett-, Lotterie-

und Sportwettsteuer

Mill. EUR	12	12	11	10	12	11	11	12	11
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Feuerschutzsteuer¹

Mill. EUR	1	1	-	-	2	3	1	1	1
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Biersteuer

Mill. EUR	3	3	4	3	3	4	3	3	3
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.

Gemeindesteuern

Mill. EUR	429	490	385	414	543	449	556	501	541
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Grundsteuer A

Mill. EUR	5	5	3	4	5	6	4	4	5
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Grundsteuer B

Mill. EUR	107	111	99	100	116	129	101	105	115
-----------	-----	-----	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Gewerbesteuer (brutto)

Mill. EUR	309	366	275	302	412	304	444	383	411
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

sonstige Gemeindesteuern³

Mill. EUR	9	9	8	7	10	10	7	8	9
-----------	---	---	---	---	----	----	---	---	---

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – ³ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
Mill. EUR	690	762	874	500	826	686	1 035	557	798
Gewerbesteuer (netto) ¹	255	299	196	286	357	222	332	352	336
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	283	298	513	87	297	284	525	77	300
Anteil an der Umsatzsteuer	32	39	55	15	41	35	66	12	33

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Mill. EUR	695	698	530	662	724	994	636	702	660
Mill. EUR	70	45	42	46	50	52	60	54	49
Mill. EUR	333	335	147	295	431	537	178	337	442
Mill. EUR	225	213	169	311	138	214	184	340	181
Mill. EUR	41	50	- 23	- 13	195	168	- 22	- 12	174
Mill. EUR	25	26	4	4	23	19	6	6	8
Mill. EUR	19	15	7	17	4	2	7	20	3
Mill. EUR	23	30	- 10	- 24	72	134	3	- 17	77
Mill. EUR	278	301	281	318	243	405	340	308	168
Mill. EUR	216	221	204	223	156	320	242	225	70
Mill. EUR	62	80	77	95	87	85	98	83	99
Mill. EUR	4	4	15	1	-	0	15	1	0
Mill. EUR	1	2	7	0	-	0	6	0	-
Mill. EUR	8	9	30	2	-	0	31	2	-
Mill. EUR	2	2	6	0	-	0	6	0	-

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 448	1 643	1 532	1 635	1 784	2 034	1 592	1 725	1 901
Bundessteuern	96	114	90	90	124	133	90	89	123
Anteil an den Steuern vom Einkommen	396	401	221	362	492	601	248	400	502
Anteil an den Steuern vom Umsatz	952	1 124	1 206	1 182	1 168	1 300	1 238	1 235	1 275
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	4	15	1	-	0	15	1	- 0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Oktober 2011

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge 2010
Kennziffer: A 1023 201000

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2011
Kennziffer: C1053 201100

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im September 2011
Kennziffer: C2013 201102

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst
im August 2011
Kennziffer: C2033 201103

Wachstumstand der Reben im September 2011
Kennziffer: C2063 201103

Weinbestände am 31. Juli 201
Kennziffer: C4023 201100

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im August 2011
Kennziffer: D1023 201108

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im August 2011 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201108

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im August 2011
Kennziffer: E1033 201108

Bauhauptgewerbe im August 2011 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201108

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der
Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juli 2011
Kennziffer: E4023 201107

Wärmeversorgung 2010
Kennziffer: E4103 201000

Gewinnung, Verwendung und Abgabe
von Klärgas 2010
Kennziffer: E4113 201000

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk
im 2. Vierteljahr 2011
Kennziffer: E 5023 201142

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im August 2011
Kennziffer: F2033 201108

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und
im Gastgewerbe 2010
Kennziffer: G1013 201000

Beschäftigte und Umsatz im Handel und
im Gastgewerbe im August 2011
Kennziffer: G1023 201108

Aus und Einfuhr im Juli 2011
Kennziffer: G3023 201107

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juli 2011
Kennziffer: G4023 201107

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juli 2011
Kennziffer: H1023 201107

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 2. Vierteljahr 2011
Kennziffer: H1073 201142

Binnenschifffahrt im Juni 2011
Kennziffer: H2023 201106

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2010 –
Ausgaben und Einnahmen nach dem SGB XII
Kennziffer: K1013 201000

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 1. Vierteljahr 2011 –
Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201141

Erbschaft- und Schenkungsteuer 2010
Kennziffer: L4093 201000

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im September 2011
Kennziffer: M1013 201109

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im August 2011
Kennziffer: M1043 201143

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden
Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
im 2. Vierteljahr 2011
Kennziffer: N1013 201142

Umwelt

Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden
Stoffen 2009
Kennziffer: Q 4023 200901

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juli 2011
Kennziffer: Z1013 201107

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Oktober 2011
Kennziffer: Z2201 201110

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2009
Kennziffer: K5035 200901

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung
in den kreisfreien Städten und Landkreisen
Deutschlands 1992 und 1994 bis 2009 –
Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
Kennziffer: P1315 200900

Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und
Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2009 –
VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2
(Berechnungsstand: August 2010)
Kennziffer: P1325E 200900

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder –
Produktion und Konsum – Ausgewählte Indikatoren
und Kennzahlen – Grafikteil (Ausgabe 2011)
Kennziffer: P5145E 201100

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder –
Produktion und Konsum – Ausgewählte Indikatoren
und Kennzahlen – Tabellenteil (Ausgabe 2011)
Kennziffer: P5155E 201100

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Dominik Ketz

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.